

# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 33 – 15. August 2009

C5524 - PVST: Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Seehofer macht Zusagen**  
Bayerns Innenminister kontaktierte Schäuble wegen Grenzanerkennung 1945 **2**

### Preußen / Berlin

**Kolat fordert Geschichtsschönung**  
Genozid an den Armeniern aus Unterricht nehmen **3**

### Hintergrund

**Den Betrieb kaputtgespart**  
Bahnfahrer finanzieren Expansionsdrang der Deutschen Bahn AG **4**

### Deutschland

**SPD: Sorgenvoller Blick an die Saar**  
Erste rot-rote Koalition im Westen? **5**

### Ausland

**Beginn eines modernen Kolonialismus**  
Landkauf im großen Stil in Afrika und Asien **6**

### Kultur

**Aufrichtige Empfindungen**  
Berliner Impressionismus: Eine Ausstellung in Dortmund zeigt Schätze der Alten Nationalgalerie **9**

### Preußen

**Humboldts Bildungsideal wird Realität**  
Berlin vor 200 Jahren: König Friedrich Wilhelm III. gründete Universität **11**



**Begehrlicher Blick auf die Bühne: Noch steht Frank-Walter Steinmeier dort, doch nach seinem absehbaren Scheitern bei der Bundestagswahl dürfte sein Platz – und die seiner Gefolgsleute – an der Spitze der Partei frei werden.**

Foto: Ullstein

## SPD-Linke rüstet sich

Steinbrück, Müntefering und Co. bald Auslaufmodelle? Anzeichen für Linksrutsch

In der SPD mehren sich die Anzeichen für einen heftigen Strategie- und Richtungsstreit in der Partei nach der Bundestagswahl. Durch die verschiedenen Lager hindurch glaubt kaum noch ein Sozialdemokrat ernsthaft an eine Kanzlerschaft von Frank-Walter Steinmeier. Doch über den weiteren Weg der SPD nach den Wahlen herrschen offenbar grundverschiedene Vorstellungen.

Die Gemäßigten um Vizekanzler Steinmeier, SPD-Chef Franz Müntefering und Finanzminister Peer Steinbrück setzen insgeheim auf eine Fortsetzung der Großen Koalition mit Angela Merkel. Die Linken um Andrea Nahles oder Klaus Wowereit hingegen scheinen dem den Gang in die Opposition vorzuziehen, um dort die Partei nach links zu verschieben. Aus ihren Reihen werden Partei-

rechte wie Müntefering oder Steinmeier hinter (kaum noch) vorgehaltener Hand als „Auslaufmodelle“ tituliert. Steinbrück gilt bei dem linken SPD-Flügel gar als regelrechte Hassfigur.

Sollte die SPD am 27. September dramatisch einbrechen, also weit unter 30 Prozent landen, sehen informierte Kreise ein Schlachtfeld unter der SPD-Führung voraus. Sollten die gemäßigten Führungsleute hierbei gestützt werden, wäre es auch um die Abgrenzung von der Linkspartei geschehen, heißt es. Eine neue, linke SPD-Führung würde Schritt für Schritt die Grundlagen für Rot-Rot auf Bundesebene für 2013 legen, dem Jahr der nächsten Bundestagswahl.

Eine schwarz-gelbe Koalition, so das Kalkül, wäre wegen der extrem angespannten Haushaltslage infolge der Wirtschaftskrise zu allerlei unpopulären Maßnahmen gezwungen. Auch deren ureigene Klientel würde, etwa über Steuer-

erhöhungen, kaum verschont bleiben. Danach böte sich in einem rot-roten Wahlkampf genug Raum für den Kampf unter dem Banner der „sozialen Gerechtigkeit“.

Aufschlussreich ist, dass der Spitzenkandidat der SPD zur Saarland-Wahl am 30. August sich nicht nur ausdrücklich die rot-rote Option offen hält. Der bekennende Parteilinke Heiko Maas hat obendrein angekündigt, noch vor der Bundestagswahl Ende Sep-

tember in Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei einzutreten, wenn die Mehrheitsverhältnisse ein solches Bündnis möglich machten.

Das ist gegenüber Steinmeier und Müntefering grob rücksichtslos. Maas weiß, dass Fotos und Berichte über rot-rote Koalitionsverhandlungen in einem westdeutschen Bundesland so ziemlich das Letzte sind, was sich die Bundesspitze der SPD kurz vor der Bundestagswahl wünschen kann.

Auch persönlich scheut er nicht den Affront: Maas sagt, es störe ihn nicht, wenn Oskar Lafontaine die Linke-Delegation bei den Verhandlungen leitete – ein Schlag ins Gesicht für Müntefering, Steinmeier und Steinbrück. Der Kampf um die SPD-Führung und ihre Richtung ist an der Saar bereits entbrannt. *Hans Heckel*

### Bundestagswahl 2013 ideal für mehr »soziale Gerechtigkeit«

## Angriff auf Karlsruhe

Nach dem Lissabon-Urteil: Juristen wollen Bundesverfassungsgericht stützen

Anfang der Woche erschien in einigen Medien eine unscheinbare Meldung, die erst auf den zweiten Blick ihre politische Dimension entfaltete. 30 hochrangige Juristen fordern den Gesetzgeber auf, künftig das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dazu zu verpflichten, Verfahren, die europarechtliche Fragen betreffen, zuerst dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg vorzulegen.

Die Professoren und Richter begründen ihr Anliegen damit, Justizkonflikte zwischen den beiden Häusern vermeiden zu wollen. Denn sollte das BVerfG gegen EU-Rechtsakte entscheiden, könnte die EU-Kommission Deutschland mit Strafgeldern belegen. Diese müssten dann dauerhaft bezahlt

werden, da der Gesetzgeber Urteile des BVerfG nicht rückgängig machen könne.

Was wie echte Sorgen klingt, hat jedoch einen Haken. Denn das BVerfG entscheidet ja nicht willkürlich gegen eine EU-Richtlinie. Wenn Karlsruhe ein Urteil fällt, dann, weil das EU-Recht nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Wer also verlangt, dass das BVerfG in bestimmten Fragen durch das EuGH ersetzt wird, fordert nichts anderes als eine einseitige Unterwerfung von Karlsruhe gegen Luxemburg. Doch selbst, wenn der Gesetzgeber diese beschließen sollte, so dürfte das BVerfG sich dem nicht fügen. Es ist

nämlich dazu verpflichtet, die Verfassung zu wahren sowie dem Bundestag und dem Bundesrat die verfassungsmäßigen Grenzen aufzuzeigen. Diese Grenzen würden mit einer Bevorzugung des EuGH eindeutig überschritten werden.

Die Antragssteller würden aus einer „politischen Motivation heraus die Autorität des BVerfG zu untergraben“, so Thomas Silberhorn, Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für Angelegenheiten der EU.

Nachdem Silberhorns CSU-Parlamentskollege Peter Gauweiler mühevoll eine Überarbeitung des Beleggesetzes zum Lissabon-Vertrag

WILHELM V. GOTTBERG:

## Einig

Es kommt nicht so oft vor, dass die ostdeutschen (reichsdeutschen) Landsmannschaften der Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesier eine Entscheidung der Politik einmütig ablehnen. Es geht um die Empfehlung des Bundesinnenministeriums an die Meldebehörden in Deutschland, in die Ausweisungspapiere derjenigen, die nach dem 2. August 1945 in den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches geboren wurden, als Geburtsland zukünftig Polen, Russland oder Litauen einzutragen.

Diese Empfehlung, da sich die Landsmannschaften einig, ignoriert alle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur Zugehörigkeit des historischen Ostdeutschlands zu Deutschland bis 1992. Sie negiert auch die Berliner Viermächteerklärung der Siegerstaaten vom Juni 1945, wonach Deutschland als Ganzes (einschließlich seiner Ostprovinzen) fortbesteht.

Doch schon 1990, bei den Verhandlungen zum 2+4-Vertrag, forderte der damalige polnische Außenminister Skubiszewski, dass der Übergang der Oder-Neiße-Gebiete an Polen auf den 2. August 1945 (Ende der Potsdamer Konferenz) festzulegen sei. Die Bundesregierung hat sich damals geweigert, dies zu akzeptieren. Es liegt auf der Hand, die Anerkennung der Sichtweise Polens zum Gebietsübergang würde das polnische Problem der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat sowie alle im Raum stehenden Entschädigungsdebatten in letzter Konsequenz gegenstandslos machen. Die Umsetzung der Schäuble-Empfehlung würde indirekt die Anerkennung der polnischen Auffassung zum Gebietsübergang bedeuten. Das kann nicht sein. Die Empfehlung des BMI ist zu kassieren.

## Hilflose Fatah

Politik schwächt Gemäßigte

Die Fatah, wichtigste Fraktion innerhalb der Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), hielt erstmals seit 20 Jahren einen „Generalkongress“ ab. Bei dem sechstägigen Treffen in Bethlehem fehlten allerdings die Fatah-Delegierten aus Gaza. Ihnen hatte die dort regierende Hamas, die nicht der PLO angehört, die Ausreise verweigert, weil sich die Regierung in Ramallah ihrerseits weigert, im Westjordanland inhaftierte Hamas-Mitglieder freizulassen. Einigen Fatah-Delegierten aus Drittländern war von Israel die Einreise verwehrt worden.

### Mahmud Abbas blieb Fatah-Chef

land als Palästinenser-Präsident behandelt wird, obwohl sein Mandat bereits im Januar abgelaufen ist, wurde per Akklamation in seiner Funktion bestätigt – was zugleich die Hilflosigkeit der Fatah bestätigte. Denn es gab zwar hitzige Debatten und einige kosmetische Verjüngungen im Zentralkomitee, doch keine Abrechnung mit den für den Niedergang und für den Verlust von Gaza Verantwortlichen wie etwa dem früheren „Sicherheitschef“ Dahlan. Das im Schlussdokument betonte „Recht auf Widerstand“ liefert bloß Israel neue Vorwände, bietet aber mangels Glaubwürdigkeit keine Alternative zur Hamas. *RGK*

in Karlsruhe erstritten hat, ist der aktuelle Antrag ein Aufbegehren seiner Kontrahenten. Zu den Unterzeichnern der Forderung zählen auch die Juraprofessoren und Bevollmächtigten des Bundestages im Lissabon-Verfahren Ingolf Pernice und Franz Mayer. Beide sind offenbar nicht bereit, das Urteil zum Begleitgesetz zu akzeptieren und wollen zumindest künftige Querschüsse aus Karlsruhe – denn das ist das Urteil offenbar in ihren Augen – vermeiden, indem sie die Verfassungsrichter in EU-Fragen entmachten. Pernice hatte schon Gauweilers Klage nicht nachvollziehen können. Für ihn war die Aufregung um Lissabon unnötig, handelte es sich doch nur um ein „paar neue Kompetenzen“ für die EU. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Noch zehn Jahre in Afghanistan?

Kabul - Während die Soldaten der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe (Isaf) in Afghanistan aufgrund der bevorstehenden Wahlen mit vermehrten Angriffen der Taliban rechnen müssen, wies Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) darauf hin, dass er davon ausgehe, dass die internationale Gemeinschaft noch mindestens fünf bis zehn Jahre benötige, um das Land zu stabilisieren. Derweil prophezeit der neue Isaf-Chef Stanley McChrystal, dass noch viele ausländische Soldaten im Kampf gegen die wieder erstarkenden Taliban sterben würden. Aufgrund der ständigen Angriffsgefahr fand kein Straßenwahlkampf im Land statt. Auch gibt es nur einen einzigen ernstzunehmenden Gegenkandidaten für den inzwischen unbeliebten Hamid Karzai. Doch auch dem früheren Außenminister Abdullah Abdullah könnte es schwer fallen, seine Anhänger zu mobilisieren, da die Taliban mit Anschlägen auf Wahllokale die Wahlen sabotieren wollen (siehe Kommentar Seite 8). Bel

Bundeswehr braucht Hilfe

Berlin - BWI IT heißt das Sorgenkind des Verteidigungsministers. Wie einst Tollcollect so ist auch BWI IT ein Zusammenschluss mehrerer Unternehmen, die im Auftrag des Staates arbeiten. Bei BWI IT sollen IBM und Siemens in Zusammenarbeit mit dem Bund die Informations- und Kommunikationstechnik der Bundeswehr modernisieren. Doch offenbar können die Zeitpläne des Projektes mit dem Namen „Herkules“ nicht eingehalten werden. Das Bundesverteidigungsministerium bestätigte nun, dass „Reservisten mit entsprechendem Wissen“ angesprochen habe, um diese um Mithilfe zu bitten. BWI IT soll dem Militär 300.000 neue Telefone, 140.000 neue Computer und ein schnelles Datennetz liefern und vor allem alles miteinander verbinden. Derzeit verfügt eine Fernmeldezentrale zwar bereits über die neue Technik, doch da alle nachgeordneten Stellen noch nicht angeschlossen sind, müssen die Mitarbeiter die Befehle und Informationen ausdrucken und faxen. Bel

Die Schulden-Uhr: So teuer wie nie zuvor

Rund 64,7 Millionen Euro soll die Bundestagswahl im September kosten. Aufgrund gestiegener Kosten bei Personal, Papier sowie Nutzung von Räumen und Informationstechnik plant die Bundesregierung eine Erhöhung der Wahlkostenerstattung für die Länder. Gemeinden mit bis zu 100.000 Wahlberechtigten erhalten derzeit 45 Cent je Wahlberechtigten und sollen nun 48 Cent bekommen, bei größeren Kommunen soll die Erstattung von 70 auf 74 Cent aufgestockt werden. Insgesamt wären das 1,8 Millionen Euro mehr als 2005. Bel

1.600.291.261.166 €

Vorwoche: 1.597.631.807.435 € Verschuldung pro Kopf: 19.501 € Vorwoche: 19.469 €

(Dienstag, 11. August 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Seehofer macht klare Zusagen

Bayerns Innenminister Herrmann kontaktierte Schäuble wegen Grenzanerkennung 1945



Spitze der Landsmannschaft Ostpreußen (r.) zu Besuch beim bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (2. v. l.): Man sprach über die Arbeit für Ostpreußen, Kulturpflege und Politik.

Bild: Bayerische Staatskanzlei

Die Beziehungen der Ostpreußen mit ihrem Patenschaftsland Bayern sind traditionell gut. Ministerpräsident Horst Seehofer hat diese Zusammenarbeit in einem ausführlichen Gespräch mit der Spitze der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) bekräftigt.

Am 5. August, dem Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950, empfing der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer den Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, zu einem ausführlichen Meinungsaustausch im Prinz-Carl-Palais in unmittelbarer Nähe der Bayerischen Staatskanzlei. Gottberg wurde vom stellvertretenden LO-Sprecher Dr. Wolfgang Thüne und vom Schatzmeister der LO, Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Böld, begleitet. Letzterer ist zugleich Vorsitzender der Landesgruppe der Ost- und Westpreußen in Bayern.

Anhand einer Graphik wurde dem bayrischen Regierungschef der Aufbau und die Struktur der LO erläutert. Wilhelm v. Gottberg berichtete Seehofer über das gute persönliche Verhältnis, das er in den letzten 20 Jahren zu den Vorgängern im Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten jeweils entwickeln konnte. Es sei der

Wunsch des Bundesvorstandes der LO, auch mit dem amtierenden Ministerpräsidenten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu pflegen. Ministerpräsident Seehofer bekräftigte die seit 1978 bestehende Patenschaft des Freistaates zur Landsmannschaft Ostpreußen. Er werde, wie seine Vorgänger, die Obhutspflicht Bayerns für die Ostpreußen, die sich aus der Patenschaft ergebe, getreulich wahrnehmen.

Seehofer überrascht die LO-Spitze: Die PAZ kann ihr Jubiläum 2010 in der bayerischen Landesvertretung feiern

Friedrich Wilhelm Böld berichtete dem neuen „Patenonkel“ der Ostpreußen über die eigenen finanziellen Leistungen des Verbandes für das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Der Ministerpräsident betonte die Absicht seiner Regierung, den bayrischen Teil der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS), das Kulturzentrum Ellingen weiterhin uneingeschränkt institutionell zu fördern und mittelfristig behutsam zu erweitern. Dazu informierte die LO-Spitze, dass es zum Erweiterungaspekt ein Konzept gebe, das von bayrischen

Dienststellen bereits vor anderthalb Jahren konzipiert wurde. Dr. Thüne trug dem Ministerpräsidenten eine geplante humanitäre Maßnahme für Königsberg vor.

Die Vertreter der LO berichteten dem Gastgeber auch über die Situation der deutschen Volksgruppen im Ermland und in Masurien sowie im Memelgebiet. Weiterhin wurde der Ministerpräsident über die Situation und die Arbeitsweise im Kopernikushaus

in Allenstein in Kenntnis gesetzt. Wilhelm v. Gottberg dankte dem Ministerpräsidenten für die enorme Unterstützung Bayerns beim denkmalschutzgerechten Ausbau dieses Hauses. Ohne die Hilfe Bayerns, so wurde betont, gäbe es das Kopernikushaus nicht.

Schließlich wurde auch die Empfehlung des Bundesinnenministeriums für die Meldebehörden in Deutschland angesprochen, dass bei Personen, die nach dem 2. August 1945 in den historischen deutschen Ostprovinzen geboren wurden, als Geburtsland künftig

Polen, Russland oder Litauen in die Ausweispapiere einzutragen sei. Die Gäste des Ministerpräsidenten baten diesen um Unterstützung ihrer Auffassung, dass diese Empfehlung kassiert werden müsse, da sie nicht die auch vom Bundesverfassungsgericht klargestellte völkerrechtliche Position der Bundesrepublik Deutschland zum Gebietsübergang der ehemaligen Ostprovinzen an die östlichen Nachbarn erst am 16. Januar 1992 (Inkrafttreten des deutsch-polnischen Grenzvertrages vom 14. November 1990) berücksichtige. Der Ministerpräsident informierte, dass Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in dieser Angelegenheit bereits dem Bundesinnenminister geschrieben habe.

Auf eine entsprechende Frage des Sprechers gab Seehofer spontan die Zusage, dass die LO für die geplante größere Veranstaltung zum 60. Geburtstag der Preußischen Allgemeinen Zeitung im April 2010 die bayerische Landesvertretung in Berlin nutzen könne.

Der Gesprächsverlauf stand nicht unter Zeitdruck, die Gesprächsatmosphäre war herzlich und entspannt. Nach mehr als einer Stunde des Zusammensins entließ Seehofer seine Gäste aus dem Prinz-Carl-Palais. LO/PAZ

»Übermenschliche Leistung«

In den Räumlichkeiten der Hanns-Seidel-Stiftung gedachte man am 5. August der „mental übermenschlichen Leistung“ der Heimatvertriebenen, wie Bdv-Präsidentin Erika Steinbach die Charta der Heimatvertriebenen nannte.

Vor genau 50 Jahren erklärten die Landsmannschaften der Heimatvertriebenen Ostdeutschen, auf Rache und Vergeltung für die Vertreibung aus ihrer Heimat zu verzichten. Bereits der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, so erinnerte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschky, habe sich für einen Friedensnobelpreis für die Vertriebenenverbände stark gemacht. Doch zu lange sei die Wahrnehmung der Landsmannschaften in der öffentlichen Debatte negativ geprägt gewesen. „Die CSU war immer an

50 Jahre »Charta der Heimatvertriebenen«

der Seite der Vertriebenen, die Sudetendeutschen sind zum vierten Stamm Bayerns geworden und haben das Gesicht unseres Landes maßgeblich geprägt“, betonte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Peter Ramsauer. Er erklärte, dass seine Partei es als das „selbstverständliche Recht“ des Bdv betrachte, seinen Vertreter im Stiftungsrat „Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ selbst auszuwählen. Anschuldigungen, nach denen die CSU diese Position nur wegen der Bundestagswahlen vertreten würde, wies Ramsauer entschieden zurück.

„Ein Volk ohne Erinnerung ist wie eine Pflanze ohne Wurzeln“, meinte Erika Steinbach und übergab das Wort kurz danach an Helga Hirsch, die mit ihren Publikationen dafür eintritt, die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg im öffentlichen Gedächtnis wach zu halten. Der Historiker Andreas Kosser, Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts Wurschau, bedauerte zwar, dass das Thema Flucht und Vertreibung noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei, doch noch seien Zeitzeugen da, die man befragen könne. Bel

Der unsichtbare Krieg

Eine Flut von Cyber-Attacken bedroht weltweit die Sicherheit

Es ist ein Horrorszenerario wie in einem Science-Fiction-Film: Plötzlich versagen die Mechanismen der Computerwelt, Geheimdienste, Verteidigungsministerium, Verkehrslenkung, Flugsicherheit, Börsen, Außenministerium und Wirtschaftsführung werden lahm gelegt. Rien ne va plus!

Und doch steht die westliche Welt mit ihrer technischen Abhängigkeit bereits heute immer öfter vor solchen Herausforderungen. Hacker im Dienst fremder Mächte knacken die Sicherheitscodes und dringen in die staatlichen Großrechner ein, blockieren sie beispielsweise durch eine Masse von Anfragen oder Befehlen und lähmen so die Administration eines ganzen Landes, wie zur Zeit in den USA und in Südkorea, vermutlich durch hochqualifizierte Experten mit chinesischen Computern einer „Cyber-Krieg-Einheit“ des außer Rand und Band geratenen nordkoreanischen Diktators Kim Jong-il.

Die US-Bundespolizei FBI warnt inzwischen davor, dass solche Attacken neben atomarer Bedrohung und dem Einsatz anderer Massenvernichtungswaffen zur drittgrößten Bedrohung der Großmacht geworden sind. In den Händen verbrecherischer Regime und Terrori-

sten könnten so Schäden angerichtet werden, die keineswegs geringer als jene durch den schwarzen 11. September 2001 sind. Da die Bedrohungen aus der Cyberwelt nicht sichtbar sind, werden sie oft – so das FBI – sträflich unterschätzt. Anfang Juli etwa wurde festgestellt, dass unbekannt Haker in die Computer der US-Stromversorger eingedrungen und die ge-

Russland und China spionieren im Netz

samte Energieversorgung der Staaten lahmlegen könnten – ein wirtschaftlicher Kollaps wäre die Folge. Noch geht es den Cyber-Spionen nicht um diese möglichen Auswirkungen, derzeit sammeln sie nur Informationen.

Nach Informationen der Londoner „The Times“ zielt beispielsweise Peking darauf ab, seine Rivalen bis 2050 elektronisch zu beherrschen. Ziel sei es, die finanziellen und militärischen Möglichkeiten des potenziellen Feindes sowie seine Kommunikationswege stillzulegen – ein Krieg ohne Tote, aber dennoch mit der Vernichtung des Gegners.

„Die Militarisierung des Internets schreitet voran“, kommentierte kürzlich der Sicherheitsexperte José Nazario bei einer Sicherheitskonferenz in Boston das Geschehen, „und es gibt leider keinen rauhenden Colt, um den Urheber auszumachen.“

Der leise, unsichtbare Cyberkrieg, er ist längst Wirklichkeit und macht auch vor der Bundesrepublik und ihren Verbündeten nicht halt. Nach Schätzung der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft (ASW) liegt allein der ökonomische Schaden in Deutschland bei jährlich 50 Milliarden Euro. Hauptträger dieser Attacken sind nach Angaben aus dem Verfassungsschutz die Russische Föderation und China. Ihre Aufklärungsziele erstrecken sich auf die Gewinnung von Informationen aus Politik, Militär und Wirtschaft sowie die Unterwanderung ganzer Organisationen. In Rheinbach bei Bonn nimmt eine Spezialeinheit der Bundeswehr zur Abwehr solcher Gefahren demnächst ihre Arbeit auf. Immerhin wurden sowohl im Kanzleramt als auch in mehreren Ministerien bereits Computer-Spähprogramme gefunden, auch die Bundeswehr war zeitweise betroffen. Joachim Feyerabend

Wahlprüfsteine

Fragen des Bdv an die Parteivorsitzenden

Vor der Wahl hat der Bund der Vertriebenen den Vorsitzenden der fünf im Bundestag vertretenen Parteien jeweils fünf Fragen gestellt, die zeigen sollen, inwieweit diese Parteien Anliegen der Ost- und Sudetendeutschen unterstützen.

Gefragt wird an erster Stelle, ob die Bereitschaft besteht, sich für ein freies Vorschlagsrecht des Bundestages einzusetzen. Hier geht es also darum, ob Bdv-Präsidentin Erika Steinbach am Ende wenigstens noch irgendeine Art von Mitspracherecht in dem von ihr 1999 angeregten „Zentrum gegen Vertreibungen“ haben soll. Die zweite Frage betrifft die Kulturarbeit der Vertriebenen. Gefragt wird allerdings nicht nach der künftigen Höhe der staatlichen Förderung für diese Arbeit, sondern ob es überhaupt noch eine staatliche Förderung geben soll. Gefragt wird auch nicht, ob die Vertriebenen autonom über Pflege und Weiterentwicklung ihres Kul-

turgutes befinden können, sondern ob sie überhaupt noch „in diese Arbeit eingebunden“ sein sollen.

Die dritte Frage betrifft die weitere Aufnahme von Spätaussiedlern aus Russland und anderen GUS-Staaten. Die vierte Frage lautet: „Werden Sie die Brückenfunktion der deutschen Volksgruppen und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bei der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten unterstützen?“ Schließlich fragt der Bdv, ob man dafür eintreten werde, „dass die Grundlage für personellen- und melderechtliche Daten der Vertriebenen auf der Basis des 2+4-Vertrages von 1990 bundeseinheitlich geregelt wird“. Damit ist offenbar gemeint, ob die Oder-Neiße-Grenze nun gemäß polnischem Wunsch rückwirkend zum 2. August 1945 anerkannt werden soll oder nicht. Keine Fragen werden gestellt zum Heimat- und Eigentumsrecht der Vertriebenen und zu Minderheitenrechten der noch in der Heimat lebenden Landsleute. Antworten der Parteien sind auf der Internetseite des Bdv nachzulesen. K.B.

# Was selbst der Krieg nicht schaffte

Von HARALD FOURIER

Wann wird schon mal eine Fahrplanänderung in der „Tagesschau“ angesagt? Eigentlich ein Unding. Über die Schwierigkeiten der Berliner S-Bahn in den vergangenen Wochen wurde dort regelmäßig berichtet. Ganz Deutschland spottet über den Totalausfall.

Seit etwa 80 Jahren gibt es die S-Bahn, so wie sie jetzt ist. Sie befördert in guten Zeiten annähernd 400 Millionen Menschen pro Jahr. Zwei Weltkriege hat sie überstanden. Selbst die Erstürmung Berlins durch die Rote Armee 1945, die mit einer Million Mann, Panzern und Flugzeugen hereinpreschte, hat den Betrieb nur kurzfristig lahmgelegt. Später hat der 13. August 1961 den Fahrplan durcheinandergebracht. Aber eingestellt wurde der Dienst dennoch nicht. In Ost und West verkehrten nun getrennte Züge. Manch einer nutzte die S-Bahn zur Flucht in den Westen.

Doch die S-Bahn fuhr. Sie war ein Muster deutscher Gründlichkeit, gleichzeitig aber auch ein Symbol der Teilung. Die Reichsbahn gehörte offiziell dem Osten, fuhr aber auch im Westen. Das BVG-Ticket (West) war in den S-Bahnzügen (Ost) nicht gültig, also musste ein Extrafahrchein erworben werden. Auch deswegen führen in den Westsektoren nicht so viele Leute mit der S-Bahn. Viele West-Berliner boykottierten den SED-Staat dadurch, dass sie auf U-Bahnen oder Busse auswichen. Aber nur, bis der Westen den roten Machthabern in den 80er Jahren die West-S-Bahn abkaufte.

Seit 1990 rollen die Züge wieder durch die vereinte Stadt. Eigentlich sollte jetzt ihre große Zeit gekommen sein. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die S-Bahn steht still. Was Krisen und Krieg, Panzer und Bomben, Ulbricht, Stalin und die Teilung nicht geschafft haben, ist nun ein paar Bahn-Managern gelungen, die durch ihre Nachlässigkeit den vorübergehenden Totalausfall verursacht haben. Seit Wochen werden die Züge überprüft, deswegen ist der Fahrplan außer Kraft gesetzt. Zeitweise war sogar die wichtigste Verbindung zwischen Ost- und Westkreuz außer Betrieb. Bis Jahresende könnten die Verzögerungen im Verkehr anhalten. Berlin hat den Schaden, für den Spott sorgt der Rest Deutschlands.

Am 27. August (19 Uhr) findet im ehemaligen Notaufnahmehaus in Marienfelde (Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin) eine Ausstellungseröffnung statt: „Mit der S-Bahn in den Westen“.

Gezeigt werden Bild- und Tondokumente sowie Zeitungsberichte rund um die S-Bahn während der Teilung. Außerdem wird ein kurzes Theaterstück aufgeführt. Die Ausstellung wird bis zum 31. Januar gezeigt. Der Eintritt ist frei.

# Kolat fordert Geschichtsschönung

Der Genozid an den Armeniern soll aus Brandenburgs Unterricht verschwinden



Schüler werden „unnötig in ihrer schulischen Leistung beeinflusst“: Kenan Kolat möchte türkische Schüler nicht mit dem Genozid an den Armeniern „belasten“.

Bild: pa

Deutsche Vorstellungen, Regeln und Autoritäten werden in manchen Einwandererkreisen zunehmend abgelehnt. Hingegen sehen sich die Deutschen mit der Forderung konfrontiert, sich ihrerseits zu fügen.

Vor zwei Wochen war im Columbia-bad die Hölle los. Der warme und sonnige Sonntag hatte ganz friedlich begonnen, aber am Nachmittag kippte in dem Neuköllner Freibad die Stimmung. Etwa 50 Jungen und junge Männer zwischen elf und 24 Jahren randalierten, sprangen verbotenerweise vom Beckenrand, stürmten den Sprungturm und nahmen die Rutsche in Beschlag.

„Damit gefährdeten sie sich und andere“, sagte ein Sprecher der Bäderbetriebe. Wenn 20 Personen gleichzeitig vom Turm sprängen, sei das lebensgefährlich. Ein Augenzeuge berichtet, dass die Rutsche bereits zu wackeln angefangen habe. Sie hätte zerbrechen und mehrere Badegäste unter sich begraben können. In dem zweitgrößten Berliner Freibad, in dem sich zu dem Zeitpunkt mehrere tausend Personen aufhielten, drohte ein Unfall größeren Ausmaßes.

Der Bademeister und seine Anweisungen wurden von den jungen Leuten einfach missachtet. Auch acht herbeigerufene Wachleute blieben machtlos. Selbst als die Polizei mit 60 Mann eintraf, bekam sie die Lage nur langsam unter Kontrolle. Die Randalierer ignorierten ihre Aufforderungen und mussten einzeln hinausgetragen werden. Kein Einzelfall in Neukölln. Nach

übereinstimmenden Presseberichten handelte es sich bei den Randalierern fast ausschließlich um Personen mit Migrationshintergrund, die sich partout nicht an die Hausordnung des Freibades halten und die Autorität in Form von Bademeister und Wachpersonal nicht anerkennen wollten.

Jeder in Neukölln kennt diese Probleme mit Migrationsjugendlichen. Aber darüber wird lieber nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen. Offiziell sind die „soziale Benachteiligung“ oder die „kulturellen Unterschiede“ schuld an diesem Verhalten. Der „Ta-

den türkischen Vorstellungen anzupassen hätten.

Dieser Anspruch reicht bis hinein in die inhaltliche Gestaltung des Schulunterrichts – so wie jetzt hinsichtlich der schulischen Verarbeitung des Völkermords an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs. Der Schriftsteller Franz Werfel hat in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ deren tragisches Schicksal im Osmanischen Reich der Jahre 1915 bis 1917 geschildert. Hunderttausende der christlichen Armenier, die lange vor den Türken in Kleinasien lebten, wur-

türkische Schüler und gefährdet den inneren Frieden“, so Kolat.

Verbrecher der Vergangenheit als psychologische Belastung für heutige Schülergenerationen? Das sind Sätze wie Backpfeifen. Deutsche Politiker und Pädagogen haben nicht das geringste Verständnis für diese Haltung. Schließlich spielt der Judenmord der Nazis im deutschen Lehrplan eine herausgehobene Rolle. Die Beschäftigung mit der Schande stabilisiere die deutschen Schüler, statt sie zu verunsichern, so die geltende Überzeugung.

Da ist es schwer zu verstehen, dass der Minderheiten-Vertreter Kolat, der nach eigenem Verständnis die Interessen der „benachteiligten Türken“ vertritt, sich zum Wortführer von Genozid-Leugnern macht. Weite Teile der Öffentlichkeit quittieren den Vorstoß denn auch mit konsterniertem Schweigen. Die Äußerungen des SPD-Mitglieds Kolat fanden kaum ein Echo in der Presse und gar keines in seiner Partei.

Ein zentraler Streitpunkt ist die Zahl der Opfer. Die Schätzungen gehen von bis zu 1,5 Millionen aus, was türkische Nationalisten für viel zu hoch gegriffen halten. Kolat sagte in einem Interview mit der Zeitung „Hürriyet“, die Schüler würden mit dieser Behauptung „regelmäßig konfrontiert“. Sie würden dabei „unnötig in ihrer schulischen Leistung beeinflusst“. Er hat sich deswegen auch schon an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt, weil er die „unzureichende und einseitige“ Abhandlung des ersten Völkermords im 20. Jahrhundert ändern möchte. Markus Schleusener

## Viele türkischstämmige Jugendliche akzeptieren nur ihren Vater und ihren Imam als Autoritäten

gesspiegel“ schob das rabiate Auftreten der Zuwandererkinder gar der „drückenden Hitze“ zu.

Kenner der Szene weisen eher darauf hin, dass in gewissen Zuwanderer-milieus eben andere Gesetze gelten. Viele Türken – von ihnen wohnen über 100 000 in Berlin – lebten nach ihren eigenen Regeln. Die wichtigsten Autoritäten seien der Vater und der Imam. Deutsche Autoritätspersonen wie Lehrer oder Polizisten zählten nicht viel.

Die Bereitschaft, sich den Regeln der Mehrheitsgesellschaft zu fügen, nimmt dabei insgesamt eher ab als zu, die Integration läuft rückwärts. Stattdessen fordern türkische Interessenvertreter von den Deutschen, dass diese sich

den damals von fanatischen „Jungtürken“ ermordet.

Für viele Türken ist Franz Werfels Buch eine Provokation. In der Türkei ist es sogar verboten, über diesen Aspekt der türkischen Geschichte zu sprechen. So wie Holocaust-Leugnung bei uns – nur andersherum.

Führende Türken wünschen sich, dass auch in Deutschland nicht mehr über die Schuld der Türken gesprochen wird. Kenan Kolat (49), der wortgewaltige Chef der „Türkischen Gemeinde“, hat sich jetzt gegen eine Lehrerhandreichung des Landes Brandenburg ausgesprochen, weil dort die Massaker thematisiert werden. Sie sei eine „psychologische Belastung für

# Kita-Gebühr für »Reiche«

Neue Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) will Mittelschicht-Eltern schröpfen

Carola Bluhm ist neu als Sozialsenatorin in Berlin. Sie kommt von der Linkspartei. Eines ihrer ersten Ziele ist es, dass „Besserverdienende“ ihre Kinder nicht kostenlos in die Kindergärten bringen dürfen. Damit stellt sie sich in Gegensatz zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linkspartei und zum Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD).

Bei der letzten Regierungsbildung war vereinbart worden, dass ab 2007 das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung kostenfrei werden soll und 2010/2011 auch die beiden davor liegenden Betreuungsjahre. Das kostenfreie letzte Kita-Jahr ist mittlerweile Realität geworden.

Linke-Politikerin Bluhm führt als Grund für ihre Gebührenpläne an, eine „Gerechtigkeitslücke“ schließen zu wollen. Zudem wolle sie die Qualität der Betreuung verbessern und benötige dafür die

durch die Gebührenfreiheit entfallenen 60 Millionen Euro, so Bluhm. Angaben zu einer „sozialen“ Einkommensstaffelung, nach der sich Frau Bluhm die künftige Erhebung der Gebühren vorstellt, machte sie jedoch nicht. Nach der aktuellen Gebührenabelle müssen Eltern schon ab einem Einkommen von 22 500 Euro (also netto etwas mehr als 1000 Euro im Monat) zahlen. Wer rund 30 000 Euro nach Hause bringt, zahlt für einen Halbtagsplatz 37 Euro monatlich. „Spitzenverdiener“ ab 81 000 Euro Jahreseinkommen müssen bereits 203 Euro hinlegen.

Die Bezeichnung „Spitzenverdiener“ halten Kritiker indes für eine Kampfvokabel, denn in der Realität bliebe einem Familienvater nach Abzug von Steuern und

Sozialabgaben kaum mehr als die Hälfte seines Bruttoehalts. Zudem: „Echte“ Spitzenverdiener von 120 000 Euro an aufwärts würden sich mit ihren Sprösslingen ohnehin nicht an die staatlichen Kindertagesstätten wenden, sondern ihren Nachwuchs in exklusive Einrichtungen bringen, wo sie nicht auf Unterschicht- und Migranten-Kinder stießen.

Opfer von Bluhms Bemühungen könnte letztlich also eher die Mittelschicht werden statt die „Reichen“. Vom Koalitionspartner kommt denn auch hässliche Kritik; SPD-Landesvorsitzende Michael Müller erklärte zu den Bluhm-Plänen: „Alles jenseits von ‚Hartz IV‘ findet bei der Linkspartei nicht statt. Das ist ein schlechter Start für die neue Sozialsenatorin.“ Die oppositionelle CDU

SPD und CDU dagegen, FDP und Grüne dafür

# Drogenmarsch

Ströbele wieder auf der »Hanf-Parade«

Alle Jahre wieder zieht eine kleine Schar von Befürwortern der Legalisierung von Cannabis Anfang August durch die Berliner Innenstadt. Prominenter Stammgast des Drogenmarschs ist der Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans

Christian Ströbele. Hanf-Parade heißt das Spektakel. Zentral ist den Marschierern die Behauptung, dass Cannabis kaum gesundheitsschädlich sei: „Morgens ein Joint und der Tag ist dein Freund“, lautete einst ihr Glaubensbekenntnis. Entgegnungen von Fachleuten verpuffen: Längst haben wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, dass selbst kleine Mengen des Cannabis-Krauts dauerhafte Schäden hervorrufen können. Doch können heißt eben nicht unbedingt müssen. Und so werden gerade bei derartigen Ver-

anstaltungen gern Zeitzeugen präsentiert, die den zusammengekauften Plakatträgern durch fleischgewordene Anwesenheit beweisen sollen, wie bekömmlich der tägliche Joint sei.

Dabei ist der heute gerauchte „Joint“ durch die um vielfaches höhere Wirkstoffkonzentration weit intensiver als in alten Hippietagen, in denen die „Tüte“ in gewissen Kreisen zum Symbol vermeintlicher Freiheit hochgehulbt wurde. Wirkung auf die Politik hatte die „Hanf-Parade“ bislang keine, Anbau und Besitz, Vertrieb und Kauf von Cannabis blieben verboten. Aber auch auf der anderen Seite bewegt sich nichts: Fragen an Ströbele, wie sein Cannabis-Kampf zur Kampagne gegen das Rauchen pass, die gerade seine Grünen so eifrig betreiben, prallen ab. HL

Cannabis ja, Tabak nein

Hans Lody

Zeitzeugen



**Alexander Hedderich** - Der studierte Volkswirt passte sich nach seinem Einstieg bei der Bahn 1999 rasch den Privatisierungsvorgaben Hartmut Mehndorns an, wurde dessen rechte Hand. Der Leiter der Konzernentwicklung und ausgewiesene Wettbewerbsfachmann gilt als einer der entscheidenden Köpfe hinter dem Rationalisierungskurs des Konzerns. In der Datenaffäre belastete ihn Mitarbeiter.

**Helmut Kohl** - Als Bundeskanzler nahm er Einfluss auf die Reform der Bahn. Das Großprojekt der Berliner „Kanzler-U-Bahn“, eine der kürzesten (1,8 Kilometer lang) und teuersten U-Bahnen der Welt, geht auf die Beschlüsse der Kohl-Regierung zurück. Die eingeweihte und offiziell U55 genannte Verbindung kostete den Steuerzahler bisher 250 Millionen Euro.



**Rüdiger Grube** - Seit 1. Mai Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG galt anfangs als Hoffnungsträger für einen Neuanfang. Der gebürtige Hamburger entschuldigte sich jüngst für das Chaos der Berliner S-Bahn. Dennoch beförderte er Manager, die für die schlechte Wartung der Züge und somit für die Ausfälle des Berliner S-Bahn-Betriebs verantwortlich waren. Kritiker fürchten, Grube setzt den radikalen Sparkurs fort.

**Hartmut Mehndorn** - Der 67-Jährige stand fast zehn Jahre an der Spitze des DB-Konzerns. Mehndorn, Wunschkandidat von Altbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), machte sich einen Namen als eisenharter Modernisierer, der bisweilen ruppig mit Untergebenen, Bahnindustrie und Medien umsprang. Er stolperte Anfang des Jahres über die Datenaffäre.



**Norbert Hansen** - Er wechselte 2008 spektakulär vom Chfessel der Eisenbahngewerkschaft Transnet in den Vorstand der Bahn. Dort angekommen, kündigte er umgehend Personalabbau an - Verrat in den Augen vieler Gewerkschafter. Hansen war schon als Gewerkschafter nicht gerade für konfliktfreudiges Verhalten gegenüber der Konzernspitze bekannt. Im Mai 2009 kündigte Bahnchef Rüdiger Grube an, Hansen werde das Unternehmen zum Ende des Monats gesundheitsbedingt verlassen.

# Den Betrieb kaputtgespart

Deutsche Fahrgäste finanzieren Expansionsdrang der Deutschen Bahn AG

Nach Ausfällen, Chaos und Wartungsmängeln bei der Berliner S-Bahn drohen der Deutschen Bahn nun bundesweit Rekordverluste. Nicht nur in Berlin hat das traditionsreiche Verkehrsunternehmen offenbar jahrelang an der falschen Stelle gespart, um einen rücksichtslosen internationalen Expansionskurs im Logistikbereich zu finanzieren.

Interne Mängel und die Wirtschaftskrise machen der Bahn derzeit zu schaffen. Mit zirka 14,3 Milliarden Euro verbuchte sie von Januar bis Juni dieses Jahres mehr als zwei Milliarden Euro weniger an Einnahmen als im Vorjahreszeitraum. Sinkende Umsätze verhängeln die Bilanz: Ein Rückgang von über drei Milliarden Euro ist auf das Jahr gerechnet zu befürchten. Auch der Gewinn bricht nach Meldungen der Nachrichtenagentur Reuters ein. Im Frühjahr ging dieser (vor Zinsen und Steuern) um über die Hälfte zurück. Noch hält sich der Konzern mit offiziellen Stellungnahmen zu den Zahlen zurück, doch immer deutlicher zeichnet sich ab: Bahnchef Rüdiger

Grube steht wenige Monate nach Amtsantritt vor einer der schwersten Bewährungsproben in der Unternehmensgeschichte.

Der Zeitpunkt ist denkbar ungünstig, denn neben der Krise setzen die Datenaffäre sowie das Spar- und Wartungschaos bei der Berliner S-Bahn dem als Global Player auftretenden Großkonzern weiter zu. Berlin ist kein Einzelfall: Selbst einst gesunde Tochterunternehmen scheinen systematisch ausgeblutet worden zu sein. Die Bahn forderte, so die Vorwürfe, immer höhere Gewinne. Allein die Berliner Tochter sollte 2008 56 Millionen Euro erwirtschaften, für 2010 gab das Management doppelt so viel vor. Gleichzeitig unterließen die Verantwortlich der Berliner S-Bahn teils sogar die nötigsten Investitionen. So wrackte die Bahntochter intakte Züge ab, um Wartungs- und Betriebskosten zu sparen. Die Sicherheit der Fahrgäste habe nicht mehr oberste Priorität gehabt, werfen Angestellte dem Betreiber zudem vor.

Berliner Zustände drohen der Bahn auch anderswo. Testintervalle für den ICE werden vergrößert. Bei den Radsätzen des Hochgeschwindigkeitszugs hat die Bahn gut zehn Jahre nach dem Unglück von Eschede noch Sparpotenzial ausgemacht. Das zeigte die Entgleisung eines ICE in Köln im Juli 2008. Materialermüdung ohne Verschulden der Bahn, so das Expertenurteil. Dennoch: Häufigere Kontrollen hätten den gefährlichen Zwischenfall womöglich verhindert. Beim Materialaaleinsatz der Schienenmulti ebenfalls auf billige neue Dieselloks, bitte ohne Rußfilter, entschied die Bahn Anfang des Jahres. Ob bei der Software der Züge oder der Sauberkeit: Die Bahn knausert, wo sie kann. Sparen um jeden Preis lautet seit Jahren die Konzern-Maxime.

Statt ins Kerngeschäft zu investieren, beschleunigt das Management den Ankauf von Logistikunternehmen in der ganzen Welt. Das kostet die Bahn viel Geld. Erst im Januar kaufte sie mit PCC Logi-

stics ein polnisches Unternehmen. Die Mittel für solche Neuerwerbungen erwirtschaftet die Bahn auf Kosten anderer Bereiche. Das Inlandsgeschäft finanziert den Expansionsdrang. Personalabbau ist dabei eine bewährte Methode.

Eigentlich ein Fall für Wettbewerbsbehörden, denn die Bahn ist trotz aller AG-Fassade nach wie vor Empfänger bundesdeutscher Staatszuschüsse. 2008 hat die Bahn beispielsweise 3,6 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt in Infrastrukturprojekte investiert. Eine Summe, die sie nach den Gesetzen des bahnhinteren zur Richtschnur erhabenen freien Marktes eigentlich aus ihren eigenen Überschüssen und nicht aus Steuergeldern aufbringen müsste. Das Gewirr der Tochterunternehmen, entstanden auch durch fragwürdige Ausgliederungen von Teilbereichen, erleichtert dem Konzern das unbeobachtete Rangieren mit fremdem und eigenem Geld.

Kürzlich hat Grube den Börsengang für aufgeschoben, aber nicht aufgehoben erklärt - ob das ein Zeichen für mehr Realitätsinn ist, bleibt abzuwarten. *S. Gutschmidt*

## Sicherheit hat nicht mehr höchste Priorität



Warten auf die S-Bahn: Die Berliner sind seit den Ausfällen der letzten Wochen nicht gut auf die DB zu sprechen.

Bild: ddp

# Geschichte voller Pannen

Bei der Privatisierung der Bahn wurden viele Fehler gemacht

Das große Reformieren der einstigen Deutschen Bundesbahn begann in den späten 80er Jahren. Schon zuvor hatten verschiedene Regierungen Reformkommissionen zur Begrenzung der Schulden des Betriebs eingesetzt - mit geringem Erfolg. Schlecht war 1989 die Gesamtbilanz: 44 Milliarden Deutsche Mark Schulden hatte die Bundesbahn angehäuft.

Von 1991 an stellte der deshalb als Reformler eingesetzte Bahnchef Heinz Otto Dürr die Weichen weg vom Staatsbetrieb, hin zu mehr Wirtschaftlichkeit. Er öffnete mit dem „Wochenendticket“ neuen, jüngeren Kunden die Nah- und Regionalzüge. Für anfangs 15 Deutsche Mark fuhren vor allem Schüler und Studenten in Scharen durch Deutschland. Doch bald mussten die künstlich niedrigen Preise angehoben werden, am Zustand und Takt der Züge änderte sich wenig. Sorgenkind der Bahn war zu Dürrs Zeit nicht nur der regionale Schienenverkehr. Seit Jahren gingen die Fahrgastzahlen in allen Bereichen zurück. Um mit dem Flugzeug konkurrieren zu können und die jahrelang ausgebliebenen Investitionen in den Per-

sonenverkehr aufzuholen, setzte der ehemalige AEG-Sanierer den ICE aufs Gleis. Neubaustrecken und Hochgeschwindigkeitszüge sorgten nebenbei für den Anschluss deutscher Bahntechnik an die internationale Konkurrenz. 1992 gab es die Bahn-Card - eine Vereinfachung des Fahrpreisy-

## Innovationen aus freier Wirtschaft waren nur bedingt übertragbar

stems. Außerdem blieb es trotz der aus der Privatwirtschaft abgesehenen Neuerungen und Investitionen bei den immer noch erheblichen Steuerzuschüssen des Bundes in den Bahnbetrieb.

Das langfristige Ziel, die „Behördenbahn“ abzuschaffen, bestimmte seitdem das Denken im Management. Zunehmend schneller und radikaler trennte sich die Bahn von allem und allen, die als Negativfaktoren zu Buche schlugen.

1993 billigte nach dem Bundesrat auch der Bundesrat die Bahnreform. Es war das Signal zum entscheidenden Schub in Richtung

privatwirtschaftlicher Ausrichtung. Der Name Deutsche Bahn mit dem entscheidenden Zusatz AG hielt ab 1994 Einzug in den Alltag. Zuvor musste das marode Schienennetz der einstigen DDR auf Westniveau gebracht werden. Statt sich auf das Kerngeschäft, darunter auch den Schienennahverkehr zu besinnen, stieß die Deutsche Bahn diesen Zweig 1996 an die Bundesländer ab. Streckenstilllegungen begleiteten die Maßnahme.

2002 fielen die neuen Fahrkartenautomaten aus. Drastische Umsatzzebrüche zwangen die Bahn, diese Neuerung nach einem halben Jahr weitgehend zurückzunehmen. Zwei Bahn-Vorstände mussten gehen. Bahnchef Mehndorn, seit 1999 im Amt, hielt sich dank politischer Rückendeckung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD). Den geplanten Börsengang der Bahn musste Mehndorn für Jahre von der Tagesordnung streichen. Anfang Oktober 2008 machte die Wirtschaftskrise den inzwischen bereits konkreten Börsentermin wieder zunichte. Das Ende der Ära Mehndorn war absehbar. Unter seiner Ägide stiegen die Schulden der Bahn von 9,3 auf 16 Milliarden Euro. *SV*

## Versuch der vollen Kontrolle: Die Datenaffäre

Die ehrgeizigen Ziele der Deutschen Bahn hatten auch intern Konsequenzen: Die Datenaffäre brachte umfangreiche Bespitzelungs- und Überwachungspraktiken ans Licht. Verbissen versuchte der Konzern, seine Außenbarstellung zu kontrollieren, Informationslecks zu stopfen.

Was nach Bahngangabern der Korruptionsbekämpfung dienen sollte, geriet außer Kontrolle. E-Mails von Mitarbeitern seien überwacht worden, besonders wenn darin Namen von Journalisten auftauchten, auch PC-Festplatten von Angestellten hätten die Bahn-Spitzel unter die Lupe genommen, berichteten die Medien. Im großen Stil durchleuchtete die Bahn Mitarbeiter und Führungskräfte - offiziell nach Korruption. Tatsächlich hatten die

## Verbindungen zu Journalisten gesucht

Schnüffler es bei der Suche auf Schlagworte mit Medienzusammenhang abgesehen. Eines konkreten Verdachts bedurfte es bei der Suche offenbar nicht. Adressen, Telefon- und Kontonummern von Zehntausenden von Mitarbeitern prüfte die Bahn ab 1998 - ein Massenabgleich von Daten. Sogar Aufsichtsräte seien bespitzelt worden, so die Vorwürfe. Auch das Privatleben einiger Mitarbeiter habe die Bahn überwacht, berichteten Zeitungen. Zumindest eine Bank erwägt rechtliche Schritte gegen die Bahn, weil sie möglicherweise Kundenkonten ausspähte. Zuständig für die Aktionen war die direkt dem Bahnchef Hartmut Mehndorn unterstellte Revisionsabteilung. Mehndorn will von deren Arbeit nichts gewusst haben. 2002, 2003 sowie 2005 haben Massenprüfungen stattgefunden, bei 173 000 Angestellten sagt die Bahn - Medienberichten zufolge sind dagegen sämtliche Beschäftigte in die Aktion hineingeraten. Zudem habe die Bahn eine schwarze Liste mit Namen von Kritikern geführt, so der „flägerspiegel“. *SV*

## Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

### Chefredakteur

Konrad Badenheuer  
(V. I. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Leserbefrei, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Korschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Milauer, Jean-Paul Picaper.

**Verlag:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrittör von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Für den Anzeigentil gilt: Preisliste Nr. 31.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarstraße 1, 24782 Büdelsdorf. - ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung*/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (L.O.) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der L.O.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer; Ausland 10,50 Euro. Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.  
**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 00, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*/Das Ostpreußenblatt werden mit dem Beginn des Abonnementes Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittsklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*/Das Ostpreußenblatt erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*/Das Ostpreußenblatt wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de  
Benutzername/User-ID: paz  
Kennwort/PIN: 3642

# SPD: Sorgenvoller Blick an die Saar

Erste rot-rote Koalition im Westen könnte Frank-Walter Steinmeier in Erklärungsnot bringen

**Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland haben auch indirekte Auswirkungen auf die Bundestagswahl. Während Sachsen für CDU und FDP zu einem Erfolg werden könnte, gilt für die anderen beiden Bundesländer Hoffen und Bangen.**

Es sah schon mal besser aus für Oskar Lafontaines Genossen an der Saar: Vor knapp einem Jahr lag die saarländische Linkspartei laut Umfrage einen Punkt vor der SPD, mit 24 zu 23 Prozent. Da schossen die Spekulationen ins Kraut, ob der Linkspartei-Chef womöglich in seine alte Heimat zurückkehren könnte, um Ministerpräsident einer rot-roten Koalition zu werden. Doch die Befragung stellte sich als einmaliger Höhe- und schließlich Wendepunkt heraus. Zuletzt rangierten die Linken bei 18, die SPD bei 27 Prozent.

Von den drei Ländern, in denen am 30. August die Parlamente neu gewählt werden, ist das Saarland hinter den beiden anderen, Sachsen und Thüringen, zwar das kleinste, doch ausgerechnet von hier könnte die größte Wirkung auf die Bundestagswahl vier Wochen später ausgehen.

Grund: Obwohl die SPD wieder aufgeholt hat, ist Rot-Rot keineswegs vom Tisch. SPD-Spitzenkandidat Heiko Maas will die Fehler der Hessin Andrea Ypsilanti nicht wiederholen und kündigt Koalitionsverhandlungen mit den Dunkelroten schon jetzt, vor der Wahl, offen an. Nach den Um-

fragen hätten derzeit indes weder Schwarz-Gelb eine Mehrheit, da die CDU auf 36 und die FDP auf neun Prozent kämen, noch Rot-Rot. Es käme also auf die Grünen an, die mit sieben Prozent auf die Rolle des Züngleins an der Waage zusteuern. Deren Spitzenkandidat Hubert Ulrich hält sich nach allen Seiten offen. Von Schwarz-Gelb-Grün über Rot-Gelb-Grün bis zu Rot-Rot-Grün sei für ihn theoretisch alles drin.

Die bundespolitische Bedeutung der Saar-Wahl wäre am

Falles Koalitionsverhandlungen mit der Linken bis nach der Bundestagswahl aufschieben, Frank-Walter Steinmeier zuleibe.

## Althaus oder Matschie? Machtkampf im Falle einer Großen Koalition

Nein, er wolle da keine Zeit verlieren, gelobt Maas. Das hat Brisanz: Die Strategen in den Zentra-

dem größten der drei wählenden Länder, Sachsen, steht der vermutlich unspektakulärste Urnengang bevor. Bei allen Umfragen seit Jahresbeginn kommen Schwarze und Gelbe zusammen auf mindestens 50 Prozent, liegen meist sogar etwas darüber. Zuletzt stand die Union bei 42, die FDP bei elf Prozent.

Die SPD, die vor fünf Jahren auf schauerliche 9,8 Prozent sackte und danach eine „Große“ Koalition mit der Union einging, hat sich auf 13 bis 15 Prozent stabili-

ert, liegt bei fünf Prozent. Eingedenk der Erfahrung, dass diese Partei in Umfragen meist etwas schlechter abschneidet als bei Wahlen, ist ihr Wiedereinzug in den Landtag wahrscheinlich.

Fürchten müsste die Union nur noch, dass Vorwürfe an Ministerpräsident Stanislaw Tillich über dessen Wirken in der DDR-Zeit (PAZ berichtet) noch Wähler abschrecken könnte. Sonst wäre die Wahl so gut wie gelaufen.

Was man von Thüringen nicht sagen kann: Hier liegt die regierende CDU nach den letzten beiden Umfragen bei 36 bis 40 Prozent, ihr Wunschpartner FDP schwankt zwischen sechs und neun Prozent. Die Linke käme auf etwa 24 Prozent, die SPD auf 16 bis 18 sowie die Grünen auf sechs Prozent.

Allerdings hat sich die thüringische SPD unter Christoph Matschie darauf festgelegt, eine rot-rote Zusammenarbeit nur unter ihrer eigenen Führung einzugehen. Da die Linkspartei trotz Verlusten seit vergangem Sommer jedoch immer noch so gut wie uneinholbar vor der SPD liegt, steuert Thüringen nach Lage der Dinge eher auf eine Große Koalition zu.

Nahezu gesichert scheint überdies, dass FDP und Grüne, die vor fünf Jahren die fünf Prozent verfehlten, beide mit dem Wiedereinzug ins Parlament rechnen können.

Dass ein wiedergewählter CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus indes mit der FDP allein regieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. *Hans Heckel*

## MELDUNGEN

### Putsch gegen Lafontaine?

**Berlin** – Oskar Lafontaine, der sich derzeit eigentlich voll auf den Wahlkampf im Saarland konzentrieren müsste, spürt momentan Gegenwind aus seiner eigenen Partei „Die Linke“. Der Plan, dass die Partei ab 2010 keine Doppelspitze mehr hat und Lafontaine alleiniger Parteichef wird, stößt auf Widerstand in den eigenen Reihen. Es heißt, die Realos aus den neuen Bundesländern spielen mit dem Gedanken, Lafontaine zumindest den Bundesfraktionsvorsitzenden Gregor Gysi als Co-Chef an die Seite zu geben oder ihn ganz durch Gysi und eine weibliche Co-Chefin zu ersetzen. Für die Frau an der Spitze wird unter anderem Petra Pau gehandelt. Dass hierfür eine bereits beschlossene Regelung wieder geändert werden müsste, scheint parteiintern nur wenige zu stören. *Bel*

### Sozialsysteme tragen Mitschuld

**Bielefeld** – Bevölkerungsexperte Herwig Birg gibt den deutschen Sozialversicherungen eine Mitschuld an der niedrigen Geburtenrate im Land. Der 70-Jährige provoziert mit der These, dass Rente, Krankenkasse oder Pflegeversicherung, die jedem die gleiche Leistung garantieren, ob er nun Kinder hat oder nicht, eine falsche Illusion von Stabilität schaffen. Menschen würden sich darin bestärkt fühlen, dass es auch ohne Kinder gehe. Mütter hingegen, die sich voll und ganz auf die Erziehung gar mehrerer Kinder konzentrierten, bekämen eine schlechte Rente. Der Wissenschaftler schlägt vor, dass Unternehmen bei gleicher Qualifikation Eltern bevorzugen sollen. Natürlich sei das nicht per Gesetz anzuordnen, das gehe nur freiwillig. „Aber allein, dass die Menschen darüber reden und sich aufregen würden, könnte den lange falligen Bewusstseinswandel bewirken.“ *Bel*



Wir machen's ... auch mit der Partei „Die Linke“: Saar-SPD-Chef Heiko Maas hat keinerlei Berührungängste.

Bild: ddp

größen, wenn es tatsächlich zu Verhandlungen über eine Zusammenarbeit von SPD und Linkspartei käme, ob mit oder ohne die Grünen. Maas hat alle Verdächtigungen scharf zurückgewiesen, er würde im Falle des

len von Union und FDP würden sich die Finger lecken nach den Bildern von der ersten rot-roten Annäherung auf westdeutscher Landesebene. Für Wahlkämpfer Steinmeier kämen sie alles andere als gelegen.

siert, die Linke, die vor einem Jahr mit bis zu 29 Prozent Spitzenwerte erzielte, rangierte zuletzt zwischen 17 und 20 Prozent, die Grünen bei sechs bis sieben. Die NPD, die 2004 mit 9,2 Prozent auf Augenhöhe mit der SPD

dem Wiedereinzug ins Parlament rechnen können. Dass ein wiedergewählter CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus indes mit der FDP allein regieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. *Hans Heckel*

## Russki-Deutsch (30):

### Gorki

Von WOLF OSCHLIES

**Gorki** (bitter) ist ein russisches Adjektiv, das so oder so ähnlich in allen slavischen Sprachen besteht, zudem eine Verwandtschaft mit dem mittelhochdeutschen „garstig“ haben soll. Es wird auch in vertrauten Nuancierungen verwendet: ein bitterer Kaffee ist gut, ein bitteres Schicksal nicht. Im Russischen bedeutet „gorki“ noch „übermäßig“: „pitj gorkuju“ heißt nur wörtlich „die bittere trinken“, meint aber „exzessiv Wodka saufen“.

Die bittere Wortbedeutung ist Deutschen aus der Biographie des Schriftstellers Aleksej Peschkow (1868–1936) bekannt, der sich nach schwerer Kindheit und Jugend Maxim Gorki nannte. Der bei Deutschen sehr populäre Gorki zählt zu den vielen, die bei der Vergabe des Literaturnobelpreises übergangen wurden, weil der zu meist an Unbekannte und Unbegebte geht. Gorki war ein „Linker“, was immer das im zaristischen Russland heißen mochte, aber er war kein Kommunist, wurde nur von Lenin, Stalin & Kumpanei als solcher ausgegeben. 1921 emigrierte er, kehrte 1931 zurück, wurde danach in der Sowjetunion festgehalten und 1936 vermutlich dort umgebracht.

Vom Adjektiv „gorki“ gibt es das Attribut „gorko“, das bei russischen Hochzeitritualen eine große Rolle spielt: Deutsche Russenländer haben das oft beschrieben: Immer wieder haben die Gäste das Glas und rufen „gorko“, mitunter auch „sorno vino“ (saurer Wein), worauf sich die Brautleute küssen, um so die Feier zu „versüßen“. Dieser Brauch ist oft Sujet trauriger Lieder: Jemand erinnert sich, wie lange und innig er ein Mädchen liebte, für das jetzt die Gäste „gorko“ rufen, wobei er leider nicht an ihrer Seite sitzt.

Andere Etymologien sind prosaischer: Im alten Russland wurde zumeist im Winter geheiratet, weil sommers die Zeit zu knapp für mehrtägige Feste war. Aus dem Schnee baute man eine „gorka“, eine Tribüne, auf der die Braut und ihre Freundinnen standen, während der Bräutigam und seine Kumpels die Tribüne stürmten, von der Hochzeitgesellschaft mit dem Rufe „gorka“ angefeuert. Das klingt einleuchtend, aber nicht glaubhaft: Ein russisches Fest ohne Wodka ist keins! Darum gefällt mir die von Ethnologen in Zentralrussland oft beobachtete Abfolge von drei G besser: Gorko – Getränk – Geschenk!

# Krankrechnen bleibt effektiv

Beitragssatz in zehn Jahren bei 20 Prozent? Finanzbedarf der Krankenkassen wächst

Von der Einführung des Gesundheitsfonds zu Beginn dieses Jahres verspricht sich die Bundesregierung nach wie vor ein gerechteres Gesundheitssystem. Der große Wurf soll es sein, endlich Verteilungsgerechtigkeit unter den mehr als 200 gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und somit mehr Solidarität. Das wünscht sich die Regierungskoalition, allen voran Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Und so funktioniert es: Jede Krankenkasse (KV) zieht die Sozialversicherungsbeiträge (derzeit 14,9 Prozent, getragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern) ihrer Kunden ein, überweist sie neuerdings aber an einen Fonds. Das ist ein großer Geldtopf, aus dem die Kassen wieder Geld zurückerhalten – viel zusätzlicher bürokratischer Umverteilungsaufwand, so Kritiker. Die Verheißungen der Fonds-Idee sind dagegen ein geringerer, da einheitlicher Beitragssatz für alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, mehr Geld für die Kassen mit vielen schwer Erkrankten und damit kostenintensiven Mitgliedern. Im Umkehrschluss bedeutet das weniger Geld für solche Krankenkassen, die sich bisher

erfolgreich um einen vergleichsweise kostengünstigen Kundschaft bemüht haben.

Dass diese Versicherungen sich die Beschneidung ihrer Einnahmen durch den Fonds nicht gefallen lassen wollen, liegt also auf der Hand. Statistische Trickserien der Kassen seien die unmittelbare Folge des Fondsmodells, sagen Kritiker. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung bemerkte beispielsweise Versuche einiger Krankenkassen, Ärzte bei deren Diagnosen zu beeinflussen. Denn: Je kranker der Patient auf dem Papier, desto mehr transferiert der Fonds an die Kasse. Allmählich machen sich anhand solcher struktureller Mängel die langfristigen Folgen des neuen Systems bemerkbar. Ingo Kailuweit, Vorsitzender der Kaufmännischen Krankenkassen (KKH), sieht „im nächsten Jahr zusätzlichen Finanzierungsbedarf in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ – deutlich zeichne sich dies ab. Schon vor Monaten sagte der Experte einen massiven Anstieg der Beiträge zur GKV in Folge des Fonds-Modells voraus. Auf bis zu 20 Prozent könne der Beitragssatz in den nächsten zehn Jahren ansteigen, so Kailuweit.

Neben den systembedingten Mängeln des Fonds nötigen Extrakosten die Krankenkassen zu Beitragserhöhungen. So ist unklar, wie die Kosten für Impfungen gegen die Schweinegrippe im System verrechnet werden sollen. Auf 125 Millionen Euro beziffert der Verband allein die Verwaltungskosten, wenn, wie geplant, bestimmte Risikopatienten rausgesucht und angeschrieben werden.

Extrakosten lauern auch noch an anderer Stelle. Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit erwartet SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach im zweiten Halbjahr erste Zusatzbeiträge für die Versicherten. Die wären auch ohne Schweinegrippe bei vielen Kassen zum Herbst fällig, so der Abgeordnete. Warum sind Beitragserhöhungen, ob als Zusatzbeitrag getarnt oder nicht, überhaupt nötig, mag mancher sich fragen.

Adolf Bauer, Vorsitzender des Sozialverbandes Deutschland, sieht den Start „unter keinem guten Stern“. Mehr bezahlen trotz vieler Nachteile in der Versorgung, lautet sein Urteil. Der Fonds als große günstige Versicherung für alle bleibt Wunschdenken: Trotz der neuen Versicherungspflicht sind

noch zirka 45.000 Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherung. Gerade derzeit geringverdienende Selbstständige können sich die mit der Reform gestiegenen Beiträge der privaten Krankenkassen nicht mehr leisten. Tausende von ihnen überweisen nur noch Teilbeiträge. Ein Wechsel in eine gesetzliche Kasse wird diesen oft noch von der Wirtschaftskrise besonders Betroffenen durch das neue Fondsmodell weiter erschwert. Um bis zu 20 Prozent sinkt, abhängig vom Tarif, die Beiträge für Privatversicherte gestiegen. Höhere Ausgaben für Medikamente und ärztliche Behandlungen sind laut Versicherern der Grund für den Kostenanstieg. Neben den schon Versicherten müssen aber auch Neukunden der Privaten mit deutlich höheren Beiträgen rechnen.

### Wechsel in Gesetzliche bleibt erschwert

Die Entwicklung des Gesundheitsfonds läuft somit langfristig auf höhere Beiträge für die Mehrheit der Versicherten hinaus. So lange das Verteilungsproblem, dass alle Kassen möglichst viel aus dem Fonds herausziehen müssen, um bestehen zu können, bleibt, ist eher mit mehr Verwaltungsaufwand zu rechnen. *Sverre Gutschmidt*

### Schweinegrippe bringt weitere Kosten

Die Krankenkassen (KKH), sieht „im nächsten Jahr zusätzlichen Finanzierungsbedarf in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ – deutlich zeichne sich dies ab. Schon vor Monaten sagte der Experte einen massiven Anstieg der Beiträge zur GKV in Folge des Fonds-Modells voraus. Auf bis zu 20 Prozent könne der Beitragssatz in den nächsten zehn Jahren ansteigen, so Kailuweit.

MELDUNGEN

Papst empfängt den EUFV-Chef

Rom – Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) kann eine weitere diplomatische Aufwertung verzeichnen. Ihr Generalsekretär Massimiliano Lacota, der zugleich oberster Repräsentant der aus Istrien vertriebenen Italiener ist, wurde unlängst vom Papst in Privataudienz empfangen. Benedikt XVI. hat wie schon sein Vorgänger Johannes Paul II. immer wieder Sympathien für gewaltlos für ihre Rechte eintretende Vertriebene jeglicher Nationalität erkennen lassen. Beobachter werten den Empfang auch als Signal an Kritiker der EUFV, Polemik gegen Lacota einzustellen. Insbesondere der vereinzelt sogar von deutschen Vertriebenenpolitikern erhobene Vorwurf, die EUFV grenze sich nicht genug von Kräften am rechten Rand ab, sei nun wohl nicht mehr haltbar. K.B.



M. Lacota

Polen ticken anders

Warschau – Eine Polin ist für die Beleidigung eines homosexuellen Nachbarn zu einem Schmerzensgeld von 15000 Zloty (3658 Euro) verurteilt worden. Politiker wie Bürger kritisieren das Urteil. Erst kürzlich hatte die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ eine Umfrage zu dem Thema veröffentlicht. Demnach lehnen 75 Prozent der Polen jegliche Art von Legalisierung homosexueller Ehen strikt ab. 87 Prozent sind gegen eine Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare. Laut Meinungsinstitut GfK Polonia sind 75 Prozent der Auffassung, dass eine Kritik an den Schwestern und Lesben erlaubt sei und nicht unter Strafe gestellt werden dürfte. Joachim Görlich

Beginn eines modernen Kolonialismus

Ausländische Staaten und private Investoren kaufen im großen Stil Land in Afrika und Asien

Während früher die Herrscher Afrikas und Asiens von fremden Mächten bezungen wurden, verkaufen sie jetzt Teile ihres Grund und Bodens freiwillig.

Erst waren es vor allem Länder wie China und Saudi-Arabien, jetzt folgen ihnen Banken und Hedgefonds – vor allem aus den USA. Doch während die Regierungen der Staaten in erster Linie die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Lebensmitteln sichern wollen, geht es letzteren um Rendite. Das Objekt ihrer aller Begierde ist Erde, saftige, ertragreiche Erde, ideal für die Landwirtschaft. Hier sollen im großen Stil Reis, Mais und Weizen angebaut werden, um den Hunger einer wachsenden Bevölkerung zu stillen. Vor allem die privatwirtschaftlichen Investoren entdecken offenbar nach der milliarden-schweren Pleite durch komplexe Finanzprodukte nun die guten, alten Sachwerte wieder. Die Länder, die diesen begehrten Boden anbieten, sind beispielsweise Äthiopien, Kongo, Sudan oder Pakistan. Dass diese Länder vor allem durch die Armut ihrer weitgehend hungernden Bevölkerung von sich reden machen, erscheint nur auf den ersten Blick als Widerspruch. Da die Landwirtschaft in diesen Ländern äußerst rückständig ist, liegen auch die Hektar-Erträge bei unter einem Zehntel des europäischen Durchschnitts. Die meisten jener Staaten, die den landhungrigen Regierungen und Landwirtschaftsfonds zig-tausende Hektar anbieten, hoffen, dass die Käufer beziehungsweise Pächter die marode Landwirtschaft modernisieren. Technik, Kapital, Wissen, Saatgut, Dünger, all das soll nun in

ihr Land strömen. „Da die Staaten in Afrika miteinander um Investoren konkurrieren, unterbieten sie sich gegenseitig in ihren Forderungen. Sie schreiben Investoren keine Auflagen vor, um sie nicht abzuschrecken“, beschreibt der Uno-Beauftragte für das Recht auf Nahrung, Olivier Schutter, die aktuel-

le Situation. Sie sehen nur das Geld, dass der Käufer beziehungsweise Pächter zahlt. Und wenn dieser das Land für eine Rendite von 20 Prozent – damit wird zum Teil gerechnet – auslaugt, dann ist ihnen das auch herzlich egal. Da in Afrika, je nach Staat, nur zwei bis zehn Prozent der Kleinbauern über formale Be-

dingungen Schulen und Straßen bauen, die dann den Einheimischen nutzen. Doch bis jetzt haben sich jene Wünsche eher selten erfüllt. Anfangs werden zwar noch Tagelöhner eingestellt, um beispielsweise Land zu roden, doch häufig werden sie dann von Maschinen ersetzt, die die wenigsten

Investoren in Kenia zu zahlen haben. Wie viel Geld eventuell bis zur Vertragsunterzeichnung noch in irgendwelche Taschen geflossen ist, ist nicht bekannt. Genauso wenig wie die Menge des an fremde Staaten und private Investoren verkauften oder verpachteten Landes. Die meisten Verträge werden nach schlechten Erfahrungen mit dagegen protestierenden Einheimischen wie zum Beispiel in Madagaskar oder Pakistan Anfang des Jahres geheim gehalten, daher kann die Uno nur Schätzungen abgeben. Sie geht von 15 bis 20 Millionen Hektar aus, die seit 2005 gehandelt wurden. Das entspricht in etwa einem Fünftel der europäischen Ackerflächen.

Und nicht nur Hunger, auch Dürst ist Folge dieser Entwicklung. Denn wer Nahrung exportiert, der exportiert auch Wasser. Daher kauft Riad Land im Ausland auf. In den 90er Jahren war Saudi-Arabien noch sechstgrößter Weizenexporteur, doch nachdem man sich bewusst wurde, wie viel Wasser der Anbau von Lebensmitteln verschlingt, begann ein Umdenken. Auch Ägypten handelt ähnlich und pachtete nun für 99 Jahre Land im Südsudan, wo bereits jetzt 5,6



Begehrtes Land: Zehntausenden Kleinbauern in Afrika und Asien drohen Vertreibung und Hunger.

Millionen Menschen von Nahrungsmittelhilfen abhängig sind. Befürchtete Hungerrevolten hoffen die Käufer und Pächter mit hohen, elektrischen Zäunen abwehren zu können. Pakistan, wo laut „Kuwait News Agency“ aufgrund von Landverkäufen 25000 Bauernhöfe umgesiedelt werden sollen, verspricht den Käufern aus Kuwait und Saudi-Arabien sogar, 100000 Sicherheitskräfte zum Schutz der Felder abzustellen. Rebecca Bellano

Bild: Getty

len Entwicklungen. Daher möchte er nicht von Neokolonialismus sprechen, da die Staaten Teile ihres Grund und Bodens ja freiwillig in fremde Hand geben.

Dabei sind die Motive durchaus unterschiedlich. In einigen afrikanischen Ländern sind es korrupte Staatschef, die keinerlei Interesse daran haben, ihrer Bevölkerung zu dienen. Der Vertreibung der Kleinbauern von ihrem seit Generationen bewirtschafteten Land stehen sie absolut gleichgültig gegenüber.

sitz- und Pachtitel verfügen, können diese sich gegen ihre Vertreibung auch nicht wehren. Und selbst wenn sie die Titel besitzen, so fehlt doch das Geld für eine Rechtsvertretung.

Allerdings gibt es auch stabile Regierungen, die durchaus davon überzeugt sind, im Interesse ihrer Bevölkerung Land an ausländische Investoren zu vergeben. Sie erhoffen sich moderne Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, setzen darauf, dass die Geldgeber auch die ange-

bedienen können. Auch wird die produzierte Nahrung häufig direkt außer Landes gebracht, so dass die hungernde Bevölkerung nichts davon hat. Und selbst wenn die Lebensmittel auf den heimischen Märkten angeboten werden würden, so wären sie doch viel zu teuer für die nun arbeitslosen, ehemaligen Kleinbauern.

3600 Hektar fruchtbarstes Land für 12000 Dollar Pacht im Jahr, so sehen die offiziellen, lachhaft niedrigen Preise aus, die ausländische

Endzeitstimmung

Mehrere Inselstaaten vor dem Untergang

Die Führer der Marshall-Inseln, der Vereinigten Staaten von Mikronesien, von Palau, Tokelau, Guam und den nördlichen Marianen sind sich einig: Noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gehen ihre Länder unter („We are being wiped out“). In einem Appell an die Weltgemeinschaft forderten sie jetzt bei einem Treff in Majuro, der Hauptstadt der Marshall-Inseln, rasche Hilfe.

Derweil weigern sich die meisten Industriestaaten, den Begriff „Klimaflüchtling“ beim Asylrecht und der Flüchtlingskonvention anzuerkennen, denn sie fürchten sich vor den mindestens 150 Millionen Menschen aus aller Welt, die bereits jetzt vom steigenden Wasserspiegel der Weltmeere bedroht sind.

Am augenfälligsten wird dies derzeit im Pazifik. Die Katastrophe umfasst den ganzen Wasserkontinent „Ozeanien“. Neuseeland etwa erlaubt bereits stillschweigend Hunderten von Bürgern bedrohter Südsee-Paradiесе die Einreise, erkennt sie aber gleichwohl nicht als Umweltflüchtlinge an. Die Zahl der Auswanderer von den einst als Südsee-Paradies

feierten Palmeninseln nimmt ständig zu, ob es sich um Fidschi, Tuvalu, Kiribati, Carteret, die Cook-Inseln oder die Salomonen handelt. Insgesamt betrifft die Umweltkatastrophe rund sieben Millionen Insulaner aus 22 Pazifik-Nationen.

Schon 2001 warnte der UN-Klimarat, der Meeresspiegel dürfte bis zum Jahr 2100 um 88 Zentimeter steigen; die Prognosen werden seither laufend überholt und zeigen das Ende ganzer Inseln in 15 bis 20 Jahren an. Bei rund einem Meter wird auch die Hauptstadt Nuku'alofa versinken, Papua-Neuguinea zu mehr als zwei Dritteln nur noch Tauchern zugänglich sein. Schon im Jahr 2010 rechnet die Uno weltweit mit 50 Millionen Menschen, die vor der großen Flut fliehen. Aufmerksam wird der Mitteleuropäer anscheinend erst dann, so die Samoanerin Meto Lelo, wenn seine geliebten Urlaubsparadiесе verschwinden. Und das könnte bald schon für die beliebten Malediven im Indischen Ozean gelten. Nach dem Tsunami von 2004 standen sie tagelang unter Wasser – ein salziger Vorgeschmack auf die Endzeit. Joachim Feyerabend

Schon bald sind die Malediven weg

»Bananen fressende Dschungel-Affen«

Rassismus ist in den USA noch lebendig, wie der Fall des farbigen Professors Gates beweist

Wie leicht aus einem kleinen Feuer in der Politik ein Flächenbrand entstehen kann, erfuhren wir wieder einmal am Fall des schwarzen Harvard-Professors Henry Louis Gates Jr., der in den letzten Wochen die Schlagzeilen in den USA beherrschte. Rassismus war der Stoff, der wie Zunder brannte.

Zur Erinnerung: Gates, einer der prominentesten schwarzen Intellektuellen der USA, war von einer internationalen Konferenz in China zurückgekehrt. Am Flughafen von Boston war er übermüdet in ein Taxi gestiegen und zu seinem Haus in Cambridge nahe der Uni gefahren, nur um festzustellen, dass das Türschloss blockierte. Das Problem wurde mit Hilfe des gleichfalls schwarzen Taxifahrers gelöst. Das sah eine neue Nachbarin, hielt es für einen Einbruch und rief die Polizei. Wenig später klingelte der weiße Polizeihauptmann namens James Crowley, Spezialist für Rassenfragen im Polizei-Quartier Cambridge, bei dem Rassenfachmann Gates Sturm und fuhr den Erschreckten barsch an, sich auszuweisen. Der Professor zeigte Harvard-Ausweis wie Führerschein. Als der Sergeant jedoch fortfuhr, ihn wie einen Verdächtigen zu behandeln, brach die alte Wunde auf, die viele Schwarzen in sich

spüren: grundlos nur wegen ihrer Hautfarbe verhaftet zu werden. Es entstand ein Rassismus-Wortgefecht, in dessen Verlauf der Cop den Professor in Handschellen abführte, wo er mit Foto und Fingerabdrücken wie ein Krimineller dokumentiert und nach fünf Stunden gegen 45 Dollar Kaution entlassen wurde, obwohl man längst wusste, wer er war.

Von der Website des Professors geriet die Schreckensnacht in die Presse. Und nachdem Präsident Obama, auf einer Pressekonferenz nach seiner Meinung befragt, erklärt hatte, die Polizei habe „dumm“ gehandelt, brach der Sturm los. Die Polizeigewerkschaft („Das war kein Rassismus, das war berechtigtes Verhalten gegen eine Person mit ungewöhnlichem Verhalten – eine Art Widerstand gegen die Staatsgewalt“) verlangte eine Entschuldigung des Präsidenten. Die NAACP, die Vereinigung der Afroamerikaner, erwartete von ihm hingegen, das Thema hart als Rassismus zu verfolgen. Nicht nur die Zeitungen, auch Funk und Fernsehen berichteten täglich. Ein bulliger Kollege von Crowley, Sergeant Justin Barrett vom Boston-Polizei-Department, reagierte auf

einen Pro-Gates-Leitartikel im „Boston Globe“ mit einer E-Mail, in der er erklärte, wäre ihm ein derart respektloses Verhalten begegnet, hätte er diesem „Bananen fressenden Dschungel-Affen“ Tränengas ins Gesicht gesprüht, denn der Polizei zu widersprechen sei unter keinen Umständen zu gestalten. Er sei aber, versicherte Barrett später tränenerfüllt – inzwischen

wurde er entlassen und klagt – kein Rassist. Das aber ist eben das Problem. Nicht der weiße Mann ist der Rassist, wie es der legendäre Begründer der Black-Power-Bewegung Malcolm X schon 1965 erkannte, „es ist die amerikanische politische, wirtschaftliche und soziale Atmosphäre, die automatisch die rassistische Psychologie in den Weißen nährt“. Er meinte die Behandlung der schwarzen Minderheit als Menschen zweiter Klasse. (Etwas, das in Deutschland am besten die Heimatvertriebenen verstehen dürften, die nach dem Krieg auf die oft dümmliche Arroganz der Einheimischen stießen.) Malcolm X versuchte, die tiefe Verunsicherung, das Minderwertigkeitsgefühl der Schwarzen in Selbstbewusstsein, in Black Power, zu verwandeln. Das

Erfolgreiche Schwarze sind froh, dem Ghetto entkommen zu sein

gelang, aber nur zum Teil. Auch heute, nach fast 50 Jahren Bürgerrechtskampf leiden viele Schwarze – zum Teil begründet, zum Teil unbegründet – unter Minderwertigkeitsgefühlen.

„Die Schwarzen haben keine Agenda wie die Juden, die Latinos, die Homosexuellen“, klagte bereits Malcolm X. „Alle diese sprechen, wenn es um Rechte geht, mit einer Stimme. Sie sind vertreten in den Regierungszentren und vor der UN. Sie sind eine machtvolle Einheit, mit der die Politiker lieber nicht spaßen.“ Bei den Schwarzen jedoch kümmert sich kaum einer um den anderen. Die Gutstuierten (mit Ausnahmen natürlich) wollen mit den Armen, Erfolglosen, Problematischen am liebsten nichts zu tun haben. So froh sind sie, dem Ghetto ihrer Kindheit entronnen zu sein. Vielleicht gibt es deshalb unter den Schwarzen (31 Prozent der US-Bevölkerung) am meisten kaputte Familien. Damit gehen mangelnde Schulbildung, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Kriminalität sowie Ziel- und Hoffnungslosigkeit einher. Ihr Kapital an Intelligenz, Lebensfreude und Witz liegt brach. Hier muss Obama mit seinem „Change“ ansetzen. Und wie er im Weißen Haus Professor Gates und Sergeant Crowley versöhnte, so könnte sein Einfluss auch die US-Bürger einen. Liselotte Millauer

# Russland punktet bei Pipeline-Poker

## Türkei gewinnt aufgrund seiner geostrategischen Lage eine Schlüsselposition als Transitland

Das Ende vergangener Woche von Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan und Silvio Berlusconi in Ankara unterzeichnete Abkommen über den baldigen Baubeginn der South-Stream-Gasleitung beschert Russland nicht nur einen Vorsprung gegenüber dem europäischen Konkurrenzprojekt „Nabucco“, sondern bringt es auch seinem Ziel, direkt an europäische Abnehmer zu liefern, näher. Russische Oligarchen bewerten die Rohstoffabhängigkeit ihres Landes zunehmend kritisch. Sie fordern eine wirtschaftliche Kehrtwende.

Wann immer Wladimir Putin auf Reisen geht – ob als Präsident oder Premierminister –, ist er auch in Sachen Energieabkommen unterwegs. Der russische Premier hält eisern an seiner Politik der Kontrolle über Energiekonzerne und Transitwege fest, die ihm während seiner achtjährigen Amtszeit als Präsident Erfolg und Ansehen brachten, und von der er auch in Zeiten der Wirtschaftskrise noch zehren kann.

Die Kooperation mit der Türkei ist für beide Länder mit Vorteilen verbunden. Erdogan gab seine Zustimmung zu dem Trassenverlauf der South-Stream-Pipeline durch türkisches Hoheitsgewässer im Schwarzen Meer, erhielt im Gegenzug die Zusage der russischen Seite, die Türkei jährlich mit sechs Milliarden Kubikmeter Erdgas zu beliefern. Zusätzlich sagte Putin die Unterstützung für den Ausbau der Blue-Stream-Pipeline nach Syrien, Libanon, Israel und Zypern zu, und zwischen der türkischen Schwarzmeerstadt Samsun und dem Mittelmeerhafen Ceyhan soll mit russischer Beteiligung eine Ölpipeline gebaut werden. Die Türkei und Russland betrachten sich

schon seit 2008 als strategische Partner. Der beiderseitige Warenumsatz hat seit dem vergangenen Jahr um 50 Prozent zugenommen. Russland ist zum wichtigsten Handelspartner der Türkei aufgestiegen. Nicht nur im Bereich der Öl- und Gasbranche kooperieren beide Staaten; es gibt Pläne zur Zusammenarbeit in der Landwirtschaft, dem Tourismus und sogar für die gemeinsame Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken. Für den geplanten Bau vier neuer Reaktorblöcke in der Türkei bis 2020 hat Russland seine Unterstützung zugesagt. Der russischen Atomindustrie sichert Putin mit

Energiepolitik und basiert auf einem Abkommen zwischen der Türkei, Bulgarien, Ungarn und Österreich. Unter Umgehung

### Förderstaaten können nicht genügend Gas für beide liefern

Russlands soll etwa ein Drittel der 3300 Kilometer langen Leitung über türkisches Territorium führen.

Moskau verfolgt mit South Stream gleich mehrere geopolitische

drittgrößter Gaskunde Russlands und nimmt nun beim Energietransport in die Europäische Union eine Schlüsselposition ein. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat kein Problem damit, Vereinbarungen mit beiden Seiten getroffen zu haben. Er betrachtet beide Projekte als parallele, völlig voneinander unabhängige Vorhaben.

Im Machtpoker um künftige Gaslieferungen nach Europa zählt die Ukraine zu den Verlierern. Niemand will so recht in sie investieren. Zwar hat die EU Fördergelder zugesagt, diese jedoch an Bedingungen geknüpft. Zum

schon seit Jahren, sich in ihrer Energiepolitik von Moskau unabhängig zu machen. Mangelnde Fördermenge könnte eines der beiden Projekte unrentabel machen, denn schon jetzt steht fest, dass die Kaspianrainer nicht in der Lage sein werden, beide Leitungen ausreichend mit Gas zu füllen.

Ein Problem, das auch Russland trotz aller Vorteile, die der direkte Zugang auf den europäischen Markt mittels South Stream bringen würde, weiter beschäftigen wird! Das Land verfügt selbst über gewaltige Gasvorkommen, kann den steigenden Bedarf nach russischem Gas, nicht zuletzt in Fernost, aber wegen fehlender Fördermöglichkeiten nicht decken. In den vergangenen Jahren ist Russland aufgrund hoher Energiepreise zwar zu Wohlstand gekommen, hat es aber versäumt, in die Erschließung neuer Förderstätten oder andere Wirtschaftszweige zu investieren.

Ein Sieg über das „Nabucco“-Projekt könnte sich als Pyrrhus-Sieg erweisen. Das Minus des Bruttoinlandproduktes von acht Prozent ist eine Folge der Abhängigkeit vom Öl. Außer Energie hat die russische Wirtschaft nicht viel zu bieten. Ein gesunder Mittelstand fehlt. Ausgerechnet Oligarchen fordern jetzt eine Kehrtwende. Der Staat solle lieber in erneuerbare Energien, Nanotechnologie und Forschung investieren als Devisenreserven zur künstlichen Stützung des Rubel verbrennen, heißt es in einer Studie des Mittelstandsverbandes „Delowaja Rossija“. Noch wagt jedoch kein Oligarch – in weiser Erinnerung an Chodorkowskij und Beresowskij –, sich öffentlich gegen Putin zu stellen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Konkurrenzprojekte: Baubeginn der russisch-italienisch-türkischen Pipeline South Stream soll 2010 sein.

diesen Zusagen ein Auftragsvolumen von zirka 15,5 Milliarden Euro.

Bereits 2010 soll mit dem Bau der South-Stream-Gasleitung, bei der Gazprom und der italienische Energieversorger ENI federführend sind, begonnen werden. Mit dem frühen Termin sowie der Tatsache, dass der Krenel sich Italien, seinen zweitgrößten Gaskunden nach Deutschland, mit ins Boot geholt hat, konnte Putin gegenüber dem europäischen Projekt „Nabucco“ punkten. Dieses steht für eine gemeinsame europäische

Ziele: Einerseits kann es krisensgeschüttelte Transitländer wie die Ukraine – bei der es aufgrund von Streitigkeiten um die Höhe von Transitgebühren zuletzt zu Versorgungsengpässen in Südeuropa gekommen war – umgehen, andererseits durchkreuzt es mit der Unterstützung Italiens das Bestreben Brüssels, sich durch eine einheitliche europäische Energiepolitik aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu befreien. Vom Wettstreit zwischen beiden sich bekämpfenden Projekten profitiert die Türkei. Sie ist

Zünglein an der Waage könnten die Förderländer am Kaspischen Meer werden. Aserbaidschan und Turkmenistan streiten sich um die Förderrechte der Gasvorkommen. Bis jetzt haben sie weder mit den South-Stream- noch mit den Nabucco-Betreibern verbindliche Lieferverträge abgeschlossen.

Zwar könnte Russland aufgrund seiner traditionellen Vormachtstellung in den GUS-Ländern das Rennen machen, vor allem wegen seiner guten Beziehungen mit Kasachstan, doch Turkmenistan und Aserbaidschan versuchen

# Ausgesaugt und zurückgelassen

## Reederei Hapag-Lloyd am Abgrund – Jahrelang von Tui geschröpft

Deutschlands größte Linienreederei Hapag-Lloyd steht am Abgrund. Das Hamburger Schiffahrtsunternehmen benötigt eine Staatsbürgerschaft über eine Milliarde Euro, um an dringend benötigte Kredite zu gelangen, verlautet es aus Hamburg.

Wie bei anderen Konzernern, die derzeit besonders in Bedrängnis sind, ist bei Hapag-Lloyd die Wirtschaftskrise nur der Auslöser, nicht aber die ausschließliche Ursache für die Schiefelage. Andere große Reedereien nutzten die sehr guten Jahre seit 2003, um Rücklagen für schlechtere Tage aufzubauen. So können die Konkurrenten der deutschen Linie die laufenden Verluste wegstecken.

Nicht so die Hamburger, denn ihre Gewinne wurden über die Jahre vom Mutterkonzern Tui abgezogen. Mehr noch: Bei der Wiederausgliederung der Reederei aus der Tui Ende 2008 wurden ihr noch 1,3 Milliarden Euro Schulden des Touristik-Unternehmens aufgelastet, die jetzt in der Krise doppelt drücken.

Doch auch mit seinen neuen Herren scheint Hapag-Lloyd nicht nur Glück zu haben. Vergangenes Jahr hatte sich Tui von knapp 57

Prozent der Anteile an der Reederei getrennt. Um den Verkauf an eine ausländische Reederei zu verhindern, schlossen sich die Stadt Hamburg, der Spediteur Klaus-Michael Kühne (Kühne & Nagel), die Versicherer Iduna und Hansemerkur sowie die HSH Nordbank und die Bank M. M. Warburg zum Konsortium „Albert Ballin“ zusammen und übernahm

### Das Unternehmen hat keinerlei Reserven

men die Anteile. Als der Handel im Herbst 2008 perfekt war, wurde Kühne an der Elbe als patriotischer Held gefeiert, der den Verlust der größten deutschen Linienreederei an das Ausland verhindert habe.

Nun sorgt ausgerechnet Kühne für Verdross. In Pressekonferenzen schimpft er auf das Management der Reederei und nimmt insbesondere die Tui aufs Korn. Dass der Reisekonzern der Reederei nicht gerade genutzt hat, als er noch Mehrheitseigner war, wird kaum bestritten. Dennoch wundert sich Beobachter über Kühnes Attacken. Tui sei schuld, dass

Hapag-Lloyd von der Hand in den Mund leben müsse, schimpft der Manager. Kritiker halten dem entgegen, Kühne sei doch über die prekäre Lage der Reederei von Beginn an informiert gewesen. Nun aber schade Kühnes Streitlust Hapag-Lloyd. Die Vermutung wurde laut, dass er nur einen Grund zum Ausstieg suche.

Bis Ende des Jahres wird Hapag-Lloyd einen Verlust von rund 700 Millionen Euro angehäuft haben, schätzen Experten. Über eine Staatsbürgerschaft von einer Milliarde und eine Kapitalerhöhung von 750 Millionen soll das Überleben gesichert werden. Sollte beides jedoch scheitern, könnten bei dem traditionsreichen Unternehmen schnell die Lichter ausgehen.

Die einsetzende Erholung des Seehandels käme für die Hamburger dann zu spät. Branchenkenner melden, dass die Zahl der stillgelegten Schiffe nicht mehr steige. Da ständig neue Schiffe (bestellt in den guten Tagen) vom Stapel laufen, heißt das, dass wieder mehr unterwegs sind. Der Warenumschlag erholt sich langsam, das globale Minus im Seehandel könnte Ende 2009 spürbar gesunken sein. Hans Heckel

# Und die Inflation droht doch

## Teuerungsrate derzeit rückläufig – Geldmarkt signalisiert Wende

Das jüngst die Teuerungsrate ins Minus ging, ließ die Furcht vor einem Inflationsschub weiter abflauen. Andere Zahlen lassen jedoch darauf schließen, dass bei den Experten in der Finanzwirtschaft längst die Erwartung wieder anziehender Preise um sich greift.

So berichtet die „Financial Times Deutschland“ (FTD) darüber, dass der Renditeabstand zwischen inflationsgesicherten und nicht inflationsgesicherten Anleihen wieder steige. Bei inflationsgesicherten Anleihen bekommt der Anleger einen festen Zins oberhalb der Teuerungsrate, bei den ungesicherten nur einen festen Zinssatz. Diese zusätzliche Sicherheit einer „inflationindexierten“ Anleihe muss der Anleger jedoch mit einem Aufschlag bezahlen, dem sogenannten „Linker“. Daher gilt: Je höher die Inflationserwartung, desto höher der Linker.

Im November 2008 lag dieser Linker laut „FTD“ noch bei nur 0,5 Prozent, weil allenthalben Deflationsangst herrschte. Mittlerweile steht er bei Bundesanleihen bis 2016 schon bei 1,6 Prozent. Das heißt: Eine inflationsgesicherte Anleihe zu kaufen lohnt

sich für den Anleger nur (im Vergleich zur ungesicherten Anleihe), wenn die Teuerung bis 2016 im Durchschnitt bei mindestens 1,6 Prozent liegt.

Damit gibt die Zahl die gewandelte Markterwartung wieder: Statt von drohender Deflation gehen die Experten von einer – wenn auch moderaten – Teuerung im Euro-Raum aus. Noch, zumindest,

### Geldentwertung bei Anleihen eingerechnet

dest, denn nach wie vor ist es der reinen Spekulation überlassen, ob es gelingen wird, die in der Krise in die Märkte gepumpten Geldmengen rechtzeitig wieder abzu ziehen.

Im Euro-Raum scheint dies noch am ehesten möglich. Für die USA und Großbritannien sehen Beobachter jedoch zunehmend schwarz, womit dem angelsächsischen Raum ein massiver Geldwertverfall ins Haus stünde.

Den kurzen Schwächeanfall des US-Dollar in der vergangenen Woche, als der Euro in sehr kurzer Zeit von 1,41 auf 1,44 Dollar anstieg, sehen Spezialisten daher

## MELDUNGEN

### OMV expandiert in der Türkei

Wien – Die österreichische OMV, die sich vor drei Jahren an der türkischen Tankstellenkette Petrol Ofisi beteiligt hat und an dieser derzeit 42 Prozent hält, hat mit der türkischen Dagan-Holding Verhandlungen aufgenommen, um auch deren 54-prozentigen Anteil zu übernehmen. Die OMV, die bei dem Erdgas-Projekt „Nabucco“ federführend ist, betont, dass es nicht bloß um den Tankstellenmarkt der Türkei gehe. Vielmehr betrachte man die Türkei als „Brücke zu den großen Gas- und Ölförderländern“. Wegen der Konjunkturlage muss die OMV zwar einen massiven Rückgang des Reingewinns verzeichnen. Aber da die Übernahme der ungarischen MOL aus politischen Motiven verhindert wurde und die OMV ihre MOL-Anteile abgestoßen hat, ist die Kriegskasse gut gefüllt. RKG

### Brüssel genehmigt Fusion

Brüssel – Für die bereits im Dezember 2008 erzielte Übereinkunft zwischen der Lufthansa und der staatlichen Holding ÖIAG zur Übernahme der Austrian Airlines (AUA) durch die Lufthansa kam vorige Woche endlich grünes Licht von der EU-Kommissarin Neelie Kroes. Die EU-Wettbewerbsbehörden wollen ein Lufthansa-Monopol auf den Routen zwischen Deutschland und Österreich verhindern. Deshalb war es bei dem monatelangen Tauziehen mit Brüssel primär darum gegangen, wie viele der lukrativen – weil vor allem von Geschäftsreisenden benutzten – „Slots“ auf diesen Strecken an andere Fluglinien abgegeben werden müssen. Mit Übernahme der AUA wird die Lufthansa zur größten europäischen Fluggesellschaft und zum Marktführer Richtung „Osten“. Allerdings ist AUA tief in der Krise: Allein im ersten Halbjahr war der Nettoverlust mit 166,6 Millionen Euro sogar noch dreieinhalbmal so groß wie im Vorjahr. RKG

## Brüssel über alles

Von Rebecca Bellano

Was bitte soll das denn werden? Das, was die 30 Juristen von der Bundesregierung fordern, ist doch nichts anderes als eine Teilmacht des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG). Auch scheinen die Antragsteller das Grundgesetz nicht sonderlich wert zu schätzen, denn die Richter in Karlsruhe sind seine obersten Hüter. Wer sie zugunsten des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ihrer Aufgaben entledigen will, der lässt das Grundgesetz, unsere Verfassung, schutzlos zurück.

Vom EuGH haben die Menschen in der Bundesrepublik

Deutschland zudem nicht so viel zu erwarten. Es dient in erster Linie der Europäischen Union. Und nicht nur, dass es einen anderen Herrn hat, bis jetzt ist es auch nur in sehr seltenen Fällen durch Widerspruch gegen EU-Richtlinien aufgefallen.

Doch was bewegt die Unterzeichner des Antrages, die offenbar erst an Europa und dann an Deutschland denken? Schon das EU-Begleitgesetz hat zu viele Kompetenzen gegen Brüssel abgegeben, wie das Karlsruhe Urteil belegt hat. Offenbar scheint dies jedoch kein Versehen, sondern pure Absicht gewesen zu sein.

## Ums Ganze

Von Hans Heckel

In den Medien hat sich die Tonlage gegenüber der SPD in den letzten Tagen verändert. Statt Spott und Hämme sind Kommentatoren plötzlich bemüht, den Wahlkämpfern um Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering doch noch eine Chance zu geben.

Woher die neue Sanftmut? Möglicherweise sind es die Nachrichten über einen sich abzeichnenden radikalen Linksruck der Partei nach einem Debakel am 27. September. Ein solcher Ruck dürfte das endgültige Aus der SPD als Volkspartei einläuten, was eine Lawine auslösen könnte: Den freigegebenen Raum in der linken Mitte würde die Union zu besetzen trachten. Dies führte die Christdemokraten beinahe zwangsläufig weiter nach links, womit die jetzt schon mit Sorge beäugte Lücke auf der rechten Seite noch größer würde.

Derzeit kann die FDP diese Lücke gut füllen, denn in dieser

Krise dominieren wirtschaftspolitische Themen. Hier stehen rechtskonservative Wähler in aller Regel fest zu den Prinzipien der Marktwirtschaft, was die Liberalen zu ihrem natürlichen Ausweichhafen macht.

Was aber, wenn Fragen wie Kriminalität oder Terrorabwehr (nach einem verheerenden Anschlag) die Debatte beherrschen? Hier hatten die Liberalen noch nie viel zu bieten für den rechten Flügel, und eine nach links gewanderte Union womöglich immer weniger.

Auf diese Weise könnte sich bewährten, was immer vermutet wurde: Dass die beiden großen Volksparteien einander bedingen, weil die große Union nur mit einem sozialdemokratischen Gegenüber in gleicher Größe zusammenzuhalten ist, und dass andernfalls das gesamte Parteienspektrum ins Rutschen käme. Die Furcht hiervoor lässt viele einhalten beim Lästern über die SPD.

## Gewalt und Geld statt Wahlurne

Von Jörg Schmitz

Das Land am Hindukusch war noch nie eine Demokratie und es ist auch jetzt keine. Führung und Macht wurden nie über die Wahlurne organisiert. Macht übt aus, wer über ausreichend Loyalität und Autorität verfügt. Loyalität entsteht in Sippen, Stämmen und Volksgruppen. Autorität wächst mit der Feuerkraft des Waffenarsenals, dem politischen Geschick oder der Gewaltbereitschaft der Herrscher und natürlich auch mit dem Geldbeutel. Wer diese Form der Herrschaftsausübung kritisiert, der versteht nichts von der Geschichte des Landes, in der die sonnen Jahre selten, die gewalttätigen, finsternen Jahre hingegen selbstverständlich waren.

Jeder, der Afghanistan bisher zu einem anderen Rhythmus verhelten wollte, ist an den Gesetzen des Landes gescheitert. Zuletzt zweimal die Briten, einmal die Sowjets,

und selbst die Herrscherfiguren aus Afghanistan, die mit der Legitimation ihrer Stämme das ganze Land kontrollieren wollten. Keiner war so stark, dass er die rivalisierenden Familienbande, die regionalen Interessen, die Gewaltbereitschaft in den Volksgruppen bändigen konnte.

Keiner konnte die Gesetze der islamischen Traditionsgesellschaft ignorieren. Wer Afghanistan überfordert oder zu viel Hoffnung in die Gesellschaft projiziert, scheitert. Selbst die Taliban, die Afghanistan von 1996 bis 2001 mit mörderischer Gewalt im Griff hatten, wurden mit Hilfe westlicher Militärmacht und afghanischer Stammestradition vertrieben und würden auch heute keine Gefolgschaft aufbringen, wenn sie nicht für Furcht sorgten.

Wer mit diesen historischen Erfahrungen in Afghanistan wählen lässt, der sollte seine Erwartungen klein halten. Die für dieses Jahr angesetzte zweite Präsidentschaftswahl (die erste gewann Amtsinhaber Karsai im Oktober 2004 mit 55,4

Prozent der Stimmen) ist gleichwohl ein einschneidendes Ereignis, weil jede Wahl das Gefühl der Selbstbestimmung und der Freiheit stärkt und einer Regierung Kraft und Autorität verleiht. Selbst wenn das Wahlergebnis unter den Stämmen ausgehandelt wird, wenn in einem afghanischen Konsensverfahren eine Führungsfigur gesucht und bestimmt wird – selbst dann kann man von der einenden Kraft einer Wahl sprechen, die dem Staatsgebilde ein Stück mehr Stabilität und Berechenbarkeit bringt.

Die US-Regierung unter Präsident Barack Obama hat, noch ehe sie im Amt war, den Präsidenten Karsai isoliert. Die europäischen Schutzmächte standen dieser Politik nicht im Weg, ja, sie unterstützten sie, wenn auch nuancierter. Karsai stehe einer korrupten und schwachen Regierung vor, so die Anklage. Das Urteil: schuldig, weg mit ihm. Doch die US-Regierung und Europäer kritisierten Karsai zuletzt nur noch hinter den Kulissen. Die westlichen Nationen bemerkten, wie sinnlos es war, derartig in die afghanischen Machtkämpfe einzugreifen. Nun kämpfen sie weiter an mehreren Stellen: gegen die Taliban, gegen die Drogenmafia, gegen Karsai und seine Gefolgschaft. Karsai mag schwach sein und viele Hoffnungen enttäuscht haben, aber niemand weiß ob ein Alternativkandidat die Kräfte im Land besser austariert.

### Stammestradition contra Demokratie



**Afghanistan am Scheideweg: Präsident Karsai verliert immer mehr an Rückhalt, doch echte Alternativen sind nicht in Sicht, auch wenn viele versuchen, die Macht im Lande zu erlangen. Trotz der politischen und gewalttätigen Machtkämpfe versucht die Bevölkerung, ihren Alltag zu meistern, doch die meisten jungen Menschen haben keine Ausbildung. Nach Jahrzehnten des Krieges kennen sie nichts anderes als Krieg und wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen.**

Bild: AP

Haben Sie auch letzte Woche den mit fünf Sternen ausgezeichneten Film „Aviator“ über diesen amerikanischen Geschäftsmacher mit dem Flugzeugtick gesehen? Der schnappte am Ende über und wusch sich ständig die Hände. Aus Angst vor Bakterien. Eine Störung. Die Psychiater nennen das Waschwang. Seit kurzem wollen uns die Zeitungen und das Fernsehen in einen kollektiven Waschwang hineintreiben. Die neue Angstkampagne heißt Schweinegrippe. Alle sollen sich immer, wenn sie jemand angefaßt haben, waschen und möglichst bald impfen lassen. Allerdings erst ab Herbst, vorher ist der Impfstoff nicht fertig.

Mit Angst kann man Geld verdienen, das weiß jeder Puppenspieler. In meiner Studienzeit bin ich mit einem Kasperle-Theater über die Dörfer gezogen. Wir spielten meistens in Schulklassen. Künstlerisch wertvoll war unser Stück, bescheinigte uns der Schulrat des Landkreises Stade. Anderthalb Stunden Spieldauer mit lyrischen Einlagen. Aber am größten war die Aufmerksamkeit des Publikums, wenn Kasperle in Gefahr war, wenn der Zauberer ihn in eine Maus verwandeln oder die Hexe ihn vergiften wollte, mit einem Zaubertrank. „Kasperle!“ schrien 200 Kinder wie am Spieß, „Paß auf, die Hexe will dich vergiften!“ Da hatten alle Angst.

Zum Glück gab der Kasper am Ende den Bösewichtern unter dem Jubel des Publikums eins mit seiner Keule. Mit der Latte auf die Platte! Zehn Pfennig kostete der Eintritt und deshalb ließen wir die Kinder ein bisschen Angst haben. Wir brauchten ja das Geld für unser Studium.

Die Kasperle-Spieler von heute sind die Zeitungen und die Fernsehmagazine.

### Moment mal!



## Schweinegrippe: Angstmacher sind unter uns

Von KLAUS RAINER RÖHL

Wir brauchen das Geld ebenfalls, und deshalb versetzen sie ihr Publikum täglich in Ängste, eine immer gruseligere als die andere.

Wir haben damals bei unserem spannenden Kasperle-Spiel natürlich selber keine Angst gehabt. Wir glaubten ja nicht an den Zauberer und die Hexe mit dem giftigen Zaubertrank. Aber die Generation, die heute Fernseh-Magazine moderiert und Zeitungen vollschreibt, glaubt wirklich an den „Atomtod“ und die Klimakatastrophe und die vergiftete Schokolade aus „genseuchten“ Sojabohnen, „genmanipuliert“, wie bei Dr. Frankenstein.

Die Generation der heutigen Journalisten, diese von 68er Lehrern und Hochschullehrern gewaltfrei, angstfrei, repressionsfrei, oft auch lernstofffrei erzeugten, unheimlich coolen Kids, aufgewachsen ohne den schwarzen Mann oder Weihnachtsmann, Struwelpeter und Bleisoldaten, tut nicht nur so, als ob wir alle Angst haben müssten. Die steckt selber voller Ängste.

Es ist eine Generation, die ständig in Angst lebt. Und sie bestimmt, was in die Medien kommt – in „Bild“, „taz“ und in die vielen anderen Zeitungen, die heute fast einheitlich Angst verbreiten.

Alles ist schädlich. Der Strom, das Wasser, das Benzin im Tank, kein Gemüse mehr essbar. Dazu Aids, Überbevölkerung und Alzheimer. Auch schon mal Brillen vergessen? Namen nicht behalten von einem SPD-Politiker? Auch Sie haben Alzheimer! Wenn nicht mit 80, dann eben mit 90. Haben Sie mal ruhig Angst. Alle haben sie.

Wenn man darauf angewiesen wäre, an diesen schönen Sommerabenden in seiner Wohnung zu sitzen und sich nur durch die Tageszeitung am Morgen und das Fernsehen am Abend zu informieren, wäre man übel dran. Jedenfalls wäre man manchmal annähernd so falsch und einseitig informiert über die Zeit und das Land, als lebten wir noch bei Onkel Ulbricht in seiner DDR oder in der Nazi-Zeit. Aber da gab es ja wenigstens die „Feindsender“, BBC London oder die amerikanischen Soldatensender „Calais“ oder Radio Moskau. Irgendwie war man schon auf dem laufenden. Aber in unserer Zeit, im Sommer 2009, gibt es keinen „Feindsender“, und die vielen örtlichen Tageszeitungen und die 40 und mehr Fernsehsender, die wir über Kabel oder Satellit empfangen können, blasen eine einheitliche Melodie: Unglücksmeldungen, düstere Prognosen. Katastrophen, Überschwemmungen, Dürren, Erdbeben, Waldbrände, Meeresbeben mit „Tsunami“. Und alles, oder doch fast alles, sind Katastrophen, an denen wir selber schuld sind. Selbstmord-Attentate in Afghani-

stan und im Irak mit durchschnittlich 20 Tötungen täglich. Nitrat im der Wurst, Salmonellen im Hühnerfleisch, Rinderwahn im Steak, radioaktive Pilze, Grippevirus in der Gans, Schweinegrippe! Schuld daran sind immer die Kapitalisten, allen voran die USA – immer noch, trotz Obama. Der kann ja auch nicht überall sein und den Impfstoff für 200 Millionen Amerikaner aus dem Boden stampfen. Inzwischen rast das Unglück über die Welt.

Schmeckt dir dein Grillsteak noch, wo so viele kleine Babys in Darfur und Uganda hungern? Können wir seelenruhig unsere Frau lieben, während Menschen in Afrika an Aids sterben, weil sie keine Medikamente bezahlen können und wegen ihrer „Andersartigkeit“ keine Kondome mögen? Wir feiern hier Feste – und die hungern! Gut, dass wir da die Zeitungen, den Funk und das Fernsehen haben, die ständig auf der Hut sind, dass wir womöglich doch noch unbeschwert Sommerferien genießen. Womöglich mit dem Flugzeug in den Süden reisen, bei dem Kohlendioxid-Ausstoß.

Da passen die jungen, meist linken Redakteure und Redakteurinnen („RedakteurInnen“) höflich auf. Wehret den Anfängen. Überall, hämmern uns die Genossen Journalisten ein, lauert der Tod: Waldsterben. Walsterben. Robbenster-

ben. Seehundsterben. Schildkrötensterben. Igelsterben. Elefantensterben. Regenwald: fast gestorben. Artenvielfalt: gestorben. Klimaerwärmung: Polkappen schmelzen. Gletscher kommen ins Rutschen. 1990 noch Klimaabkühlung. Neue Eiszeit. Kältekatastrophe. (Noch 2008 toller Film: „New York im Eis“. Vergessen?). Danach wieder Klimakatastrophe. Wasserspiegel steigt (zwei Zentimeter bis zum Jahr 2030). Bildung von Hochfluten. Flußüberschwemmungen. Ausbleiben von Flußüberschwemmungen. Flüsse trocknen aus. Wasserspiegel sinkt (Baikalsee). Bildung von Wüsten. Berg schlägt zurück. Falsches Sitzen. Falsche Stühle. Falsche Tische. Falsche Betten. Falsch stehende Betten (Wünschelruthe). Falsche Schuhe. Falsche Kleidung. Überall Gift.

Vorsicht, Kasperle, die Hexe will dich vergiften!

Ich würde sagen, keine Panik! Die Schweinegrippe gibt es, sie ist keine Erfindung. Aber die Schweinegrippe ist eine eher milde verlaufende Grippe. Lesen Sie im letzten „Spiegel“, „Das Geschäft mit der Spritze“. Kostet nur 3,70 Euro, das Heft, aber das Geld ist diesmal gut angelegt. Lesen Sie nach oder glauben Sie mir: Bei dem gegenwertigen Presserummel wegen Schweinegrippe geht es hauptsächlich um Geschäfte und um Geld. Und um die Auflage der Zeitungen, die Einschaltquoten der Fernsehsender. Angst verkauft sich gut.

Aber waschen Sie sich getrost einmal mehr die Hände. Kostet ja nichts. Auch die kommende Impfung schadet sicher nichts. Und zahlen tut sie, dank Bismarck, immer noch die Krankenkasse. Aber nützen tut sie hauptsächlich den Herstellern. Und den Verbreitern der Angst.

Medienmacher  
erinnern ein wenig an  
Puppenspieler

Ausnahme: »Spiegel«  
hilft, da Geschäftsmacher  
endlich demaskiert werden



# Aufrichtige Empfindungen

Berliner Impressionismus: Eine Ausstellung in Dortmund zeigt Schätze der Alten Nationalgalerie

Lovis Corinth, Max Liebermann und Max Slevogt gelten als die bedeutendsten Vertreter des Berliner Impressionismus. Eine Ausstellung in Dortmund, die Teil des Förderalen Programms der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist, zeigt ihre Werke und die ihrer Wegbegleiter.

Was ist Kunst? Mit dieser Frage beschäftigen sich nicht erst seit heute Kritiker und Künstler gleichermaßen. Max Liebermann, der große alte Herr der Kunstszene zu Beginn des 20. Jahrhunderts, beantwortete diese Frage 1899 in seiner Eröffnungsrede zur ersten Ausstellung der Berliner Secession: „Für uns gibt es keine allein seligmachende Richtung in der Kunst, sondern als Kunstwerk erscheint uns jedes Werk – welcher Richtung es angehören möge

Die Künstler legten sich sogar mit dem Kaiser an

–, in dem sich eine aufrichtige Empfindung verkörpert.“ Fünf Jahre später setzte er noch eins drauf: „Die gut gemalte Rübe ist ebenso gut wie die gut gemalte Madonna.“ Bei der Auseinandersetzung um die Frage „Was ist Kunst?“ legten sich die Künstler damals sogar mit dem Allerhöchsten, dem Kaiser, an. Für Wilhelm II. musste Kunst pathetisch und moralisch erbaulich sein. Damit konnten und wollten einige Maler und Bildhauer nicht dienen, sie grenzten sich ab von der akademischen Ausbildung eines Anton von Werner und gründeten eine eigene Künstlervereinigung, die Berliner Secession (lateinisch für Trennung, Abspaltung). Vor allem die Auswahlprinzipien der Jury zur Großen Berliner Kunstausstellung erhitzen die Gemüter – wenn es auch nur eine Legende ist, dass die Ablehnung eines Bildes des Brombergers Walter Leistikow zur Gründung der Secession führt habe.

Leistikow (1865–1908) war es aber, der später zu den führenden Köpfen der Secession zählte und unermüdet für das Neue in der Kunst kämpfte. 63 Werke aus dem Bestand der Alten Nationalgalerie Berlin haben eine Reise angetreten und veranschaulichen unter dem Titel „Berliner Impressionismus – Werke der Berliner Secession“ im

Impressionismus Lovis Corinth, Max Slevogt und Max Liebermann. Aber auch Bilder und Skulpturen ihrer Wegbegleiter wie des Breslauer Hans Baluschek, des aus Birnbaum in Posen stammenden Lesser Ury, des Schlesiens Eugen Spiro, des mit Ostpreußen familiär verbundenen Sachsen Waldemar Rösler sind zu sehen.

nach“, so die Ausstellungsmacher. „Entlang ihrer Hauptmotive gliedert sich die Ausstellung in fünf Themenbereiche: ‚Stadt und Umland‘ zeigt die bürgerlichen Orte der Freizeit und Erholung, etwa Max Liebermanns flirrendes ‚Gartenlokal an der Havel – Nikolskoe‘ oder Max Slevogts ‚Trabrennen‘. Lebendige, ausdrucksstarke Por-

schüsse wirken, so Lovis Corinth ‚Lotte Roll‘. Das Lieblingsmotiv der Impressionisten jedoch war die Landschaft. Unter dieser Überschrift finden sich malerische Huldigungen an die Natur – nicht so sehr an die unberührte, sondern meist an gestaltete Kulturlandschaften der nächsten Umgebung. Dank ihrer Licht- und Luftmalerei erscheint dabei auch noch eine weite holländische Ebene mit Kuhweide (Max Liebermanns ‚Landschaft bei Noordwijk‘) oder ein ‚Waldstück mit Sandgrube‘ (Walter Leistikow) reizvoll und poetisch.“

Es muss nicht verwundern, wenn es bei einer solch unterschiedlichen Zusammensetzung auch einmal zu Differenzen kam. Lovis Corinth, der von 1910 bis 1912 und von 1915 bis 1917 Vorsitzender der Secession war, erinnerte sich, dass es nach dem Tod von Leistikow 1908 zu Erschütterungen kam: „Unangenehm verbreitete sich unter den Mitgliedern, Stänkereien und Intrigen waren an der Tagesordnung.“

Von diesen Entwicklungen spürt der Besucher der Dortmunder Ausstellung (natürlich) nichts, und so kann er den Anblick der Werke unbeeinträchtigt genießen.

Die Ausstellung „Berliner Impressionismus“ im Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Hansastraße 3, Dortmund, ist bis 11. April 2010 dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, sonntags von 12 bis 17 Uhr geöffnet. Eintritt 6/4 Euro, Katalog 20 Euro.



Waldemar Rösler: Diese Frühlingslandschaft (Öl, 1910) entstand in der Nähe des Teltowkanals.

Bild: Museum

Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte das kurze, aber spannende Kapitel deutscher Kunstgeschichte. Für ein Jahrzehnt wurde die Secession zum führenden deutschen Kunstinstitut und der Impressionismus zum vorherrschenden Stil, bevor er vom Expressionismus abgelöst wurde.

Im Vordergrund der Ausstellung stehen Bilder des so genannten Dreigestirns des deutschen

„Anders als die Franzosen sahen die Secessionisten die deutschen Impressionisten weniger als künstlerischen Stil denn vielmehr als Weltanschauung: Jeder kann in ihr nach seinem Talent selig werden“, formulierte Liebermann, und so fanden ganz unterschiedliche Maler in der Secession ihre künstlerische Heimat. Die Ausstellung spürt diesem Stil, seinen Ursachen, Ideen und Motiven

träs aus dem direkten Umfeld der Secessionisten zeigt der Abschnitt ‚Die handelnden Personen‘ – etwa Lovis Corinth Sicht auf seinen Malerkollegen Leistikow. In ‚Haus, Garten, Interieur‘ betrieben die Impressionisten Farbstudien in Schlössern, Parks und Stillleben. ‚Frauen, Kinder‘ bietet einige Porträts, die in ihrer gekonnten Flüchtigkeit und Dynamik wie fotografische Schnapp-

## Viel mehr als »bemaltes Papier«

Der Schriftsteller Arno Surminski wird 75 Jahre alt – Ehrlich, behutsam, wahrhaftig

Diese ganze Schreiberei muss doch einen Sinn haben. Du kannst doch nicht einfach so Papier bemalen“, lässt Arno Surminski seinen Protagonisten Erich in dem Roman „Fremdes Land oder Als die Freiheit noch zu haben war“ (1980) sagen. Die „Schreiberei“ hatte Sinn, blickt man auf die über 20 Romane und Erzählungen, die Surminski seit 1974 bisher veröffentlicht hat. Angefangen hatte es mit „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ (1974), einem Roman, der auf den Erlebnissen des Autors in der Nachkriegszeit beruht und mit Armin Mueller-Stahl 1987 für das Fernsehen verfilmt wurde. Während 2002 die Öffentlichkeit auf die Novelle „Im Krebsgang“ von Günther Grass begeistert reagierte – „Endlich einmal ein Roman über Flucht und Vertreibung!“ –, übersah sie ganz, dass Surminski mit „Jokehnen“ dieses Thema bereits knapp 30 Jahre zuvor aufgegriffen hatte.

Geboren wurde Arno Surminski am 20. August 1934 in Jäglack, Kreis Rastenburg. Durch die Wirren des Krieges verlor er seine Eltern, die in die Sowjetunion verschleppt wurden und dort starben. Erst 1947 gelang es Arno

Surminski – nach der Flucht und verschiedenen Aufenthalten in Lagern – in den Westen zu kommen, wo er bei einer kinderreichen Familie im schleswig-holsteinischen Trittau aufwuchs. Nach einer Lehre als Rechtsanwaltsgehilfe ging er für einige Zeit nach Kanada, wo er sich als Tel-



Arno Surminski: Erzähler von Format

Bild: Internet

lerwäscher, Kellner und Holzfüller seinen Lebensunterhalt verdienen. Nach Deutschland zurückgekehrt („Ich hatte Heimweh“), arbeitete er zunächst in der Rechtsabteilung einer Versicherung, bis er sich 1972 als freier Journalist in Hamburg niederließ.

Nüchtern und schnörkellos sind die Geschichten des Arno Surminski, glaubwürdig und von atmosphärischer Dichte. „Bei meinen Büchern habe ich stets darauf geachtet, dass sie nicht in modische Gesellschaftskritik ausarten, obwohl dafür wirklich reichlich Stoff vorhanden war“,

dem Leser überlassen.“ Und die Leser schätzen „ihren“ Arno Surminski, dem es immer wieder gelingt, das Schicksal der kleinen Leute einfühlsam zu schildern. Mit seiner Liebe für das Detail, seiner Gabe, Gesehenes festzuhalten, schafft er es, das Alltägliche aus dem Grau der Tage hervorzuheben. Meist steht Ostpreußen im Mittelpunkt seiner Romane. Surminski ist deshalb noch lange kein Heimatschriftsteller. Er nennt die Schrecken beim Namen. Doch nie hat er Leid gegen Leid aufgerechnet. Wichtig ist ihm auch die Begegnung mit den Menschen, die jetzt in seiner Heimat leben.

In seinem 1997 erschienenen Roman „Sommer vierundvierzig“ schreibt er: „Es sind schon viele Länder untergegangen, aber keines versank so gründlich wie das Land zwischen Memel und Pregele. Es als nach 50 Jahren wieder auftauchte, reisten sie hin, um das Wunder zu betrachten, erschrecken aber, weil es ein fremdes Land war ... Niemand war da, der von den vergangenen Dingen erzählen konnte ...“ Arno Surminski erzählt von diesen „vergangenen Dingen“, ehrlich, behutsam, wahrhaftig. Dankeschön! Silke Osman

## Ungleiches Paar

Neuer Roman von Arno Surminski

Was macht man, wenn man kein Geld hat, aber ein bisschen Zeit und unbedingt Amerika erleben will? Dorthin fahren will, wo John Wayne und Co. ihre Heldentaten vollbrachten? Konrad Eisbrenner, Student der Medizin, rutscht unfreiwillig in ein Abenteuer, als er in einem Reisebüro ein Angebot bekommt. Eine ältere Dame, genauer gesagt 80 Lenze jung, „recht vermögend, aber ein wenig hilflos“, will ihren Sohn Richard in Amerika besuchen und benötigt die Unterstützung eines Reisebegleiters. „Ihre Aufgabe wird es sein, das Gepäck zu tragen, Amanda beim Ein- und Aussteigen zu helfen, unterwegs neben ihr zu sitzen, sie zu unterhalten und ihr zuzuhören.“ Das sollte doch zu schaffen sein, als Belohnung gibt's ein Flugticket und ein bisschen Taschengeld. Konrad, oder Conny, wie Amanda von Vegesack ihn schließlich nennt, ahnt nicht, auf welches Abenteuer er sich da einlässt. Amanda ist schließlich eine resolute kleine Frau, die so hilflos gar nicht ist und ihn mit einem

Hintergedanken nach Amerika gelockt hat, dem Sohn Richard taucht gar nicht auf. Und so zieht das ungleiche Paar quer durch die Vereinigten Staaten ... Der Leser dieser amüsanten Geschichte, die Arno Surminski gerade rechtzeitig zu seinem Geburtstag seiner Fangemeinde serviert, hat viel zu schmunzeln. Voller Witz, Melancholie und Lebensweisheit ist die Geschichte um Amanda, deren Wurzeln (natürlich) in Ostpreußen sind, und Konrad-Conny, der sich immer nur wundert, was die alte Dame alles erlebt hat, und sich fragt, wie die ehemalige Tänzerin an eine stattliche Zahl von Coca-Cola-Aktien geraten ist. Auch der Leser kommt aus dem Staunen nicht heraus, etwa wenn Amanda erzählt, wen sie alles gekannt hat. Surminski zeichnet ein buntes Bild von Amerika, aber auch ein liebenswertes vom Austausch zwischen den Generationen. os

Arno Surminski: „Amanda oder Ein amerikanischer Frühling“, LangenMüller 2009, 349 Seiten, gebunden, 19,95 Euro



MELDUNGEN

Staatswagen wird restauriert

Berlin - Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) restauriert derzeit den 1945 schwer beschädigten Staatswagen Friedrich Wilhelms II., eines der wenigen erhaltenen und herausragenden Zeugnisse frühklassizistischer Wagenbaukunst in Europa. Dank der Förderung durch die Ostdeutsche Sparkassenstiftung und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam (MBS) können die Arbeiten nun zügig fortgesetzt werden. Ziel ist es, den Staatswagen, in dem Kronprinzessin Luise einst als Braut eingeholt wurde, im Rahmen der Veranstaltungen der SPSG anlässlich des 200. Todestages der preußischen Königin im Jahr 2010 in der Remise ihres Sommersitzes Schloss Paretz auszustellen. PAZ

Der Beginn des Heurigen

Wien - Als Geburtsurkunde der für Österreich so typischen Weinschenken gilt eine Zirkularverordnung Josefs II. vom 17. August 1784. Diese Verordnung stellte es jedem frei, selbst hergestellte Lebensmittel, Wein und Obstmost jederzeit zu verkaufen und auszuschenken. Der Kaiser reagierte mit dieser Erlaubnis auf die Klage von Wirten eines Ortes in der Grafschaft Görz, die sich von ihrem Herrn nicht zwingen lassen wollten, ausschließlich dessen Wein auszuschenken. PAZ

»Pilsudskis Traum«

Bad König - Eine politisch-historische Streitschrift zum bevorstehenden 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges hat der in Bad König im Odenwald lebende Ostpreuße Lutz Radtke vorgelegt. Der ehemalige Top-Manager eines bekannten Reifenherstellers ist manchen bekannt durch sein vor zwei Jahren erschienenes Buch „Entkommen - Mein Weg durch Chaos, Krieg und Kälte“, in dem er seine Erlebnisse auf der Flucht aus Deutsch-Eylau schildert.

Nun hat Radtke angesichts der steigenden Flut an Geschichtsklitterungen über Ursachen, Verlauf und Folgen des Zweiten Weltkrieges die kurzgefasste Broschüre „Pilsudskis Traum - Polen und Deutschland auf dem Weg in den zweiten Weltkrieg“ vorgelegt, in der er Fakten in Erinnerung ruft, die in der aktuellen Geschichtsschreibung kaum mehr erwähnt werden. Radtke ist kein Historiker und beansprucht auch keine Wissenschaftlichkeit für seine Streitschrift, die allerdings auf Vorarbeiten des Historikers Stefan Scheil zurückgreift.

Radtke hat seine Arbeit auf eigene Rechnung 2000-mal drucken und an Parlamentarier und Regierungsmitglieder in Bund und Ländern verschicken lassen. Auch die Kanzlerin hat der engagierte Ostpreuße angeschrieben: „Geschichte wie sie wirklich war, verehrt Frau Dr. Merkel, werden auch Sie als Bundeskanzlerin nicht nur kennen müssen, sondern auch ehrlich zu vertreten haben. Das ist Ihre Pflicht. Es entspricht ihrem Eid. Und es ist auch der Würde unseres Landes geschuldet.“ Die Broschüre kann nicht gekauft, aber auf der Internetseite des Autors (www.entkommen.com) gelesen und dort auch heruntergeladen werden. K.B.

Der »Entmythologisierer«

Vor 125 Jahren wurde der Neutestamentler Rudolf Bultmann geboren

Rudolf Bultmann vereinte in seiner Entmythologisierung die Theorie der Interpretation mit dem Verhältnis zur modernen Wissenschaft. Die daraus resultierende Debatte, angefangen durch die orthodoxe Kirche und den Nationalsozialismus, führte fast zum »Zweiten Kirchenkampf«. Trotz vieler Kritik war die Lehre Bultmanns so einschlägig, dass sich die Bultmann-Schule, mit Vertretern wie Ernst Fuchs, Ernst Käsemann, und Gerhard Ebeling, entwickelte.

Rudolf Karl Bultmann, dessen Geburtstag sich am kommenden Donnerstag zum 125. Mal jährt, gilt bis heute als einer der bedeutendsten Neutestamentler (Exegeten) des 20. Jahrhunderts.

Der Theologe wurde am 20. August 1884 bei Oldenburg als evangelischer Pfarrerssohn geboren. Das Studium der evangelischen Theologie absolvierte er in Tübingen, Berlin und Marburg, wo er am 30. Juli 1976 verstarb. Nach einem kurzen Wirken als Lehrer in Oldenburg folgte er 1907 dem Ruf des Seminariums Philippinum in Marburg, an dem er eine Repetentenstelle übernahm. Drei Jahre später promovierte Bultmann bei Wilhelm Heitmüller über die paulinische Rhetorik und wurde mit seiner Arbeit „Die Exegese des Theodor von Mopsuestia“ 1912 in Marburg habilitiert. Auf Grund eines Hüftleidens wurde er vom Militärdienst befreit. So konnte Bultmann 1916 dem Ruf erst nach Breslau und 1920 nach Gießen folgen, um dann 1921 den neutestamentlichen Lehrstuhl in der Nachfolge Heitmüllers anzutreten. Diesen behielt er bis zu seiner Emeritierung 1951.

Sein bis heute grundlegendes Werk zur Formgeschichte der synoptischen Evangelien „Die Geschichte der synoptischen Tradition“ erschien bereits 1921. Dieser Text forderte eine Neubewertung der Intentionen der Evangelien, vom historischen Jesus hin zum „Christus des Glaubens und des Kultes“, dem so genannten Christuskerygma (von griechisch „kerygma“ = Verkündigung). Weitere Hautwerke sind „Kritisch-exegetischer Kommentar zum Jo-

hannesevangelium“ (1941) und „Theologie des Neuen Testaments“ (1953). Bultmann schloss sich als Gegner des NS-Regimes 1933 dem „Pfarrernotbund“ und 1934 der „Bekennenden Kirche“ an.

Die „Entmythologisierung“ - ein großes Wort, das nicht von dem Namen Bultmann getrennt werden kann. Sie machte ihn (ab 1941) über den fachlichen Kreis

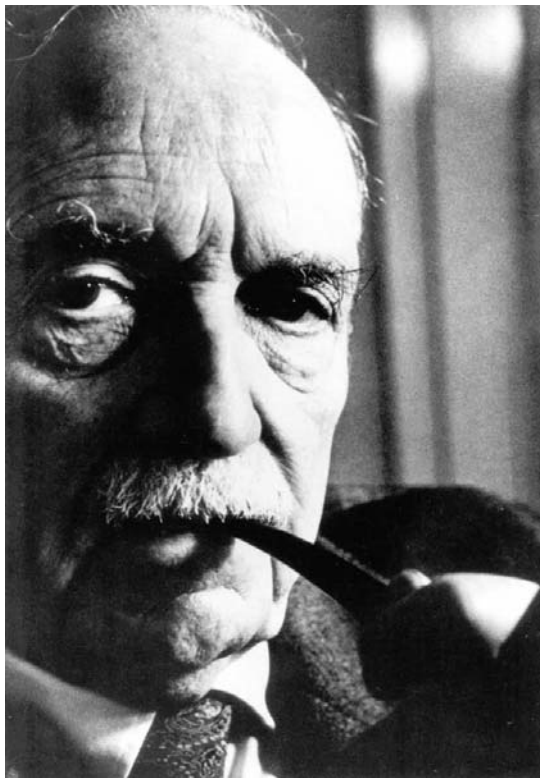
Radioapparate benutzen ... und gleichzeitig an die Geister- und Wunderwelt des Neuen Testaments glauben“, so Bultmanns nicht ganz unumstrittene Einstellung. Man müsse vielmehr die Mythen als Schriftform wahren und interpretieren, um das eigentliche Kerygma zu verstehen.

Dazu durchlief Bultmann, in der liberalen Theologie verwurzelt, ei-

sen des Glaubens zum Inhalt. Dieser Glaube müsse aus dem Wort Gottes und seiner Verkündigung entstehen. Dabei sei er als Antwort des Menschen auf Gottes Wort zu verstehen. Bultmann äußert sich kritisch zur liberalen Theologie in ihrer damaligen Ausprägung, indem er sagte, dass der historische Jesus nicht Zentrum des Glaubens sein könne. Kultur und Religion dürften nicht vermengt werden, weil daraus ein „Geschichtspantheismus“ entstehe, der nur zu einer Scheinsicherheit führe.

Der Mensch in seiner konkreten Situation tritt in Bultmanns Denken immer wieder hervor und der Marburger Theologe tritt, beeinflusst unter anderem durch Martin Heidegger, Søren Kierkegaard und Wilhelm Dilthey, in seine „existentiale Phase“ (nach 1927) ein. „Will man von Gott reden, so muss man offenbar von sich selbst reden“, lautet eine von Bultmanns Überzeugungen. Der Mensch in seinen begrenzten Möglichkeiten könne nicht objektiv von Gott reden. Von Gott könne nur dann sinnvoll geredet werden, wenn zugleich vom Menschen in seinem Betroffensein von Gottes Handeln in Jesus Christus, dem Heilsereignis, geredet werde. Diese Rede von der Offenbarung Gottes in der Verkündigung des Evangeliums sei dem Menschen, in seiner konkreten existentiellen Situation, nur in der Rede von seiner Beziehung zu dieser Offenbarung möglich. Und so treffe das Kerygma und damit die erneuernde Liebe Gottes den Menschen. Diese erneuernde Liebe befreie uns zum Handeln. Kreuz und Auferstehung seien dabei Teil des Glaubens und keine historischen Wahrheiten. Der verständliche Glaube an das Wort der Verkündigung sei damit der echte Osterglaube. Konservative Kritiker wenden ein, dass Bultmann einer einseitigen und überzogenen Psychologisierung des Glaubens und der Relativierung zentraler Glaubenswahrheiten den Weg bereitet habe. Der übertragende Einfluss Bultmanns auf die evangelische Theologie im deutschsprachigen Raum steht jedenfalls außer Frage.

Christiane Rinsler



Rudolf Bultmann: Bedeutender Exeget des 20. Jahrhunderts

Bild: epd

hinaus berührt und auch heute noch zu einem viel zitierten Gelehrten. Um jedoch zu diesem Ansatz zu gelangen, durchlief der Theologe mehrere Phasen. Entmythologisierung meint die existentielle Interpretation der Schrift und beinhaltet sowohl historisch-kritisches als auch philologisches Werkzeug, um die Texte besser zu verstehen. „Man kann nicht gleichzeitig elektrisches Licht und

ne „spätliberale Phase“ (1916-1922), in der er Friedrich Schlegelers „Bewusstsein der schlechthinigen Anhängigkeit“ jedes Einzelnen in sein Denken aufnimmt. Der Mensch, in seiner konkreten Situation, stehe in Beziehung zu dem „ganz Anderen“, diese erlebe er nur in seinem Selbstbewusstsein.

Bultmanns „frühdialektische Phase“ (1922-1926) hat das We-

Die Liederbuch der Wandervögel

Vor 90 Jahren gab Hans Breuer den »Zupfgeigenhansl« heraus

Kaum ein zweites Liederbuch hat in ähnlicher Weise zur Wiederentdeckung des deutschen Volksliedes durch breite Kreise beigetragen wie der „Zupfgeigenhansl“, das Liederbuch der Wandervögel. Die zur Entstehungszeit des Zupfgeigenhansls längst in Vergessenheit geratenen Liederbücher des 19. Jahrhunderts - genannt sei exemplarisch „Des Knaben Wunderhorn“ - reichen an seinen programmatischen wie finanziellen Erfolg kaum heran. „Der Zupfgeigenhansl“ ist das Liederbuch des Jahrhunderts, ohne sein Entstehen hätten wesentliche Bereiche der Musikpädagogik, der Volksliedpflege und der Musikkultur entweder wesentlich später oder überhaupt nicht stattgefunden.

Die deutsche Jugendbewegung ist als eine Folge der tiefgreifenden Umwälzungen des 19. Jahrhunderts zu sehen, von denen an erster Stelle die Industrialisierung zu nennen ist. Strukturveränderungen

aller Art stellten sich ein, etwa die soziale Deklassierung der Handwerker und eine weitgehende Verstärkung der Bevölkerung. Hinzu kam ein gesteigertes bürgerlich-autoritäres Wertesystem und eine diffuse Unzufriedenheit der jungen Generation vor dem Hintergrund kulturkritischer Ideen, wie sie von Friedrich Nietzsche, Paul de Lagarde und anderen formuliert worden sind. So bildeten sich unabhängig voneinander und weitgehend unreflektiert Jugendgruppen, die aus der bürgerlichen Welt ausbrachen und bei gemeinsamen Wanderausflügen in die Natur eine sinnvolle Alternative zur „Plüschkultur“ der Stadtmenschen suchten. Daraus entwickelte sich allmählich der „Wandervogel“, ein Jugendbund, der bald im ganzen Deutschen Reich, aber auch im deutschsprachigen Teil Österreichs und der Schweiz Anhänger fand.

Die fast kultartige Verehrung von Büchern ist im Wandervogel von Anfang an nachzuweisen: Die Ein-

tragung neuer Kameraden in ein Scholarenbuch nach feierlichem Ritus ist ebenso bezeugt wie die geistige Orientierung der Wander-



Hans Breuer

Bild: Archiv

vogel an Werken wie Wilhelm Raabes „Die Akten des Vogelsangs“ oder Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausens „Der abentheuerliche Simplissimus“. Das Bekenntnis der Wandervögel zum

Volkslied hatte seine Wurzeln in der Suche nach echten Idealen und in der Besinnung auf die Werte der Romantik: Hier sah man das alte und unverfälschte Erbe, das es zu erhalten und zu pflegen gelte. Und die bürgerliche Jugendbewegung des Wandervogels konnte ihre Ideale, ihre Werte und Normen nur deshalb über das ganze deutsche Sprachgebiet einheitlich entwickeln, weil neue Ideen und ausge-reifte kollektive Ansichten mittels der Bundeszeitschriften und Wanderliederbücher verbreitet und reflektiert wurden.

Zur Entstehung des „Zupfgeigenhansls“ kam es, weil der begeisterte Wandervogel Hans Breuer einen Musiklehrer hatte, der mit jahrhundertealten Volksliedern seinen Schülern einmal etwas anderes bieten wollte: Max Pohl. Durch ihn kam das Volkslied in die früheste Keimzelle der Wandervogelbewegung. Nach dem Abitur zog Breuer im Jahre 1903 zum Medizinstudium nach Marburg, ab 1904 sam-

Mitschuld? »Prawda« klagt Polen an

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Der Dritte könnten in diesem Falle die historische Wahrheit und mit ihr die Deutschen sein.

Sieger schreiben Geschichte. Und seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es in der herrschenden Geschichtsschreibung einen breiten Konsens, dass Deutschland und vielleicht auch noch seine Verbündeten die Bösen waren, Deutschlands Gegner hingegen die Guten. Nun gibt es Streit im Lager der ehemaligen Gegner Deutschlands, weil einer von ihnen dem anderen vorgeworfen hat, nicht nur Gutes getan zu haben, in diesem Zusammenhang gar die Singularität der Bösartigkeit NS-Deutschlands in Frage gestellt hat. So wird es zumindest von russischer Seite interpretiert. Sie macht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum Vorwurf, dass sie in einer Resolution vom 3. Juli dieses Jahres die Rolle des Dritten Reiches und der Sowjetunion beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf eine Stufe gestellt und die Forderung erhoben habe, den Jahrestag der Unterzeichnung des so genannten Hitler-Stalin-Paktes zum Gedenktag für die Opfer der beiden vertragsschließenden Parteien zu erheben.

Nach diesem vom Westen gegen heftigen Widerstand Russlands in der OSZE durchgesetzten Tabubruch, fühlt sich die russische Seite nun auch nicht mehr an die Konvention gebunden und beginnt ihrerseits schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen. Nachdem die sowjetische Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von der OSZE öffentlich gemacht worden ist, wird nun russischerseits die polnische thematisiert.

Genüsslich und minutiös demonstriert Lisa Karpova im ehemaligen KPdSU-Zentralorgan „Prawda“ die polnische Legende vom reinen Opferdasen. Die Fakten, die dabei aufgetischt werden, sind größtenteils nicht neu, doch herrscht bei Sieger- wie Verliererstaaten Konsens, sie nicht an die große Glocke zu hängen - bis jetzt. Vielleicht sind die OSZE-Resolution und die Reaktion der „Prawda“ ja der Beginn einer Diskussion über die Mitschuld der Kriegssieger am Zweiten Weltkrieg - der historischen Wahrheit und den deutschen Kriegsverlierern wäre es jedenfalls zu wünschen. M.R.

# Humboldts Bildungsideal wird Realität

Vor 200 Jahren wurde von König Friedrich Wilhelm III. per Kabinettsorder die Berliner Universität gegründet

Vor 200 Jahren, am 16. August 1809, gründete der damalige preussische König die spätere Friedrich-Wilhelms- und heutige Humboldt-Universität. Sie bildete in einer der schwersten Phasen der preussischen Geschichte den Versuch, mit etwas gänzlich Neuem - der Verfolgung des Humboldtschen Bildungsideals - Preußen an die Spitze zurückzuführen.

„Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzt, was er an physischen verloren hat.“ Mit diesem Satz hat der preussische König Friedrich Wilhelm III. nach dem verlorenen Vierten Koalitionskrieg von 1806/1807 das Motiv für die preussische Bildungsreform auf den Punkt gebracht. Und Preußen

## Die Unigründung ist der Höhepunkt von Humboldts Schaffen

hatte in dem jenen Krieg beendenden Tilsiter Frieden wahrlich viel verloren. Zu der Hälfte seines Territoriums, das es abtreten musste, gehörten auch seine westfälischen Besitzungen mit den Universitäten Halle, Erfurt, Göttingen, Duisburg, Münster und Paderborn.

Professoren der von Napoleon geschlossenen Universität in Halle suchten den Preußenkönig in Memel auf und baten ihren ehemaligen Landesherren um eine Verlegung ihrer Hochschule in die Hauptstadt Berlin. Friedrich Wilhelm stimmte dem zuerst zu. Als jedoch der König von Westfalen, an den Halle gefallen war, mit der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg die Tradition der Halleschen Hochschule wieder aufnahm, machte der Preuße ei-

nen Rückzieher. Nun sollte seine Hauptstadt eine neue Universität bekommen.

Wissenschaftliche Infrastruktur, auf die sich aufbauen ließ, war bereits in beachtlichem Maße vorhanden. Seit 1700 bestand die von Gottfried Wilhelm Leibniz begründete Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Im Jahre 1710 wurde die Charité eingerichtet, die seit 1726 als Zivilkrankenhaus und als klinische Ausbildungsstätte für Militärärzte diente. Berlin beherbergte außerdem die Akademie der Künste, die königliche Bibliothek, mehrere namhafte Gymnasien, eine Tierarzneischule, einen botanischen Garten, ein anatomisches Museum, eine Sternwarte, Naturalienkabinette, Münzsammlungen und die Gemäldegalerie im Schloss.

Trotzdem kam erst Bewegung in die Sache, als die Universitätsgründung in die Zuständigkeit des größten preussischen Bildungsreformers fiel. Am 10. Februar 1809 wurde Wilhelm von Humboldt zum Direktor der Sektion für Kultur und Unterricht im preussischen Ministerium des Innern berufen. 18 Tage später trat er seinen Dienst an. Welche Bedeutung der Universitätsgründung in seiner viel zu kurzen Amtstätigkeit als Zuständi-

ger für die Bildungsreform zukam, beschrieb der Gelehrte, Bildungspolitiker und Wissenschaftsorganisator treffend: „Ich that, was ich vermochte, und glaube mit Recht behaupten zu können, dass das Unterrichtsessen in hiesigen Staat durch mich in einen neuen Schwung gekommen ist, und dass, ob ich gleich nur ein Jahr etwa

sität außerordentlich sein. An ihr sollte erstmals verwirklicht werden, was wir heute als Humboldtsches Bildungsideal kennen und schätzen. Generationen von Wissenschaftlern galt die Berliner Universität deshalb als richtungweisend und vorbildlich. In letzter Zeit mehren sich jedoch kritische Stimmen zu Humboldts Erbe. In

wegen eindeutig die Vorteile. Im Idealfall lernt der Student gemäß dem Humboldtschen Ideal nicht nur Fakten, sondern das Lernen. Er sollte damit im Angesicht jeder Herausforderung in der Lage sein, sich das zur Lösung des Problems nötige Wissen anzueignen. Abgesehen von diesem volkswirtschaftlichen Vorteil verfolgt zumindest

wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen der Hauptstadt Domänenengüter in der Nachbarschaft der Stadt zu übertragen, die einen jährlichen Reinertrag von 150000 Talern abwerfen, mit denen der Unterhalt der Institutionen finanziert werden sollte.

Mit seinem humanistischen Bildungsideal und seinen praktischen Vorschlägen hat Humboldt die Berliner Universität derart stark geprägt, dass sie mit einem gewissen Recht heute seinen Namen trägt. Realität wurden Humboldts Ausbildungsgründungsvorstellungen jedoch durch die Unterschrift des Mannes, nach dem die Universität in ihrer besten, produktivsten Zeit benannt war. Vor 200 Jahren, am 16. August 1809, gründete König Friedrich Wilhelm III. per Kabinettsorder die Berliner Universität. Am 2. Oktober 1810 fand die offizielle Eröffnungsfest statt. Im ersten Semester studierten 256 Hoffnungsträger bei 52 Lehrenden, unter letzteren so renommierte Wissenschaftler wie Friedrich Daniel Schleiermacher, Friedrich August Biener, Johann Gottlieb Fichte und Christoph Wilhelm Hufeland als Dekane sowie dem Juristen Theodor Schmalz als Rektor. Mit der Theologie, der Jurisprudenz, der Philosophie und der Medizin standen von Anfang gleich vier Fakultäten den Studierenden zur Wahl. Am 24. November 1810 erhielt die Alma Mater Berlinensis ihr eigenes Domizil übertragen, das Heinrichs-Palais. Dieser Bau, den einst Friedrich der Große seinem Bruder Heinrich hatte bauen lassen und der nach dem Tode des Prinzen und dessen Ehefrau an die Krone zurückgefallen war, dient bis zum heutigen Tag der Berliner Universität als Hauptgebäude. *Manuel Ruoff*



Vorderansicht des Vorlesungsgebäudes der Friedrich-Wilhelms-Universität: Kolorierter Stahlstich um 1860 Bild: pa

mein Amt verwaltet habe, doch viele Spuren meiner Verwaltung zurückbleiben werden. Etwas, was mir noch eigentümlicher, als alles Andre persönlich angehört, ist die Errichtung einer neuen Universität hier in Berlin.“

Der außerordentlichen Lage Preußens nach der Niederlage von Jena und Auerstedt angemessen, sollte auch die Berliner Univer-

der Praxis setzt sein ganzheitlicher Bildungsansatz nämlich eine längere Studiendauer und eine stärkere Beschäftigung der Professoren mit ihren Studenten voraus. In Zeiten der Massenuniversität kann das die Ausmaße eines volkswirtschaftlichen Problems annehmen. Zu Zeiten Humboldts jedoch, als nur eine verschwindende Minderheit studierte, über-

das Humboldtsche Bildungsideal das Ziel, den Studenten durch eine allumfassende Bildung in seiner Persönlichkeitsbildung voranzubringen.

Zum ganzheitlichen Ansatz gehörte die Einheit von Forschung und Lehre, aber auch deren Freiheit. Zur Erlangung dieser Freiheit schlug Humboldt vor, der Universität, aber auch den anderen wis-

# Kapellmeister und Lehrer Friedrichs des Großen

Carl Heinrich Graun vertonte die meisten Libretti des Preußenkönigs - zu seiner Zeit ein gefeierter Opernkomponist

Carl Heinrich Graun wurde am 7. Mai 1701 in Wahrenbrück an der Schwarzen Elster fünf Kilometer nördlich von Bad Liebenwerda (heute im brandenburgischen Kreis Elbe-Elster) geboren. In Dresden besuchte er die Kreuzschule. Mit 13 Jahren ging er als Chorknabe an die dortige Kreuzkirche, wo er sein musikalisches Talent ausbildete. Als seine Stimme sich zu einem herrlichen Tenor entfaltet hatte, ging er 1724 als Hof Sänger nach Braunschweig. Graun hatte in Dresden auch Komposition studiert und bekam den Auftrag, für die Hochzeit des späteren Königs Friedrich des Großen (1712-1786) mit der Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern (1715-1797) am

## Mit einer Oper gewann Graun Friedrichs Gunst

12. Juni 1733 die Oper „Lo Specchio della fedeltà“ („Der Spiegel der Treue“) zu komponieren. Sie gefiel dem preussischen Kronprinzen so gut, dass er ihn nach Rheinsberg holen wollte. Friedrichs Schwiegervater Ferdinand Albrecht Herzog von Braunschweig-Bevern (1680-1735) löste die Hofkapelle 1735 auf, so dass Graun frei war und der Aufforderung des Kronprinzen, zu ihm zu kommen, folgen konnte. Damit wurde das bisher ausschließlich instrumentale Schaffen der Hofkapelle Friedrichs durch einen Musiker, der komponieren, ein Instrument spielen sowie als Sänger und als Komposi-

tionslehrer Friedrichs fungieren konnte, in erfreulicher Weise ergänzt. Die Vorliebe des Kronprinzen für neo-neapolitanische Kompositionen und deren Verwirklichung auf der Bühne trat in zunehmendem Maße hervor, was in dem von ihm berufenen Ensemble vor allem eben durch Carl Heinrich Graun einen kongruenten Vertreter hatte. Graun wurde demzufolge nach der Thronbesteigung Friedrichs zum Hofkapellmeister ernannt, reiste nach Italien und warb geeignete Sängerinnen und Sänger für die neu zu errichtende Oper des jungen Königs an. Graun enttäuschte seinen

Gönner nicht, und am 7. Dezember 1742 wurde das neue Gebäude unter den Linden mit der Oper „Cleopatra e Cesare“ von Graun

eröffnet. Neben dieser schrieb Graun in seinem Leben noch 27 weitere Opern, aber auch Kirchenmusik, Oratorien, Lieder und Instrumentalmusiken. Graun hat neben dem Flötenlehrer Friedrichs, Johann Joachim Quantz (1697-1773), der den König weiterhin unterrichtete, das Stilempfinden der Zuhörer dadurch beeinflusst, dass er den „vermischten Stil“ bevorzugte, der durch die Verschmelzung italienischer, französischer und deutscher Stileigenheiten zu einem „empfindsam-galanten Stil“ fand. Orchester-Ritornelle und Soloteile durchdringen einander; Kontraste werden gern verwen-



Carl Heinrich Graun mit seiner Ehefrau Anna Luise (um 1733): Gemälde von Antoine Pesne Bild: Archiv

## Aufführungen im Neuen Palais

Im Schlosstheater des Neuen Palais in Potsdam veranstaltet die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) und das Ensemble „I Confidenti“ den barocken Opernsommer 2009. Das Programm ist in diesem Jahr dem Hofkapellmeister und Tenorsänger Carl Heinrich Graun (um 1703 bis 1759) gewidmet. Zu hören sind bislang unaufgeführte Konzerte und musikalische Sze-

nen, anmutige Tänze sowie Arien und Duette seiner großen Opern.

Premiere ist in der barocken Operngala „Una festa teatrale“ am 28. August, 19 Uhr. Weitere Termine, 5. September, 19 Uhr, 6. September, 16 Uhr, 17. Oktober, 19 Uhr, 18. Oktober, 16 Uhr. Eintrittskarten (10 bis 22 Euro) unter Telefon (01805) 4470 oder im Internet unter [www.ticketonline.de](http://www.ticketonline.de).

det. Friedrich machte die Kompositionen Grauns zum Ausgangspunkt der von ihm bevorzugten Art, welche die italienische Oper in die rokokohafte Musikversion der so genannten Berliner Schule verwandelte. Friedrich hat selbst durch die in den langsamen Sätzen seiner eigenen Kompositionen verwirklichte Empfindsamkeit zur Ausbildung der Merkmale der „Berliner Schule“ beigetragen.

Ein gesellschaftliches Kennzeichen der Musikszene in Berlin in der friderizianischen Zeit war, dass die Kapellmusiker des Königs ihre Werke vor Kreisen des Bürgertums spielten. Der Kontraviolinist Johann Gottlieb Janitsch (1708-1763) setzte seine „Freitags-Akademien“, die er in Rheinsberg begonnen hatte, fort. In der „Musikausübenden Gesellschaft“ kam Carl Heinrich Grauns „Der Tod Jesu“ 1755 zur Uraufführung.

Dabei zeigte sich die „Berliner Schule“ in beiden Varianten, der Instrumentalmusik und der gesanglichen Ausbildung, stilbildend: Im instrumentellen Bereich müssen die Schrift von Johann Joachim Quantz „Versuch einer Anweisung die Flöte traversiere zu spielen“, Berlin 1752, sowie das Buch von Carl Philipp Emanuel Bach (1714-1788) „Versuch über die wahre Art das Clavier zu spielen“, Berlin 1753, genannt werden. Im gesanglichen Bereich war

die Schrift von Friedrich Agricola (1720-1774) „Anleitung zur Singkunst“, Berlin 1757, stilbildend. Man kann aus seinem Buch deutlich auf das Musikverständnis der damaligen Zeit schließen.

Graun war wegen seiner ungeheuren kompositorischen Produktivität prägend. Neben 28 Opern komponierte er über 40 Kantaten, mehrere Oratorien und zahlreiche Symphonien. Die Zusammenarbeit mit dem König war sehr eng - insbesondere dann, wenn der König wünschte, dass eigene Libretti vertont werden sollten. Der König hatte sehr konkrete musikalische Vorstellungen hinsichtlich des

## Graun wirkte stilbildend für die Berliner Schule

Klanges seiner Operntexte und gab ganz direkte Anweisungen, beispielsweise, wie sich eine Arie für eine bestimmte Sängerin anhören sollte. Graun gelang es nahezu immer, den Wünschen seines Souveräns zu entsprechen. Voraussetzung für diese fruchtbare Zusammenarbeit waren die nahezu kongruenten Hörgewohnheiten des Königs und seines Kapellmeisters. Graun starb am 8. August 1759 in Berlin und wurde in der Petrikirche in Alt-Cölln (heute Berlin-Mitte) beigesetzt. Mit dem Abriss der im Krieg zerstörten Kirche verschwand auch sein Grab. Heute ist sein musiktheatralisches Werk kaum noch bekannt. Um so erfreulicher ist die Aufführung seiner Kompositionen in der barocken Operngala „Una festa teatrale“ (siehe Kasten). *J.Z./os*





## Zehn Jahre Auferstehungskirche

Königsbergs Lutheraner feierten ein verlängertes Wochenende über das runde Jubiläum mit vielen Gästen von nah und fern

Drei Tage lang feierte die evangelisch-lutherische Kirche mit einem umfangreichen Festprogramm das zehnjährige Bestehen der Auferstehungskirche in Königsberg. Zur Erinnerung wurde auf dem Friedhof ein Gedenkstein eingeweiht.

Zum Auftakt der sich über ein verlängertes Wochenende ziehenden Jubiläumsfeierlichkeiten gab es am Freitagabend ein festliches Konzert im Königsberger Dom. Propst Jochen Löber hieß die zahlreichen Gäste, darunter auch viele Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, und seine Gemeindeglieder aus dem Königsberger Gebiet herzlich willkommen. Eröffnet wurde das festliche Konzert mit Orgelmusik von Artjorm Chatschaturou. Anschließend begeisterten der Posaunenchor aus Rmelshausen-Höchheim mit 20 Bläserinnen und Bläsern sowie die Chöre aus der evangelischen Gemeinde Königsberg und Gumbinnen die Zuhörer.

### Zur Erinnerung an den Friedhof wurde ein Stein gesetzt

Die offiziellen Feierlichkeiten begannen am zweiten Tag mit einer Feierstunde in der Auferstehungskirche. Propst Löber, der erst seit vergangem September als Pfarrer für die Propstei Königsberg im Amt ist, begrüßte zusammen mit der Gemeindevorsitzenden Galina Riesen die anwesenden Gäste. Dabei äußerte er ein gewisses Bedauern über einige Absagen. Viele Gratulanten wiesen in ihren Reden auf den schwierigen Beginn der sich nach 1945 neu formierenden evangelisch-lutherischen Gemeinde in Königsberg hin.

Oberratsrat i. R. Pastor Bernd Gillert überbrachte die Grüße der Nordelbischen Kirche mit den Worten: „Wenn wir noch einmal weitere zehn Jahre zurückdenken, in das Jahr 1989, dann kann uns bewusst werden, welch großes Geschenk – welches Wunder – es ist,

dass Sie als Gemeinde und als Propstei das zehnjährige Bestehen der Auferstehungskirche feiern können. Damals war überhaupt noch nicht daran zu denken, dass neues kirchliches Leben, und vor allem evangelisch-lutherisches Leben, in dieser Region möglich sein könnte. 1990/1991 begann überraschender und glücklicherweise eine Öffnung des Königsberger Gebietes und so war es möglich, dass Pastor Kurt Beyer, später Propst der Propstei, die ersten lutherischen Gemeinden aufbauen konnte.“

Anfänglich versammelte sich die junge Gemeinde in provisorischen Versammlungsstätten wie dem Gebietskrankenhaus, dem Kino „Pobeda“ oder – zu besonderen Anlässen – der ehemaligen Luisenkirche. Schließlich wurde seitens der

Stadtverwaltung ein Teil des ehemaligen Luisenfriedhofs als Baugelände für eine neu zu errichtende Kirche genehmigt. Vertreter der

Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Evangelischen Kirche der Union (EKU) hatten vorher vergeblich mit Regierungsstellen vor Ort wegen der Rückgabe eines Kirchengebäudes verhandelt. Schließlich bot sich als Alternative der Neubau eines Gemeindezentrums an, denn die Kirche der Union in Berlin-Brandenburg verwaltete treuhänderisch Gelder aus der Provinz Ostpreußen, die sie nun für einen Neubau zur Verfügung stellte. Weitere finanzielle Mittel kamen vom Gustav-Adolf-Werk in Sachsen (GAWiS), von der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen (GeO), von der EKD, der Nordelbischen Kirche (NEK) und weiteren Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und vielen einzelnen Spendern.

Zu den Überbringern von Glückwünschen und kleinen wie größeren Geschenken gehörte auch der



Robert Wachowsky (links) und Jochen Löber enthüllen den Gedenkstein: Dessen Inschrift lautet auf Deutsch und Russisch: „Zur Erinnerung an die Menschen, die hier lebten, Ostpreußen und Königsberg als ihre Heimat liebten, die von hier in die Ewigkeit Gottes gingen und deren Leiber hier, auf dem ehemaligen Luisenfriedhof beerdigt wurden. Jesus sagt: Ich lebe, und ihr sollt auch leben (Johannes 14:19). Kaliningrad, im Juli 2009. Der Kirchenvorstand.“

Bild: Neuman

ehemalige Propst Heye Osterwald, der Vorgänger von Propst Löber, der dieses Amt bis Herbst 2008 sechs Jahre lang bekleidet hat. Es folgten ihm der neue deutsche Generalkonsul für das Gebiet, Aristide Fenster. Er ist der dritte Generalkonsul seit Eröffnung des Generalkonsulates durch Cornelius Sommer im Jahre 2004. Ein Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche, Priester Jerzy Steckiewicz, brachte als Geschenk ein großes

weißes Tuch mit, in das all die Tränen der Sorgen, des Leidens und des Glücks geweiht werden können. Auch Vertreter der römisch-katholischen Kirche und der Baptistenkirche sowie der stellvertretende Vorsitzende der muslimischen Gemeinde der Stadt überbrachten ihre Glückwünsche zum Jubiläum. Vera Gast-Kellert, Erste Vorsitzende des Gustav-Adolf-Werkes, würzte ihre Rede noch mit einigen persönlichen Erlebnissen aus der Ent-

stehungsgeschichte der Kirche, bevor sie das Wort an Pfarrer i. R. Robert Wachowsky von der Königsberghilfe Bonn e. V. weitergab. Er gehört zu den Hauptakteuren dieses Jubiläums, denn die Errichtung des Gedenksteines auf dem Gelände der Kirche geht auf seine Initiative zurück und wurde fast ausschließlich von der Königsberghilfe Bonn e. V. finanziert.

Für den musikalischen Rahmen während der Feier sorgte auch

hier der „stimmgewaltige“ Posaunenchor aus Franken, der eigens mit seinem Bürgermeister Helmut Kürschner und einem großen Fass einheimischen Bieres als Gastgeschenk angereist war. „Etwas Werbung kann nicht schaden“, dachte sich der Bürgermeister und wies in seiner Rede zur Erheiterung der Gäste auch auf die touristischen Vorzüge seiner Heimat hin. Eine Liste aller an dieser Feierstunde Beteiligten und Grußwortsendern findet man im Internet unter [www.propstei-kaliningrad.info](http://www.propstei-kaliningrad.info).

Nach der Feierstunde in der Kirche trafen sich alle Anwesenden bei herrlichem Wetter im blumengeschmückten Garten des Kirchengeländes. Propst Löber und Pfarrer Wachowsky enthüllten unter dem Geläut der Kirchenglocken den Stein aus rotem Granit, der dort zum Gedenken an die Toten des früheren Luisenfriedhofs I aufgestellt worden ist. Bei der Aushebung des Fundamentes für die Kirche hatte man seinerzeit Knochen gefunden, die man an dieser Stelle erneut beigesetzt hat.

Für ausgelassene Stimmung zum Abschluss des Festes an diesem Tag sorgten die Jugendgruppe der Gemeinde mit ihren folkloristischen Tänzen und Liedern sowie der schon erwähnte Posaunenchor. Auch für das leibliche Wohl war bestens vorgesorgt. Bei frisch gezapftem Bier aus Bayern und herzhaften Speisen aus der Region entwickelten sich anregende Gespräche und neue Verbindungen zwischen Gemeindegliedern und den angereisten Besuchern.

Zum Abschluss gab es am Sonntag nochmals zwei Höhepunkte in der Jubiläumskirche: Einen Festgottesdienst mit Gesangsaufführungen und Posaunenbegleitung, dem mehr als 220 Gäste beiwohnten. Und eine wunderbare Konzertaufführung des staatlichen Symphonieorchesters unter der Leitung seines Dirigenten, Arkadi Feldmann. *Janne Neuman*

## Werbung verführt Jugendliche zum Alkoholismus

Rauchen und Biertrinken in der Öffentlichkeit gilt als chic – Initiative fordert den Spirituosenverkauf zu beschränken

Alkoholkonsum ist in Russland wieder zu einem besorgniserregenden Problem geworden. Ein Gesetzentwurf, der auf eine Initiative der orthodoxen Kirche zurückgeht, soll dem Problem zu Leibe rücken.

Dank intensiver Werbung gilt es unter russischen Jugendlichen als völlig normal, mit einer Flasche Bier in der einen Hand und einer Zigarette in der anderen über die Straße zu ziehen. Es gilt sogar als modern. Wehe dem, der sich mit einer Tüte Saft oder noch schlimmer Milch auf die Straße wagen würde. Seine Altersgenossen würden ihn ansehen, als gehöre er nicht dazu. Unter den Biertrinkern in Russland wächst Jahr für Jahr die Zahl der unter 15-Jährigen. Der Anteil der Mädchen, die Alkohol trinken, ist genauso groß wie jener der Jungen. In der Sowjetunion war jedes Getränk, auch wenn es nur kleine

Spuren Alkohol enthielt, für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verboten. Im Strafgesetzbuch heißt es, dass der Konsum alkoholischer Getränke, darunter auch Bier, in der Öffentlichkeit mit einer Geldstrafe belegt wird – aber die Einhaltung wird nicht überwacht. Die Polizei beklagt, dass es ihr an Personal fehle, aber viele Bewohner im Zentrum Königsbergs bestreiten das entschieden. Sie fühlen sich durch nächtliche Saufgelage auf den Straßen und Plätzen massiv in ihrer Ruhe gestört und werfen den Streifenpolizisten vor, überhaupt nichts gegen randalierende und betrunkene Jugendliche zu unternehmen.

Die jungen Menschen trinken nicht, weil sie sich den Besuch von Bars oder Cafés nicht leisten könnten. Meist tragen sie sogar teure Kleidung. In angetrunkenem Zustand versammeln sich manche

von ihnen um Müllbehälter und errichten auf ihnen eine improvisierte Tafel. Die mangelnde Hygiene scheint sie nicht zu stören. Sie lieben einfach das Extreme. „Das ist aufregend“, sagen sie. Vor kurzem schaltete sich Patriarch Kirill in die Diskussion um Alkoholismus in Russland ein. Bei der 13. „Welt der russischen Volkskirche“, welche die öffentliche Meinung auf dringende Zeitfragen aufmerksam machen will, kamen über 5000 orthodoxe Studenten in den Sportkomplex Izmailowo, in dem das Kirchenoberhaupt auftrat. Kirill sprach über das Thema „Die menschliche Seele und ihre Rettung vor den Verlockungen der Zivilisation im Licht der Globalisierung und der Weltfinanzkrise“.

### Kirche hat Bier den Kampf angesagt

Die anwesenden Kirchenvertreter, Politiker und Vertreter weltlicher Organisationen verabschiedeten eine Resolution mit dem Titel „Dringende Maßnahmen zum Schutz vor der alkoholischen Bedrohung“. Sollte die Duma diese Initiative unterstützen, dürfte Wodka nur noch in der Zeit von 19 bis 11 Uhr verkauft werden. Bier würde aus Kiosken ganz verschwinden.

Geistliche, Suchtforscher, Kardiologen sowie Vertreter der Polizei hatten die Resolution ausgearbeitet. Sie kamen zu dem Schluss, das Volk werde moralisch und physisch degenerieren, wenn Alkohol weiter so problemlos wie bisher jedermann zugänglich bliebe. Jedes Jahr sterben in Russland 700.000 Menschen an den Folgen des Alkoholmiss-

brauchs. Dabei trifft es in erster Linie Menschen, die mitten aus dem Arbeitsleben herausgerissen werden, also für die Produktion und als Steuerzahler ausfallen. Diese Menschen fallen auch als Eltern neuer Kinder aus, die das Land so dringend benötigen würde.

Die besondere Aufmerksamkeit der Kirche gilt dem Bier, weil laut Verbraucherdienstinformationen fast jeder dritte Jugendliche täglich Bier in großen Mengen trinkt. Die Versammelten forderten deshalb, Bier als starken Alkohol einzustufen und den Verkauf an Verkaufsständen und Kiosken zu verbieten. Wenn das Parlament diese Forderung unterstützt, wird es in Zukunft viele Getränke nur noch in Läden mit über 50 Quadratmetern Verkaufsfläche und in Restaurants geben.

Die wichtigste Forderung der Kirche ist, zum sowjetischen

System des Alkoholverkaufs zurückzukehren, das heißt, ihn stark zu beschränken auf die Zeit von 19 bis 11 Uhr. Jedoch gibt es die Befürchtung, dass solche Verbote nur den Schwarzhandel befähigen. Die Befürworter der Maßnahme weisen auf die Erfahrungen anderer Länder hin, in denen ein Verbot kurzfristig die Sterblichkeit, die Kriminalität und Zahl der Verwaltungsvergehen verringern und hingegen die Arbeitsproduktivität erhöhen konnte.

Kirill hat die Resolution an den Präsidenten und den Premierminister übergeben. Auf seine Initiative hin werden seit Anfang Juni Videoclips von einigen Sängern ausgestrahlt, die über die Schädlichkeit des Alkohols aufklären. Vier Filme wurden bereits gedreht, sechs weitere sollen entstehen, die alle im russischen Fernsehen ausgestrahlt werden. *Jurij Tschernyschew*

# Denkmal für Edvard Benesch

Brünn soll eine Kopie der Statue in Prag bekommen

Wer behauptet, Prag sei aus dem Schatten Edvard Beneschs längst herausgetreten und der Mitbegründer, Außenminister, Regierungschef und Präsidenten der Tschechoslowakei habe für die Prager Politik keine Bedeutung mehr, den straft ein überlebensgroßes Standbild Lügen, das vor dem tschechischen Außenministerium steht. Dieses Denkmal errichtete nicht etwa die kommunistische Tschechoslowakei, zu deren Zeiten kein Benesch-Denkmal entstand, sondern erst im Jahre 2005 das Nato- und EU-Mitglied Tschechische Republik, wobei der damalige Premier wie andere tschechische Spitzenpolitiker es sich nicht nehmen ließen, die Symbolkraft des Denkmals durch ihre Anwesenheit bei der Einweihung zu erhöhen.

Als ob es damit noch nicht genug wäre, wird nun wohl auch noch eine bereits gegessene Kopie des von Karel Dvorsk geschaffenem Werkes in Brünn aufgestellt. Das berichtet zumindest die „Sudentenpost“, das offizielle Organ der

Sudentendutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ).

Der geplante Standort der Kopie vor dem Gebäude der juristischen Fakultät werde, so Brünnns stellvertretender Bürgermeister Daniel Rychnovsky, „eine würdige Stelle sein, die auch darauf hinweisen wird, dass Präsident Benesch Jurist war“. Hinsichtlich der Finanzierung gab er bekannt, dass seine

**Brünn will die Hälfte der Kosten übernehmen**

Stadt für die Hälfte der Kosten von umgerechnet etwa 62 000 Euro aufkommen werde. Der Rest sei von Veteranen gesammelt worden.

Entrüstung hat das Vorhaben nicht nur beim SLO-Bundesobmann Gerhard Zeihsel ausgelöst. Der SLO-Obmann in Oberösterreich Peter Ludwig bezeichnete es als „beschämend und bezeich-

nend zugleich, dass gerade in jener Stadt, von der der „Brüner Todesmarsch“ seinen Ausgang genommen hat, ein Benesch-Denkmal errichtet werden soll“. Doch auch außerhalb der SLÖ regt sich Kritik. So wird der Vertriebenen- Sprecher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und Nationalratsabgeordnete Norbert Kapeller mit den Worten zitiert: „Ich finde es schier unglaublich, dass Tschechien wiederum nichts unversucht lässt, die Sudetendeutschen zu provozieren. Ob es die Benesch-Statue in Krummau war, jene vor dem tschechischen Außenministerium in Prag und nun eine ähnliche in Brünn – das beschämende Verhalten Tschechiens setzt sich nahtlos fort.“ Und weiter: „Glaubt man, ein zartes aufkeimendes Pflänzchen der Versöhnung und Aufarbeitung irgendwo entdeckt zu haben, findet sich schnell wieder eine tschechische Betonierfraktion, die alles zunichte macht. Tschechien gibt sich heute zwar europäisch offen, im Denken aber oft ewiggestrig.“ *Manuel Ruoff*

# EU einig über Entschädigung

Sudetendeutsche fordern gleiches Recht für Vertriebene

Zum Abschluss seiner EU-Ratspräsidentschaft haben sich die Tschechische Republik und 45 andere Staaten in der Erklärung von Theresienstadt auf die Rückgabe beziehungsweise Entschädigung des Eigentums geeinigt, das Juden vom NS-Staat weggenommen worden ist. Sollten die Opfer nicht mehr leben, sollen die Nachfahren in den Genuss der Wiedergutmachung kommen. In jenen Fällen, wo sich weder Opfer noch Nachkommen finden lassen, sollen die Erträge des Eigentums in einen Fonds fließen, aus dem Shoah-Opfer unterstützt sowie Aufklärungs- und Bildungsarbeit über die Judenverfolgung und -ermordung finanziert werden soll. Im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt soll ein europäisches Institut für das Vermächtnis des Holocaust mit Experten aus ganz Europa eingerichtet werden.

Gerhard Zeihsel, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), zeigte sich erfreut über die Erklärung von Theresienstadt. Es

sei aus Sicht der von ihm vertretenen Opfergruppe erfreulich, dass es in der Europäischen Union scheinbar eine Einstellungsänderung zu Eigentumsfragen gäbe, nachdem bisher – zumindest bei Restitutionsfragen altösterreichischer Vertriebenen – seitens der EU immer auf die Zuständigkeit der einzelnen Staaten verwiesen worden sei.

**Bis jetzt sollen nur jüdische Opfer entschädigt werden**

In diesem Zusammenhang erinnerte Zeihsel an die Besitzungen des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei, die während des Zweiten Weltkrieges erst durch NS-Behörden beschlagnahmt und nach dem Kriegsende dann auf Grundlage der Benesch-Dekrete von tschechoslowakischen Behörden als „deutsches

Eigentum“ enteignet worden seien. Und das, obwohl es sich beim Deutschen Orden um keine NS-Anhänger gehandelt habe, denn sonst wären die Besitzungen nicht eingezogen worden.

Wenn nicht mit zweierlei Maß gemessen werde, so Zeihsel optimistisch, würden wohl bald auch EU-Vertreter für die Restitution ehemaligen altösterreichischen Eigentums zusammentreten – es könnte ja diesmal in Wien sein.

Zeihsel's Vorschlag ist konsequent, denn die Gleichheit und hier vor allem die Rechtsgleichheit ist ein hohes Ideal der Aufklärung. Allerdings ist dort, wo moralische Überheblichkeit herrscht, die Doppelmaß meist nicht fern. Und so wird denn auch zu Recht der westlichen Wertegemeinschaft aus anderen Kulturkreisen der Vorwurf des „double standard“ gemacht. Es ist zu befürchten, dass auch diesmal wieder mit zweierlei Maß gemessen wird. Denn alle (Opfergruppen) sind gleich, nur einige sind gleicher. *M.R.*

## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun muss ich auf meine Erinnerungen zu sprechen kommen aufgrund eines Briefes von Frau Anna Maria Winkler, den ich soeben erhielt. Im wahrsten Worte „Erinnerungen“, denn dieses Wort habe ich in eines meiner ersten Bücher geschrieben, das ich für sie vor fast 70 Jahren in Ostpreußen so signierte: „Zur Erinnerung an den 25.7.40 in Gerdaun und an Ruth Geede“. Und diese Lesung einer „jungen ostpreußischen Dichterin“, wie Frau Winkler schreibt, blieb für die ehemalige Arbeitsmaid aus dem Reichsarbeitsdienst-Lager Herdenau unvergessen und wird in ihr geweckt, „wenn jeden Freitag die Post kommt und zuerst die Ostpreußische Familie gelesen wird. Vielleicht, so denke ich, weiß ich auch mal eine Auskunft oder kann einen Hinweis geben, doch der Zufall blieb aus.“ Kann sie doch, wenn auch bisher zu dem Königsberger Schauspieler Eberhard Gieseler keine Frage gestellt wurde, denn von diesem legt sie eine Widmung vor. Der Schauspieler hat sie auf ein Notenblatt geschrieben, als er fünf Jahre nach Kriegsende in der damals neu gegründeten LOW-Gruppe in Burgdorf bei Hannover sprach und eine nette Unterhaltung in heimatlicher Verbundenheit bot: „Zur freundlichen Erinnerung an den Ostland-Abend in Burgdorf am 26./IV.50“. Frau Winkler stellt mir dieses schon leicht vergilbte Notenblatt für mein Königsberg-Archiv zur Verfügung, ich bin aber auch mit einer Kopie zufrieden, falls jemand aus der Familie des Königsberger Schauspielers, der auch am Reichssender Königsberg mitwirkte, Interesse an dem Original hat oder aus anderen Gründen es gerne besitzen will. Ihnen, liebe Frau Winkler, herzlichen Dank, auch für die Anerkennung unserer Familienarbeit!

Der Nachwelt erhalten – das ist uns ein Anliegen, denn durch die vielen Fragen und Wünsche, vor allem aber durch die darauf folgenden Antworten wird viel Wissenswertes über unsere Heimat dokumentiert, was sonst in Vergessenheit geraten könnte, weil es in irgendwelchen Schubladen bisher unentdeckt geschlummert



Wer kennt jemanden auf diesem Hochzeitsfoto? Sachdienliche Hinweise bitte an die Tochter des Hochzeitspaares Dorothea Seggebruch, Volksdorf 6 in 31715 Meerbeck, Telefon 05721 / 2378

Foto: privat

hat. Und so werden manchmal verborgene Kenntnisse geweckt, weil sie plötzlich gefordert werden. Auch wenn man selber zu den Fragen, die in unserer Kolumne behandelt werden, nichts Konkretes sagen kann, so beschäftigt man sich doch mit den angeschnittenen Themen und kann auf Möglichkeiten hinweisen, die zu einer Lösung führen. Und immer profitiert man selber, wenn man feststellen kann: Das habe ich ja überhaupt nicht gewusst! So gesteht Frau Ilse Pruß aus Ulm: „Bis vor zehn Jahren wusste ich kaum etwas von Ostpreußen. So freue ich mich jetzt in jeder Woche, wenn das Ostpreußenblatt kommt. Sehr viel durfte ich daraus schon erfahren, und ich freue mich, dass mein heute 40-jähriger Sohn so viel Interesse an der Zeitung zeigt.“ Dass sie sozusagen „Ostpreußen aus erster Hand“ vermittelt bekommen, lag an einer „wunderbaren Fügung“. Erst im hohen Alter begegnete sie dem damals 85-jährigen Juristen und Heimatforscher Paul Pruß aus Lyck, und in den folgenden drei gemeinsamen Jahren, die ihnen verbunden, lernte sie Ostpreußen durch seine Arbeiten kennen, die auch nach seinem Tode ihr Leben bestimmen. So konnte sie bewirken, dass er

in der neuen Litauischen Enzyklopädie aufgeführt wird. Übersetzt lautet die Eintragung: Pruß (Thomas) Paul (\* 17.VIII.1912 in Lyck, † 18.XI.1999 in Ulm, Jurist, Heimatforscher. Nach dem Studium arbeitete er von 1937 bei den Gerichten von Königsberg und Tilsit, nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland. Mitglied der Tolkmiete. Nach den Erzählungen seines Vaters und Großvaters hat er, unter Mithilfe seiner Frau Ilse Pruß, eine Chronik des Dorfes Saleschen geschrieben. Er wurde mit Anerkennungsschreiben ausgezeichnet.“ Zu dieser Chronik: Es gibt viele Orte dieses Namens in Ostpreußen, hier handelt es sich um Saleschen, Kreis Treuburg, das in Tannau umbenannt wurde und von den Polen „Zalesie“ genannt wird. Aus diesem, zum Kirchspiel Schwentainen gehörenden kleinen Ort kommt die Familie Pruß, der Großvater von Paul Pruß war Töpfermeister, die Ahnenliste ist in der „Altpreußischen Geschlechterkunde“ enthalten.

Zu einigen dieser Namensträger hat die Witwe des Chronisten noch immer Verbindung, und eine ganz besondere besteht zu einem heute in Brasilien lebenden Landsmann, dessen Großmutter Justine Schmidt geborene Pruß nach dem Ersten Weltkrieg nach Brasilien kam. Sie stammte aus Saleschen und hat immer Heimweh gehabt. Der Enkel erinnert

sich, dass sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs besonders unter dem Schicksal ihrer Heimat litt. Helmuth Schmidt schrieb in einem Brief an Frau Ilse Pruß über dieses Heimweh: „Sie ging dann immer an einen Koffer und hat ein rotes Buch rausgeholt und darin waren ein paar Blätter von Eichen, und hat dann bitter geweint. Diese Blätter waren von dem Baum aus Ostpreußen, aus Saleschen, sie wusste von dem Leid dieser Menschen, die fliehen mussten, hat immer gesprochen von der Heimat, und so wurde ich auch erzogen.“ Es ist wirklich bewundernswert, dass sich der Enkel, der nie eine deutsche Schule besucht hat, so gut in der Sprache seiner Großmutter ausdrücken kann, sie hat sie ihm beigebracht. Justine besaß auch viele Aufzeichnungen, wahrscheinlich Familiendokumente, aber „die haben die Termiten gefressen, als wir sie in einem hohlen Baum verstecken mussten, weil Deutsch nicht so gelitten war.“ Jetzt ist das anders, und Helmuth Schmidt liest mit Begeisterung alles über Ostpreußen, was Frau Pruß übermittelt hat, vor allem die Heimatbriefe der Kreisgemeinschaften Lötzen, Lyck und Fischhausen. Er fühlt sich so ganz als Ostpreuße in seiner Naturverbundenheit, die ihn wohl dazu bewegt hat „Tecnico Florestal“ zu werden. Seine Finca, „zu der die größten

Autoritäten spazieren kommen“, ist ein Paradies. Ich werde ihm jetzt die PAZ mit dem Ostpreußenblatt zusenden lassen, um die Verbindung noch zu festigen.

Wir werden noch mehr hören – so hatte ich in Folge 30 geschrieben, als ich die ersten Erfolge auf die Suchfragen von Frau Dorothea Seggebruch melden konnte, die nach den Familien ihrer Eltern Karl Neumann und Anna geborene Milkereit und Menschen aus deren damaligem Umfeld fragte. Ich hörte auch etwas mehr, als ich bei Frau Seggebruch anrief – wenn ich nachhassen muss, mache ich dies gerne telefonisch, deshalb bitte ich möglichst in allen Anschriften auch die Telefonnummer anzugeben –, und zwar erfuhr ich, dass es ein Hochzeitsfoto ihrer Eltern gibt. Mit diesem verbindet Frau Seggebruch nun noch eine weitere Frage: Wir bringen heute das im Februar 1936 aufgenommene Bild, auf dem das

in 31715 Meerbeck, Telefon 05721 / 2378.)

Immer wieder taucht in unserer Ostpreußischen Familie der Städtename Heiligenbeil auf, zumeist in Verbindung mit dem furchtbaren Geschehen im sogenannten „Heiligenbeiler Kessel“, der auch im Fokus der Bemühungen von Herrn Horst Doerfer um eine Klärung des Schicksals seines dort vermissten Vaters steht. Wir haben seinen Suchwunsch eingehend behandelt, und er dankt uns sehr dafür, obgleich es keinen auf die direkte Suche bezüglichen Erfolg gab. Herr Doerfer schreibt:

„Ihnen, liebe Frau Geede, aber auch mit einbezogen Herrn Böttcher, danke ich sehr herzlich für dieses Aktivwerden in eigener Sache. Damit lege ich den Fall, zu den Akten“, da die Zeit nach so vielen Jahren mir diese Einsicht gibt. Irgendwie hat sich das Bemühen um den Vater – weiteres Licht in das Dunkel jener Zeit zu bringen – für mich doch noch geholt. Und es kam noch zu zwei weiteren Anrufen. Eine aus Heiligenbeil stammende Dame aus Velbert teilte mir mit, dass auch ihr Vater verletzt in Heiligenbeil im dem Lazarett lag, das sich im

**Die ostpreußische Familie**



Ruth Geede

Foto: Pawlik

Haus der Haushaltungsschule Schröder befand. Anfang Februar 1945 wurde er verlegt, kam in den Westen und erneut in den Einsatz, denn er geriet in englische Gefangenschaft. Er wurde nach Kriegsende entlassen, ist dann aber bald verstorben.“

Ein anderer Anrufer gab Hinweise auf das Versorgungsmat, über das er nach seiner Entlassung aus russischer Gefangenschaft seine Angehörigen fand. Fanzit von Herrn Doerfer: Trotz der vielen, vielen vergangenen Jahre bewirkt die Ostpreußische Familie noch immer metaphysische Kräfte, die zu diesen Aussagen führen.

Eure

*Ruth Geede*

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)







**Landsmannschafft. Arbeit**  
Fortsetzung von Seite 16

gust, 15 Uhr, Frauengruppe mit Ursula Schubert im GHH, Ostpreußenzimmer 412. - Dienstag, 25. August, 19 Uhr, Vortrag von Udo Arnold über „Hermann von Salza - Hochmeister vor 800 Jahren“ im Konferenzraum des GHH. - Donnerstag, 27. August, 19 Uhr, Vortrag von Klaus Oldenhage „Geheime Akten, vertrauliche Gespräche - Die deutsche Einheit aus nächster Nähe“ im Konferenzraum des GHH.

**Ennepetal** - Donnerstag, 20. August, 17 Uhr, Monatsversammlung, Grillen bei Ursel und Rudolf Brozewski, Kämpershausweg 8.

**Haltern** - Dienstag, 18. August, Halbtagesausflug zum Mühlenhof-Museum in Münster. Abfahrt um 12.45 Uhr ab Kärntner Platz. - Sonnabend, 29. August, 17 Uhr, Tag der Heimat am Mahnmahl.

**Neuss** - Das große traditionelle Grillfest der Ostpreußen in Neuss wurde in der Cornelius-Pfarrkirche in Erfthal gefeiert. Der Wettergott war nicht bei bester Laune. Peter Pott und seinem Team war der Schrecken anzusehen, als die kräftigen Schauer niederprasselten. In diesem Jahr stand der Festsaal wegen Renovierung nicht zur Verfügung, alles fand im Garten statt. Aber was glauben Sie, echte Ostpreußen lassen sich doch von Schauern nicht die Stimmung verderben. Sie rückten unter den Zel-

der Ostpreuße Richard Schirrmann das „Deutsche Jugendherbergswerk“ auf der Burg Altena, hoch über dem Lennetal gelegen. Aus diesem Grund findet auf Burg Altena im Märkischen Kreis Ende August die Eröffnung einer Gedenkveranstaltung statt. Aus diesem Anlass erscheint eine Sonderbriefmarke 55 Cent und eine Silbergedenkmünze zu 10 Euro. Für motorisierte Besucher der Ausstellung befinden sich Parkplätze am Lennepark, Lennestraße. Bitte eventuelle Parkplatzänderungen vor Ort beachten.

**Witten** - Donnerstag, 27. August, 15.30 Uhr, Vortrag von Erika Blaszczyk: „Die Stadt Danzig - Die Geschichte und Gegenwart“. Die Rednerin berichtet von ihrer Kindheit nahe Danzig. Sie erzählt von den Grausamkeiten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, von Flucht und Vertreibung, von schlimmen Erlebnissen, die sie als Mädchen durchleben musste. Sie berichtet aber auch von wunderbaren Kindheitserlebnissen, vom Zusammenhalt der Menschen und der großartigen Natur. Ihr Buch ist eine Hommage an einen einzigartigen Landstrich und seine unverwechselbaren Bewohner und zudem ein Zeitdokument von großer Authentizität.

**RHEINLAND-PFALZ**  
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Mainz** - Mittwoch, 19. August, Schiffs-Kaffeefahrt in den Rheingau mit der Primus-Linie. Abfahrt 14.30 Uhr ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie. - Sonnabend, 22. August, Tag der Heimat in Berlin im ICC Berlin, Saal 1, Neue Kantstraße / Ecke Messedamm. Das Leitwort lautet: Wahrheit und Gerechtigkeit - Ein starkes Europa!

**SACHSEN**  
Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlezer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826.

**Dresden** - Sonntag, 23. August, 10 Uhr, Diskussionsrunde „Zeitgeschichte: Krieg, Vertreibung, Aussöhnung und Austausch“ vom Politischen Jugendring Dresden e. V., Reckestraße 1. - Sonnabend, 29. August, 10 Uhr, Tag der Heimat des Heimatverbandes Dresden, Meißner, Sächsischer Schweiz im Dresdner Rathaus. Festredner: Bundeskanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) angefragt.

**SACHSEN-ANHALT**  
Vors.: Bruno Trinkowski, Hans-Löschner-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

**Aschersleben** - Mittwoch, 19. August, 14 Uhr, Frauennachmittag im Bestehornhaus, Hecknerstraße 6.

**Dessau** - Montag, 17. August, 14.30 Uhr, Treffen der Singegruppe im Waldweg 14.

**Magdeburg** - Freitag, 28. August, 16 Uhr, Singeprobieren im TUS Neustadt.

Die Seiten der „Heimatarbeit“ finden Sie auch im Internet-Archiv unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

**Ein Rechtsstreit droht!**  
Der Verkehrs-Rechtsschutz vom ADAC hilft.  
NEU: Verkehrs-Rechtsschutz rund um Auto, Leasing und Busse. Keine Selbstbeteiligung. Für Sie für ADAC-Mitglieder nur €3,20 im Jahr.  
ADAC

dächern zusammen und machten einander auf Plätze aufmerksam, die doch noch nass wurden. Und es waren trotz des schlechten Wetterberichts viele gekommen. Es wurde Deftiges vom Grill, Kuchen, auch selbstgebacken, Bier vom Fass und nicht alkoholische Getränke angeboten. Peter Pott machte seine Runde mit „Bärenfang“ und „Pillkaller“. Schließlich waren alle, die das Gelingen mitgestaltet hatten, müde aber glücklich. Danke allen Helfern und Spendern.

**Siegen** - Der Vorsitzende Anton Olbrich (früher Liebenberg, Kreis Osterode) weist schon jetzt auf die BdV-Veranstaltung zum Tag der Heimat hin. Kranzniederlegung und Gedenkworte am Ostdeutschen Ehrenmal, Oberes Schloss in Siegen, Freitag, 18. September, 17.30 Uhr. - BdV-Veranstaltung „Tag der Heimat mit kulturpolitischem Programm: Sonntag, 20. September, Bismarckhalle, Siegen-Weidenau. Die Gruppe plant einen kleinen Bücherstand im Foyer der Bismarckhalle. Für den Schriftenstand sind Klaus-Josef Schwittay (früher Kreis Allenstein) und Kulturwart Schneidewind zuständig. Der Vorstand bittet um rege Teilnahme der Mitglieder. - Der Kulturwart nahm an einer BdV-Veranstaltung im Märkischen Kreis mit dem Thema „Ostpreußen“ teil. Es wurden zwei Filme gezeigt, „Ostpreußen gestern und heute“. Der Kulturwart begleitete die beiden Filme mit Texten zur ostpreussischen Geschichte und Kultur. - Im Jahr 1909 gründete

**AUS DEN HEIMATKREISEN**

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

**ALLENSTEIN STADT**

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

**Busreise in die Heimat** - Nach dem Erfolg im vorigen Jahr hat die Stadtgemeinschaft Allenstein wiederum zusammen mit der Kreisgemeinschaft Neidenburg auch in diesem Sommer eine zehntägige Busreise nach und durch Ostpreußen unternommen. Standort für sechs Tage war wieder das Hotel Anders in Alt Jابلонken, das am Kleinen Schillingsee sehr schön gelegen ist, ein reichhaltiges und gutes Buffet bietet und auch einen günstigen Ausgangspunkt für die Fahrten nach Allenstein und Neidenburg wie für einige Ausflugsfahrten darstellt. Etwas Neues und Besonderes gab es schon auf der Hinfahrt zu sehen, die zwischen Konin und Bromberg im Jahr 2004 eingeseegnete Basilika von Lichen, das größte sakrale Bauwerk in Polen, das besonders mit der Kuppel dem Petersdom in Rom nahefehrt. Im Altar wurde 2006 auch das Wunderbild angelegt, das nach einer Marienerscheinung 1850 im Wald gefunden und dann in der Kirche von Lichen angebracht wurde und jetzt als „Sanktuarium der Gottesmutter von Lichen“ das bekannteste Mariensanktuarium in Polen und eine bedeutende Wallfahrtsstätte ist.

**Am ersten Aufenthaltstag** in Ostpreußen wurden natürlich die beiden Heimatstädte besucht. Die Neidenburger freuten sich, ihre Burg in gut restauriertem Zustand und auch ihre beiden Kirchen wiederzusehen. Die Häuser um den Marktplatz machten dagegen keinen guten Eindruck. In Allenstein ist es dagegen gerade der Marktplatz, der mit seinen Laubengängen und vielen Straßencafés gern zum Verweilen einlädt. Die Allensteiner trafen sich dort auch ohne Verabredung nach dem Besuch des Kopernikushauses und der AGDM. Vom Turm des Schlosses genoss man den Rundblick auf die Türme der Stadt wie auf die evangelische Pfarrkirche das Neue Rathaus, die Herz-Jesu-Kirche, das Hohe Tor, die St.-Jakobi-Kirche und die Garnisonkirche wie in alten Zeiten. Nach persönlichem Bezug wurde das eine oder andere Bauwerk noch näher aufgesucht. Wer in die Herz-Jesu-Kirche kam, hatte das Glück, gleich ein mächtiges Orgelkonzert zu hören.

**Die erste Ausflugsfahrt** führte alle über Elbing und Cadinen nach Frauenburg, wo es leider zu keinem Dombesuch, dafür aber zu einer schönen Schiffsfahrt über das Frische Haff nach Kahlberg kam. Der große Rummel am Hafen war aber leider nicht das, was man von dem schönen Ostseebad auf der Frischen Nehrung erwartet hatte. Der Ausflug am nächsten Tag brachte eine große Rundfahrt durch Masuren und zunächst den Besuch der Wallfahrtskirche Heiligelinde mit einem halbstündigen Orgelkonzert. Der Besuch von Lötzten war mit einer Stunde zwar knapp bemessen, aber die schöne Lage am Wasser und einen bunten Wochenmarkt konnte man doch genießen. Die Weiterfahrt mit dem Bus durch die Seenlandschaft brachte uns in Nikolaiken mit zwei Stunden Aufenthalt mehr Zeit und Gelegenheit, am Wasser und durch die Stadt zu spazieren, auch wenn hier der große und laute Betrieb mit Buden und Ständen nicht jedermanns Geschmack war. Den Stinthenst konnte

man gleich dreimal wahrnehmen, original im Wasser schwimmend, als Denkmal an der Brücke und als Brunnenfigur auf dem Marktplatz. Die Lutheraner zog es auch zur schlichten und doch eindrucksvollen Kirche, die heute noch protestantisch ist.

**Am vierten Tag in Ostpreußen** fanden zwei Festveranstaltungen statt - leider zur gleichen Zeit. Das Sommerfest der deutschen Vereine in Hohenstein, über das das Ostpreußenblatt schon am 1. August berichtet hat und an dem auch die Allensteiner teilnahmen, konnte von den Neidenburgern nicht besucht werden. Sie feierten in Heidemühle das 15jährige Bestehen des Neidenburgers deutschen Vereins mit Gottesdienst und gemeinsamen Essen, was bei besserer Koordination auch am nächsten ohnehin freien Tag hätte geschehen können. Einen gemeinsamen Ausflug gab es dann aber wieder. Die als Kutschfahrt angepriesene Kremserfahrt führte eine halbe Stunde lang durch die schöne Landschaft, bevor es dann ein Essen mit polnischen Spezialitäten gab. Eine studentische Folkloregruppe erfreute mit etlichen Tänzen und Gesängen. Am nächsten Tag musste schon wieder die Rückreise angetreten werden. Sie hielt aber eine angenehme Unterbrechung mit einem zweistündigen Aufenthalt in Thorn bereit. Auch wenn hier die meisten schon öfter einen Rundgang gemacht haben, erfreuen doch immer wieder die Blicke auf die Weichsel und die Stadttore, die Kirchen und auf das Rathaus. Bemerkenswert ist auch stets das besondere Flair der lebhaften Kopernikusstadt. Ein weiterer Aufenthalt in Gnesen fiel wesentlich kürzer aus, aber er ermöglichte immerhin den Besuch der alten Kathedrale. Übermachtet wurde, wie schon auf der Hinfahrt, im Hotel Sen in Schwiebus, das nicht nur mit zwei Kirchenfassaden zumindest einen kleinen Rundgang lohnt. Am zehnten und letzten Reisetag ging es über die Oder bei Frankfurt wieder „heim ins Reich“. Es war insgesamt eine schöne und befriedigende Reise, die auch durch das konstant gute Wetter begünstigt

wurde. Zum Gelingen beigetragen haben auch Frau Barbara, die auf den beiden großen Ausflugsfahrten mit Informationen, ostpreussischen Vertelkes und Liedern alle erfreute, Frau Alicia, die alle auf den vielen Busfahrten mit Getränken versorgte, und natürlich der Fahrer Johann, der mit Umsicht und Routine die lange Tour bewältigte. Das würdige auch Dr. Ernst Jahnke in seinem poetischen Reiserückblick. Es wird für viele sicherlich nicht die letzte Reise in die alte Heimat gewesen sein.

**ALLENSTEIN LAND**

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

**Kreisausschusssitzung** - Kürzlich kamen der Kreisausschuss und der Vorsitzende des Kreisausschusses nebst Stellvertreter in den Ostdeutschen Heimatstuben in Hagen/Westfalen zur 13. Kreisausschusssitzung zusammen. Es galt, ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Der Kreisvertreter gab zunächst einen Überblick über die Arbeitstage der ostpreussischen Kreisvertreter in Bad Pyrmont, insbesondere zu den Themen Internetportal, Bildarchiv Ostpreußen und die Rechtsstellung der Deutschen Minderheiten im südlichen Ostpreußen. Bischof Maximilian-Kaller-Gedächtnisstein. Der Kreisausschuss fasste einstimmigen Beschluss darüber, dass für die Einweihung ein mehrseitiges farbiges Falblatt mit dem Lebensbild des letzten deutschen Bischofs und über den Zweck und die satzungsmäßigen Aufgaben der Kreisgemeinschaft in deutscher und polnischer Sprache gedruckt und in ausreichender Zahl zum Verteilen an die Besucher bereit

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Wir haben Abschied genommen von  
**Dr. Dr. Werner Rehse**  
geb. am 25. Juni 1922 in Palmnicken  
gest. am 25. Juli 2009 in Gladbeck  
Angehörige und Freunde

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Das Ostpreußenblatt  
Buchstraße 4 · 22087 Hamburg  
Telefon 0 40 / 41 40 08 47  
Fax 0 40 / 41 40 08 51  
[www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

In wie viel Not hat nicht der gnädige Gott über dir Flügel gebreitet!  
Nach einem langen, arbeitsreichen Leben mit Höhen und Tiefen ist meine Schwester, unsere Tante und Cousine heimgegangen.  
**Ella Buttkus**  
\* 10. 11. 1914 Groß Lappienen/Ostpreußen  
† 3. 8. 2009 Braunschweig  
In stiller Trauer im Namen aller Angehörigen  
**Charlotte Risko**, geb. Buttkus  
**Ulrike Scholz**  
Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,  
Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit  
Auf Wunsch der Verstorbenen findet die Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis statt.  
Behrens Bestattungen, Telefon 05 31 / 8 32 04.

Nach einer langen schweren Krankheit bedeutet der Tod eine Erlösung. Dieses Wissen erleichtert den Abschied von meinem liebevollen Lebensgefährten, unseren lieben Vater und Opa, meinem lieben Bruder und Onkel  
**Arnold Sparka**  
Bankdirektor a. D.  
\* 12. November 1923 † 1. August 2009  
In stiller Trauer  
**Waltraud Greibke**  
**Norbert Sparka und Frau Ingrid Ostrowski**  
**Petra Gieslerk**, geb. Sparka und **Norbert Gieslerk**  
**Sarah Gieslerk**  
**Maren Gieslerk und Dennis Kuhn mit Jeremy-Noël Ruth Mehrmann**, geb. Sparka  
**Yvonne Mehrmann und Ehemann Thomas Kreie**  
Traueranschrift: Norbert Sparka, Börnstraße 4, 30173 Hannover

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 17

gehalten werden soll. Kreisvertreter Herbert Monkowski wird an den Feierlichkeiten, zu denen auch der Primas von Polen und der Visitor Ermland aus Münster erwartet werden, teilnehmen.

**Ermlandertreffen in Dietrichswalde 2009** – Die Kreisgemeinschaft ist an der Ausrichtung nicht beteiligt. Oswald Massner, stellvertretender Kreistagsvorsitzender, wird vor Ort zugegen sein.

**Bruderhilfe Ostpreußen** – Die von der Landsmannschaft Ostpreußen zugeteilten Mittel sind bei der Kreisgemeinschaft eingegangen. Die Aktion, die unter der Leitung des Kreisvertreters steht, hat begonnen. Etwa 250 Heimatverbände werden nach einer Liste des Heimatvereins mit einer Geldspende in Höhe des Vorjahres bedacht.

**Der Schatzmeister** berichtete über den Kassenbestand und stellte den Haushaltsplan 2009 vor.

**Der Schriftleiter des Heimatjahrbuches** gab einen Situationsbericht. Er bittet die Veranstalter von Orts- und Kirchspieltreffen, ihm einen Kurzbericht mit Bildern von der Veranstaltung zukommen zu lassen. Er ist bereit, die Berichte erforderlichenfalls zu überarbeiten. Der Schriftleiter hat einen neuen – stets bereiten – Faxanschluss. Dieser lautet: (02331) 933 1234.

**Ein Heimatkreistreffen findet in diesem Jahr nicht statt.** Unsere Landsleute haben jedoch Gelegenheit, an dem Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein am 19. und 20. September im Schloss in Gelsenkirchen-Horst, Turfstraße teilzunehmen.

**Kreisversammlung 2009** – Diese findet am 5. September im Großen Sitzungssaal des Rathauses in Hagen am Teutoburger Wald statt. Der neue Kreistagsvorsitzende Johann Certa wird die Mitglieder form- und fristgerecht einladen.

**Die nächste Kreisausschusssitzung ist am 4. September (Freitag) um 15.30 Uhr** in den Ostdeutschen Heimatsuben in Hagen/Westf., Hochstraße 74. Es sind insbesondere Vorbereitun-

gen für die Kreiswahl 2010 zu treffen.



## ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski, Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

**Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, kommt zu den Angerburger Tagen am 19. und 20. September 2009** – Vor 60 Jahren, am 9. Juli 1949, wurde im Fasanenkrug in Hannover-Bothfeld die Kreisgemeinschaft Angerburg gegründet. Das erste Kreistreffen wurde bereits von etwa 500 Angerburgern besucht. An die mühevollen Gründung der Kreisgemeinschaft wollen wir uns am 19. und 20. September 2009 in der schönen Kreisstadt Rotenburg (Wümme) gemeinsam erinnern. Wir werden deshalb die 55. Angerburger Tage am Sonntag, 19. September 2009, 9 Uhr, mit einem Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche auf dem Rotenburger Kreishausgelände für die Opfer von Flucht und Vertreibung sowie aller Toten des Zweiten Weltkrieges einleiten. Es folgt im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses die Sitzung des neuen Kreistages (Delegiertenversammlung) unserer Kreisgemeinschaft. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl des Kreisvertreters und von sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Die Sitzung ist öffentlich und eine gute Möglichkeit, sich aus erster Hand über die Arbeit des Vorstandes im Kalenderjahr 2008 und die Lage der Kreisgemeinschaft zu informieren. Danach besteht Gelegenheit zu einer Busfahrt (Kaffeefahrt). Der Preis für die Busfahrt beträgt 10 Euro einschließlich Kaffee und Kuchen. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen wird um eine vorherige Anmeldung

unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 4. September 2009 an Brigitte Junker, Sachseweg 15, 22455 Hamburg, gebeten. Die übrigen Besucher treffen sich ab 14 Uhr im Bürgersaal bei Kaffee und Kuchen oder besuchen das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum. Das Angerburger Zimmer ist am Sonntag und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet. Der Heimatabend um 20 Uhr im Bürgersaal wird von Bernd Krutzinna musikalisch gestaltet. Er ist 1947 in Bad Schwartau geboren mit ostpreussischen Wurzeln. Bernd Krutzinna will mit seinen Liedern an Ostpreußen erinnern. Für seinen musikalischen Auftritt auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2008 in Berlin bekam er dafür großen Beifall.

**Am Sonntag, 20. September, 9 Uhr**, werden die 55. Angerburger Tage mit einem Festgottesdienst mit Abendmahlfest in der Michaelskirche in der Bischofstraße fortgesetzt. Alle Angerburger sowie deren Freunde treffen sich danach um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums zur Feierstunde. Dort wird der Sprecher unserer Landsmannschaft, Wilhelm v. Gottberg, auf die Gründung der Kreisgemeinschaften wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eingehen. Die Ausführungen unseres Sprechers sollte sich niemand entgehen lassen. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis sowie deren Freunde zum gemütlichen Teil im Bürgersaal. Gelegenheit zum Mittagessen und Kaffeetrinken besteht ebenfalls im Bürgersaal. Vergessen Sie aber nicht rechtzeitig ein Zimmer bei den bekannten Hotels in Rotenburg (Wümme) oder Umgebung zu buchen. Nutzen Sie die Gelegenheit 64 Jahre nach Flucht und Vertreibung und 60 Jahre nach Gründung der Kreisgemeinschaft Angerburg mit Ihren Nachkommen alte Freunde zu treffen und Freundschaften aufzufrischen sowie über die schwierige Nachkriegszeit zu sprechen. Durch Ihren Besuch der 55. Angerburger Tage tragen Sie auch zur Erhaltung des kulturellen Erbes unserer Heimat als Teil der deutschen Geschichte bei. Freuen Sie sich auf die

Angerburger Tage am 19. und 20. September in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme) und halten Sie uns weiterhin die Treue.



## BRAUNSBURG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin, Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (0251) 4926051.

**Das nächste Kreistreffen findet am 26. und 27. September in der Patenstadt Münster statt** – Tagungsort ist die Johanniter-Akademie in der Weißenburgstraße. Programm: Sonntag, 26. September, 15 Uhr, Mitgliederversammlung, Totengedenken, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters Manfred Ruhnau, Kassenbericht von Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht des Kassenprüfers, Aussprache zu den Berichten, Entlastung des Vorstandes, verschiedenes. Anschließend Begegnung der Landsleute aus den Städten und Dörfern des Kreises. 18 Uhr: Abendessen in der Kantine der Johanniter-Akademie. 19 Uhr: geselliges Beisammensein. Sonntag, 27. September, 8.30 Uhr, katholischer Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, Metzgerstraße. Zelebrant: Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. Unsere evangelischen Landsleute sind herzlich eingeladen. 10.30 Uhr, festliche Stunde im Saal neben der Rezeption in der Johanniter-Akademie. Festvortrag von Bärbel Beutner: Fanny Lewald (1811–1889) Königsbergerin, Schriftstellerin, Verfechterin der Emanzipation im 19. Jahrhundert. 14 Uhr: Der Vorstand gibt Auskunft über Vorhaben und die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft. Anschließend geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und Zeit für Gespräche. Anmeldung zum Kreistreffen mit Hotelzimmer bitte direkt vornehmen: Johanniter-Akademie, Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145, Fax (0251) 796642, E-Mail: info@juh-akade-

## Seminar Werkwoche

**Hamburg / Bad Pyrmont** – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreussischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtenmähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

*Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreussischen Landesmuseum, Lüneburg.*

mie.de. Preis für ein Doppelzimmer mit Frühstücksbuffet: 80 Euro. Preis für Einzelzimmer mit Frühstücksbuffet: 57 Euro. Tagungsgäste, die am Sonntag, 27. September, am Mittagessen teilnehmen möchten, melden sich bitte ebenfalls bei Frau Schwarze. Tiefgarage im Haus. So kommen Sie mit dem Bus vom Hauptbahnhof zur Johanniter-Akademie: Fahren Sie mit der Linie 2 (ab Haltestellebereich C2) Richtung Clemenshospital bis Haltestelle Heilig-Geist-Kirche. Von dieser Haltestelle aus überqueren Sie die Grünfläche und gehen gegenüberliegend auf die Weißenburg-Straße zu. Die Rezeption befindet sich im ersten Gebäude hinterrücks.



## HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Siegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

**Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. legt die Wahlvorschlagsliste für die Wahl des Kreistages (Gesamtverband) vor**, welcher in der Mitgliederversammlung am 12. September 2009 (nach Paragraph 6 der Satzung vom 10. September

2005 und der Wahlordnung vom 6. September 1997) gewählt werden soll. Es liegen nach vorangegangener Aufforderung gemäß Rundschreiben von Juli 2009 an alle eingetragenen Mitglieder folgende Wahlvorschläge vor: **Kirchspiel 01 – Balga**; Kirchspielvertreter: Neumann-Holbeck, Günter, geb. 27.02.1931, aus Follendorf, wohnhaft in 21149 Hamburg, Neuhäger Bahnhofstraße 71, Telefon (040) 7016862; Stellvertreter: Ohnesorge, Erwin, geb. in Balga, wohnhaft 22047 Hamburg, Tilsiter Straße 63c. **Kirchspiel 02 – Bladiu**; Kirchspielvertreter: Wien, Konrad, geb. am 15.02.1935, aus Groß Windkeim, wohnhaft in 21075 Hamburg, Alter Postweg 64, Telefon (040) 30067092; Stellvertreter: Milewski, Wolfgang wohnhaft in 53879 Euskirchen, Carmanstraße 11, Telefon (02251) 59603. **Kirchspiel 03 – Brandenburg**; Kirchspielvertreter: von Platen, Hans-Hartwig, geb. am 02.04.1953, Vorfahren stammen aus Brandenburg, wohnhaft in 74257 Untereichheim, Im Scharfhaus 17, Telefon (07132) 43964; Stellvertreter: Perbandt, Ernst, geb. am 12.03.1931, in Brandenburg, wohnhaft in 26931 Elsfeld, Telefon (04404) 2295. **Kirchspiel 04 – Deutsch Thierau**; Es liegen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 05 – Eichholz**; Es liegen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 06 – Eisenberg**; Kirchspielvertreterin: Stelljes,

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 19



Auch für 2010 wird wieder ein Begleiter durch das Jahr mit Motiven aus Ostpreußen erscheinen. „Ostpreußen und seine Maler 2010“ enthält Motive aus Masuren, aus Königsberg und Allenstein, vom Frischen Haff und der Kurischen Nehrung oder vom Samland, gemalt von bekannten Künstlern. Der Kalender ist für die Leser dieser Zeitung bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 20 Euro (inklusive Versandkosten) erhältlich.

Bestellungen direkt beim  
Schwarze Kunstverlag,  
Richard-Strauss-Allee 35,  
42289 Wuppertal,  
Fax (0202) 63631

Wilhelm Eisenblätter:  
An der Pfarrkirche  
in Preußisch Holland

Foto: Kalender

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 18

Helga, geb. 21.08.1954, Vorfahren stammen aus Rauschbach, wohnhaft in 27574 Bremerhaven, Hertzstraße 11, Telefon (0471) 306575; Stellvertreterin: Ruhnke, Elke, geb. am 15.04.1966, Vorfahren stammen aus Eisenberg und Hohenfürst, wohnhaft in 42369 Wuppertal, Remscheiderstraße 195, Telefon (0202) 461613. **Kirchspiel 07 – Grunau-Alt Passarge:** Kirchspielvertreterin: Schemmerling de Claret, Heidrun, geb. am 18.06.1939 in Lank, wohnhaft in 79848 Bonndorf, Im Letten 14, Telefon (07703) 7980; Stellvertreter: Roos, Dieter, geb. 15.11.1954, Vorfahren stammen aus Hohenfürst, wohnhaft in 53604 Bad Honnef, Auf der Helte 13, Telefon (02224) 4179. **Kirchspiel 08 – Heiligenbeil-Land:** Kirchspielvertreter: Coch, Martin, geb. am 22.03.1935, in Heiligenbeil-Abbau, wohnhaft in 50226 Frechen, Im Flachgarten 13, Telefon (02234) 57814; Stellvertreter: Perbandt, Christian, geb. am 26.10.1960, Vorfahren stammen aus Schirten, wohnhaft in 31275 Lehrte, Im Stegfeld 1, Telefon (05132) 57052. **Kirchspiel 09 – Heiligenbeil-Stadt:** Sasseremann, Siegmund, geb. 1939 in Heiligenbeil, wohnhaft in 90518 Altdorf, Röhrenbacherstraße 15, Telefon (09187) 8399; Hoffmann, Herta, geb. 26.01.1939 in Rosenberg, wohnhaft in 21682 Stade, Hahler Weg 28, Telefon (04141) 82874; Gorn, Wendula, geb. in Heiligenbeil, wohnhaft in 90547 Stein, Asbacher Weg 23, Telefon (0911) 6896696; Schulz, Siegfried, geb. 06.08.1939 in Heiligenbeil, wohnhaft in 58540 Meinerzhagen, Zum Rothenstein 22, Telefon (02354) 4408. **Kirchspiel 10 – Hermsdorf-Pellen:** Es liegen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 11 – Hohenfürst:** Kirchspielvertreterin: Ruhnke, Elke, geb. am 15.04.1966, Vorfahren stammen aus Hohenfürst und Eisenberg, wohnhaft in 42369 Wuppertal, Remscheiderstraße 195, Telefon (0202) 461613; Stellvertreter: Hantel, Rüdiger, geb. am 25.04.1949, Vorfahren stammen aus Bönkenwalde, wohnhaft in 47475 Kamp-Lintfort, Moersersstraße 277, Telefon (02842) 330877. **Kirchspiel 12 – Linde-**

**nau:** Für dieses Kirchspiel liegen keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 13 – Pörschken:** Es liegen für dieses Kirchspiel keine Wahlvorschläge vor. **Kirchspiel 14 – Tiefensee:** Woike, Kurt, geb. am 23.07.1940 in Arnstein, wohnhaft in 53332 Bornheim, Graue-Burgstraße 177, Telefon (02227) 908570; Stellvertreterin: Kohn, Margot, geb. in Tiefensee, wohnhaft in 06886 Lutherstadt –Wittenberg, Am selweg 5, Telefon (03491) 414618. **Kirchspiel 15 – Waltersdorf:** Ollmann, Liselotte, geb. am 03.11.1928 in Waltersdorf, wohnhaft in 23812 Wahlstedt, Rußweg 14, Telefon (04554) 6175. **Kirchspiel 16 – Zinten-Land:** Kirchspielvertreterin: Lenz, Irmgard, geb. 17.07.1936 in Maggen, wohnhaft in 88074 Meckenbeuren, Eichelen 31, Telefon (07542) 4649; Stellvertreter: Schmidt, Bernd, geb. am 19.12.1943 in Plössen, wohnhaft in 25578 Dägeling, Heideweg 24, Telefon (04821) 84224. **Kirchspiel 17 – Zinten-Stadt:** Stadtvertreterin: Reyentanz, Viola, geb. am 25.09.1961, Vorfahren aus Zinten, wohnhaft in 04932 Hirschfeld, Großenhainerstraße 5, Telefon (035343) 433; Stadtvertreter: Dreher, Siegfried, geb. 11.05.1937 in Zinten, wohnhaft in 22927 Großhansdorf, Papenwisch 11, Telefon (04102) 61315.

**Aus den eingegangenen Wahlvorschlägen wird in der Mitgliederversammlung am 12. September 2009 in Burgdorf abgestimmt.** Die Wahlperiode dauert vier Jahre. Es können auch noch in der Sitzung Wahlvorschläge abgegeben werden vor dem jeweiligen Wahltag.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701, info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

**Diesjähriges Hauptkristreffen – Herzliche Einladung zu unserem Hauptkristreffen am 5. und 6. September 2009 im Veranstaltungszentrum 31303 Burgdorf (bei Hannover), Sorsenger Straße 31. Programm**

(Änderungen vorbehalten) 5. September: 9 Uhr. Einlass und Beginn des Hauptkristreffens. Gerda Kern und Egbert Mareneke „plachandern“ über Ereignisse aus dem Heimatkreis. 20 Uhr, Gemütlicher Abend Musik und Tanz. 6. September, 9 Uhr. Beginn des Treffens, 10.30 Uhr. Feierstunde, die Festrede hält Landsmann Hubertus Hilgendorff, Rastenburg. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ wird er uns über den jetzigen Stand der Aktivitäten berichten. Alfred Erdmann steht mit seinem „Familienforschungs-Terminal“ zur Verfügung. Manfred Zink zeigt nur am Sonntag seine Ausstellung „Labiauer Firmengeschichten“. Es gibt einen Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf Postkarten, Heimatbriefen und vielem anderen

**Wohlfahrtsmarken**  
www.wohlfahrtsmarken.de

mehr, sowie einen Bücherstand, Marzipan und Meschkünnchen. Für das leibliche Wohl ist gut gesorgt. Doch das wichtigste sind Sie, die Teilnehmer und bringen Sie auch bitte Ihre Familienangehörigen mit! Allen Labiauern aus Stadt und Land sowie allen Gästen ein Herzliches Willkommen! Falls Sie noch keine Unterkunft haben, wenden Sie sich bitte an das Touristikbüro der Stadt Burgdorf, Stichwort Heimattreffen Labiau/Ostpreußen. Stadt Burgdorf, Bürgerbüro, Marktstraße 55, 31303 Burgdorf, Telefon (05136) 8980, Fax (05136) 89812, E-Mail: info@burgdorf.de oder melden Sie sich bei der Kreisvertreterin. Sie bekommen dann ein Verzeichnis der Gastgeber zugesandt. Veranstalten Sie doch Ihr Dorf- oder Schultreffen während des Hauptkristreffens! Sie bereichern damit das große Treffen und haben die Gelegenheit, mit vielen anderen Landsleuten in Kontakt zu kommen. Außerdem stärkt es unsere „Große Labiau-Familie“! Eine gute Anreise und auf ein gesundes Wiedersehen! Ich freue mich auf Sie!



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

**Kreistag am 29. August –** Kreisvertreter Gerd Bandilla hat den Kreistag der Kreisgemeinschaft Lyck zu einer Sitzung eingeladen. Die Sitzung findet am 29. August, um 13.30 Uhr, in dem Vorräum der Stadthalle, Wasserloses Tal 2, in der Patenstadt Hagen in Westfalen statt. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit. 2. Totengedenken. 3. Ehrungen. a) aus dem Kreisausschuss, b) Kreisvertreter, c) Karteiwart, d) Beisitzer Seniorenkartei, e) Archiv- und Kulturwart, f) Bücherversand, g) Redaktion Hagen-Lycker Brief, h) Berliner Gruppe, i) Mittlere Generation. 7. Jahresabschluss 2008. 8. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses. 9. Haushaltsplan 2009. 10. Beschlussfassung über eine neue Satzung. 11. Pflege der Dorffriedhöfe, Friedhofskreuz und -Steine sowie der Gefallenen-Denkmal in der Heimat. 12. Kreistreffen am 29. und 30. August, 13. Lycker Treffen ab 2010. Die Aufnahme weiterer Themen in die Tagesordnung ist nach § 16 der Satzung bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagsitzung beim Kreisvertreter zu beantragen.

**Diamantene Hochzeit Skubich –** Am 2. September feiern Hans Skubich und Irene, geb. Mörer, ihre Diamantene Hochzeit. Hans Skubich stammt aus Waldwerder, Kr. Lyck, seine Frau aus Balow, Kr. Ludwigslust. Das Ehepaar hat sechs Kinder. Hans Skubich, gelernter Schmied, diente während des Krieges bei der Kavallerie. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft ließ sich Hans Skubich zuerst in Hamburg und dann in Schleswig-Holstein nieder. Zu Beginn der 60er Jahre kaufte das Ehepaar Skubich in Kasseedorf, Ortsteil Sagau, eine Landwirtschaft, die heute der jüngste Sohn weiterführt. Hans

Kulturhistorisches Seminar

**Bad Pyrmont –** Vom 2. bis 6. November findet im Ostheim wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, wird sich die Tagung mit den Wendepunkten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert beschäftigen. Der einleitende Vortrag von Enno Eimers beschäftigt sich mit dem Jahr 1919 und der Frage, ob die Republik von Weimar eine Demokratie ohne Demokraten gewesen ist. Im Anschluss daran spricht Hartmut Kiehl über die Weltfinanzkrisen von 1929 und 2008 im Vergleich. Auch ein Blick auf die Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 darf nicht fehlen: Ulrich Matthee wird über die fünf Pariser Vorortverträge und über den Umbruch Europas nach dem Absturz der drei Schwarzen Adler berichten. Über Ursachen des Zweiten Weltkrieges, des „Krieges, der viele Väter hatte“, referiert General a. D. Gerd Schultze-Rhönhof. Die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 sind die Themen eines Vortrages von Helmut Grieser. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 sowie den Auswirkungen der welthistorischen Wende von 1989/90 auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands.

*Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen nimmt die LO, Herr Wenzel, Buchstraße 4, in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400825, E-Mail: wenzel@ostpreussen.de gerne entgegen.*

Skubich ist Mitglied bei der Landsmannschaft Ostpreußen in Schönwalde am Bungsberg. Hans Skubich ist auch ein treues Mitglied der Kreisgemeinschaft Lyck. Seit dem vergangenen Jahr spielt er während des Lycker Kreistreffens in Hagen mit den „lustigen Lorbasen aus Lyck“ zum Tanz auf. Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert ganz herzlich. Die Anschrift der Familie Skubich lautet: Schmützberg 99, 23717 Kasseedorf.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel./ Fax (02850) 1017.

**Am 25. Juli konnte die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit ihr 15jähriges Jubiläum feiern.** Nach einem Feldgottesdienst in deutscher wie auch in polnischer Sprache durch die evangelischen Pastoren von Neidenburg und Soldau wurden Grußworte von der stellv. Regierungspräsidentin von Allenstein, dem Landrat des Kreises Neidenburg (Nidzica), dem Bürgermeister der Stadt Neidenburg sowie dem Kreisvertreter der Kreisgemein-

schaft Neidenburg gesprochen. Am Nachmittag folgten noch weitere Grußworte. Bei herrlichem hochsommerlichem Wetter fanden sich in die Heumühle bei Neidenburg über 150 Landsleute aus der Heimat und dem Bundesgebiet zusammen. So gab es viel Zeit, um viele interessante Gespräche zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen zu führen. Umrahmt wurde die Feier von dem Neidenburger Erwachsenenchor der deutschen Minderheit, sowie mit Darbietungen von Kindern und Jugendlichen. Würstchen, Kaffee und Kuchen sorgten für das leibliche Wohl. In gekonnter Weise hat Sabine Wylengowski gedolmetscht und durch das abwechslungsreiche Programm geführt. Ein gelungener Tag, den man in fünf Jahren wiederholen sollte.



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz, Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Hauptkristreffen der Kreisge-

Fortsetzung auf Seite 20

**SUPER-ABOPRÄMIE für ein Jahresabo der DIE DEUTSCHEN EIN JAHRTAUSEND DEUTSCHER GESCHICHTE**

Eine bewegende Zeitreise in ein Land mit wechselvoller Geschichte! Diese extrem aufwendige Dokumentarreihe spannt den historischen Bogen von den Anfängen unter Otto dem Großen im 10. Jahrhundert bis zur Ansufung der ersten deutschen Republik 1918 durch Philipp Scheidemann.

**ANTWORT-COUPON**

Schicken Sie mit bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preussischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende Abonnements oder Kurzzustellungen (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abnehmer der Preussischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preussische Allgemeine Zeitung und erhalte die Prämie DIE DEUTSCHEN  bequem + bargeldlos durch Bankbuchung  gegen Rechnung

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/ Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Kontonummer: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Geldinstitut: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_  
PAZ

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Einfach absenden an:  
Preussische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg  
oder am schnellsten per  
SERVICE-TELEFON bestellen  
Telefon: 040/41 40 08 42  
Fax: 040/41 40 08 51  
www.preussische-allgemeine.de

10 DVDs

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 19

**meinschaft in der Patenstadt Itzehoe am 12. und 13. September 2009** - Veranstaltungsprogramm: Sonnabend, 12. September, 11 Uhr, einstündige Stadtführung, Treffpunkt: Rathausinnenhof, Reichstraße 23. 14 Uhr: Öffnung des Saales Klosterbrunnen. 16 Uhr: Historisches Rathaus, Ständesaal, Markt 1 - 3, Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses, der Kreisgemeinschaft. Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung, Totenerkennung, Grußworte der Patenschaftsträger, Tätigkeitsbericht des Kreisvertreters, Musikalische Umrahmung: Judith Maria Riet-

ler M. A., Universität Oldenburg „Ein Stück Heimat wurde lebendig - Zur Dokumentation und kulturgeschichtlichen Bedeutung der Heimatsammlungen“, Ostpreußen und Deutschlandlied (3. Strophe), Plachandern und gemüthliches Beisammensein. 18 Uhr: Ende der Veranstaltung, Bewirtung: Hotel/Restaurant Klosterbrunnen, Familie Knipping



**RASTENBURG**

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg; Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

**53. Hauptkristreffen / Patenschaft Wesel-Rastenburg** - Einladung zum 53. Hauptkristreffen am 22. und 23. August in Wesel. Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein, an dem Kristreffen teilzunehmen.



**RÖSSEL**

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rösseler Heimatbote: Gisela Rox, Tel. (040) 5203191.



dorf-Michalski. Haus der Heimat, Htm. Klosterhof 19, Besichtigung der Kulturstätte der Kreisgemeinschaft Pr. Holland. 20 Uhr: Saal Klosterbrunnen, musikalischer Heimatabend, Unterhaltungs- und Tanzmusik mit Sigi Tornado, Plachandern und gemüthliches Beisammensein, Ende zirka 23 Uhr.

**Sonntag, 13. September, 10 Uhr**, Kranzniederlegung am Ehrenmal Langer Peter / Brunnenstraße. 10 Uhr: Saalöffnung Klosterbrunnen. 11 Uhr: Saal Klosterbrunnen, Veranstaltung des Kristreffens der Kreisgemeinschaft. Musikalische Einleitung durch den Gesangverein ein Sude unter der Leitung von Adalbert Becker. Begrüßung, Grußworte der Patenschaftsträger, Gesang, Vortrag von Cornelia Eis-

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

# Bewahrer der Geschichte

Wissensvermittler und Kulturträger - Bibliotheken sind keine Staubfänger

**Schlesische Bibliotheken aus Polen, Tschechien und Deutschland präsentieren sich in Ratingen und Herne.**

Die internationale Fachtagung „Ungeteilter Wissenszugang. Schlesische Bibliotheken stellen sich vor“ bot den zahlreichen Teilnehmern einen Überblick über die Tätigkeit und die aktuellen Bestände der Bibliotheken in Polen, Tschechien und Deutschland. Zugleich wurden auch die Herausforderungen und Aufgaben thematisiert, die die modernen Büchereien heute zu erfüllen haben. Es stellte sich heraus, dass die Bibliotheken im elektronischen Zeitalter nicht nur als Wissensvermittler und Kulturträger auftraten, sondern auch dem schnellen Informationsumschlag gerecht werden müssen.

Die vom Land Nordrhein-Westfalen finanziell unterstützte Kulturveranstaltung wurde von den Stiftungen Haus Oberschlesien und Martin-Opitz-Bibliothek sowie vom Kulturverein für Schlesien und Mähren organisiert. Teilgenommen haben Vertreter von Institutionen, die sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte und dem Kulturerbe Schlesiens beschäftigen.

Zu den bedeutendsten Einrichtungen gehört die Universitätsbibliothek zu Breslau (Wrocław), die durch die Direktorin Grażyna Piotrowicz vertreten war. Neben Fakten aus der Geschichte des Hauses sowie gegenwärtige und zukünftige Arbeitsbereiche wurde auch über die „Digitale Bibliothek“ (Biblioteka Cyfrowa) informiert, die für Internetnutzer zugänglich ist.

Die Theologische Bibliothek an der Schlesischen Universität zu Kattowitz präsentierte sich als Einrichtung mit wertvollen theologischen und interdisziplinären

Sammlungen sowie mit schlesien- und oberschlesienbezogener Literatur.

Des Weiteren war die Schlesische Bibliothek zu Kattowitz präsent, die nicht nur die älteste polnische Bücherei in Oberschlesien ist, sondern auch die Aufgaben einer Woivodschaftsbibliothek übernommen hat. Stellvertretend für den westlichen Teil Oberschlesiens war die Öffentliche Woivodschaftsbibliothek aus Oppeln vertreten.



Abwechslungsreich: die Arbeit einer Bibliothekarin

Bild: D.G.

Als Pendant der Woivodschaftsbibliotheken im polnischen Teil Schlesiens stellte sich die auf der tschechischen Seite wirkende Mährisch-Schlesische Wissenschaftliche Bibliothek in Ostrau (Ostrava) vor.

Die Teschener Bücherei und die Oppelner Joseph-von-Eichendorff-Caritas-Zentralbibliothek boten ebenfalls Einblicke in ihre Tätigkeit und Sammlungsgebiete. Letztere ist übrigens als Deutsch-Polnisch-

seums Ratingen-Hösel, sprach über die Bedeutung digitaler Volltexteditionen als Forschungsressourcen. Die Stiftung Haus Oberschlesien hat in den letzten beiden Jahren eine weitgehende Neuausstattung ihrer Druckschriftensammlung vorgenommen. Aktuell wird dem direkten, internetbasierten Zugriff auf digitalisierte Volltexteditionen der Vorzug gegeben. Dazu hat die Stiftung Haus Oberschlesien rund 500 Bücher als Verknüpfung in den Verbundkatalog Östliches Euro-

pe erschlossen werden kann. Auch in den schlesischen Bibliotheken sorgen Modernisierungsprozesse dafür, dass die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen und Literatur im Rahmen der EU-geförderten Projekte erfolgt.

Auf dem Programm der zweitägigen Fachtagung stand auch der Schwerpunkt „Schlesienbezug deutscher Bibliotheken“. Dr. Stephan Kaiser, Direktor des Oberschlesischen Landesmu-

legenheit, die Räumlichkeiten der Martin-Opitz-Bibliothek zu besuchen, wo sich übrigens der größte Silesiaca-Bestand Deutschlands befindet.

Fazit: Die internationale Begegnung zeigte neue Wege im modernen Bibliothekswesen auf und bot einen fundierten Überblick über die aktuellen Schlesiensammlungen sowie die elektronischen Kataloge und Datenbanken. Dieter Göllner

## Schüttelrätsel

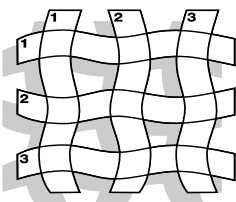
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEJL MORT	ARUZ	DFJOR	EGR	EILN	ADER	BEEI	EENT
BELOZ				DEI			
DENN OR		BEEG GW					ENR

## Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gartenfrucht.

1	FILM					WAND
2	KNIE					HOSE
3	SCHLUCK					MEISE
4	EHE					MACHT
5	NOT					ZEUG
6	AUSSEN					BILD
7	HALB					SCHAFT



## Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Weissagen
- 2 Zirkus-, Varietékünstler
- 3 Zauberwesen, Zauberpuzel

Heilbehandlung mit Nadeln  
Sportveranstaltung  
sorgfältig, genau  
Aufschnitt  
Wurf-, Sportgerät  
die Federn aufrechten  
elektronische Post (engl.)  
Einfalt, Gedanke  
Tennis: Spiel zw. zwei Gegnern  
Steuerbehörde  
Haupt-sache; Mittelpunkt  
Strom in Ost-sibirien  
Musical von A. Lloyd Webber  
unangenehm auffallen

Pfote, Bankrott  
Großbauer im zarist. Russland  
veraltet: Lärm, Unruhe  
Arbeitsmangel  
Staat der USA  
Nieder-schlag

ein Rauschgift  
Kehrgerät  
Stoff mit glänzender Oberfläche  
aufgrund von, infolge  
Nutzungsrecht im MA.  
Kurort in Süd-tirol  
zoologischer Garten  
gebogen, gebogen  
laut, langsam  
liebenswürdig  
schnell davone-laufen  
Konsumen-t von Nahrung

untere Rückenpartie  
Schauspiel-, Ballettschüler  
festliches Essen (franz.)  
Fremdwortteil; fern  
Islam, Frauengemächler  
auf-er-dent-lich  
früherer türkischer Titel  
Kunststil aus Frankreich  
Ruhe-pause  
Kunststil aus Frankreich  
griech. Göttin der Morgenröte  
Apfel-sine  
Schul-festsaal

zu etwas taugen, passen (sich...)  
achten, anerkennen  
silberweißes, weiches Metall  
freie Zeit und innere Ruhe  
rechter Nebenfluss der Donau  
be-trauen, pflegen  
für wahr, richtig halten  
ein Mineral  
ungar. Komponist (Frz.)  
Lutt-kurort im Oden-wald  
unver-fälscht  
Runddorf afrikanischer Stämme  
Tagelicht-art (Kzw.)  
Sorte, Gattung  
Ringel-, Saug-wurm  
italienischer Geigenbauer  
Heidekraut; Frauenname  
ein Marder  
eine Blume; ein Gewürz  
Nerven-zentrum  
geschick-te Täu-schung  
weibl. Höflich-keitsbe-zei-gung  
ägyptische Hafen-stadt

ig. Blumen-steck-kunst  
Gewässer göttlich des Kasp. Meeres  
griech.-römi-scher Gott  
Gallerie aus Gips, Knochen  
Fluss in Mähren-burg-Vor-pommern  
un-kluge Handlung  
Musen-ross der griech. Sage

Mägisch: 1. orkein, 2. Aröbat, 3. Alvrume  
3. Specht, 4. Streit, 5. Verband  
Mittelworträtsel: 1. Plakat, 2. Stumpf  
Schüttelrätsel:  
So ist's richtig:

# Wohnen im Garten bleibt beliebt

Ausstellung zeigt Stadtkonzepte der vergangenen 100 Jahre – Viele Entwürfe wirken unwirtlich und kalt

Städte bewegen die Menschen schon seit Jahrtausenden. Namen wie Ninive, Babylon, Jerusalem, Athen oder Rom stehen für ganze Epochen der Menschheitsgeschichte. Aufstieg und Niedergang von Kulturen, die Gründung von Weltreichen oder Religionen haben sich in diesen Metropolen abgespielt. Eine Ausstellung in Hamburg beschäftigt sich mit den Bemühungen der vergangenen 100 Jahre, Städte weiter zu entwickeln.

Städte üben bis heute eine Anziehungskraft aus, die man auch mit dem Wort „Landflucht“ bezeichnet. In der westlichen Welt leben nahezu 80 Prozent der Menschen in Städten. In den Ent-

Bis heute üben Städte eine besondere Anziehungskraft aus

wicklungsländern sind es erst 20 bis 40 Prozent, aber auch dort wachsen „Mega-Städte“ wie Lagos, Bombay (Mumbai), Peking, Shanghai, Rio de Janeiro oder Mexiko-Stadt mit jeweils über zehn Millionen Menschen heran.

Die Städte der Antike wurden im Laufe der Jahrhunderte – meist durch kriegerische Einwirkungen – zerstört und wieder aufgebaut. Archäologen finden in immer neuen Schichten Stadtkonzepte gleichsam übereinander gestapelt.

Anders in den Städten der Moderne. Hier finden sich Bürostädte, Slums, Gartenanlagen, Villenviertel, Plattenbauten, historische Stadtkerne und Freizeitstädte nebeneinander.

Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt derzeit eine Ausstellung unter dem Titel „Multiple City – Stadtkonzepte der letzten 100 Jahre aus der ganzen Welt“. In der Schau werden aktuelle Phänomene urbaner Entwicklung historischer Stadtkonzepten

historischen Stadtkonzepte, während künstlerische Fotografien aktuelle Ansichten urbaner Räume zeigen.

Gegenwärtig erlebt Hamburg mit der „HafenCity“, dem größten innerstädtischen Bauvorhaben Europas, einen städtebaulichen

Boom. Die Architektur des „dicht bebauten Raumes“ ist in der Bevölkerung durchaus umstritten. Die Wohn- und Bürogebäude aus Stahl, Steinen und Glas würden kein maritimes Flair atmen, ist ein gängiger Vorwurf. Einen Blick auf das Wasser haben nur wenige Privilegierte. Unwirtlich und kalt wirke die neue am Fluss gebaute

Stadt, die 40 Prozent der Hamburger Innenstadt ausmachen wird.

Hingegen kommt das Konzept der „Gartenstadt“ oder der Stadtlandschaft bei Großstadtmenschen besonders gut an. Wohnen im Garten konnte sich aber nur

Arzt Moritz Schreiber) Grünzonen, die bis heute bestehen.

Radikaler noch das Konzept der Stadtlandschaft, wo man die Städte ganz in der Landschaft aufgehen lassen wollte. Ein Städtebaukonzept, das zwar als utopisch gilt, aber in den Architekturwettbewerben immer wieder eine Rolle spielt – nämlich dann, wenn man die Steinwüsten der Großstädte aufzulockern versuchte. Dabei blieb allerdings der Traum der Menschen vom Wohnen im eigenen Haus, im eigenen Garten, außerhalb der Stadt und scheinbar auf dem Land ungebrochen.

In Kooperation mit der Hamburgischen Architektenkammer gelingt den Ausstellungsmachern um Projektleiterin Sandra Schürmann eine zugleich konkrete und weltläufige Ausstellung: „Wir wollen Verständnis für die Stadt als historisch gewachsenen, gestalteten und verhandelten Raum wecken und das Interesse der Menschen anregen.“

Die Ausstellung „Multiple City – 100 Jahre Stadtkonzepte“ ist im Hamburgmuseum, Holstenwall 24, bis zum 15. November dienstags bis sonnabends von 10 bis 17 Uhr, sonntags bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 7,50/4 Euro.



Die „HafenCity“ in Hamburg: Größtes innerstädtisches Bauvorhaben in Europa

Bild: Jürgen Mußfeldt

gegenübergestellt. Die Präsentation reicht von der historischen Gartenstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Stadtlandschaftskonzepte der frühen Nachkriegszeit bis zu aktuellen Stadtneugründungen in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Originalpläne und Modelle dokumentieren die

gegenübergestellt. Die Präsentation reicht von der historischen Gartenstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Stadtlandschaftskonzepte der frühen Nachkriegszeit bis zu aktuellen Stadtneugründungen in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Originalpläne und Modelle dokumentieren die

gegenübergestellt. Die Präsentation reicht von der historischen Gartenstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Stadtlandschaftskonzepte der frühen Nachkriegszeit bis zu aktuellen Stadtneugründungen in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Originalpläne und Modelle dokumentieren die

gegenübergestellt. Die Präsentation reicht von der historischen Gartenstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Stadtlandschaftskonzepte der frühen Nachkriegszeit bis zu aktuellen Stadtneugründungen in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Originalpläne und Modelle dokumentieren die

gegenübergestellt. Die Präsentation reicht von der historischen Gartenstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die Stadtlandschaftskonzepte der frühen Nachkriegszeit bis zu aktuellen Stadtneugründungen in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Originalpläne und Modelle dokumentieren die

## Bitter-süßes Leben

Ausstellung würdigt Zuckerbäcker

Seit 25 Jahren gibt es in Zürich ein Museum, das sich vornehmlich mit den angenehmen Seiten des Lebens beschäftigt. Vor allem Kaffeeliebhaber kommen im Haus am Seefeldquai auf ihre Kosten, denn dort stellt die Jacobs-Foundation ihre exklusive Sammlung aus und gibt Einblicke in die faszinierende Welt des Kaffees. Richtig gefeiert wird erst Ende November mit besonderen Aktionen, doch schon jetzt lohnt ein Besuch des Johann-Jacobs-Museums.

Eine Ausstellung führt in das bitter-süße Leben der Bündner Zuckerbäcker. Noch bevor nämlich die Schweizer Schokolade ihren Siegeszug um die Welt antrat, galten die Zuckerbäcker aus Graubünden

Das Handwerk lernten sie in Italien

auch, die das Marzipan nach Ostpreußen brachten. Nicht alle waren schließlich glücklich mit ihrer Entscheidung, die Heimat verlassen zu haben. Viele kehrten beizeiten zurück, andere wieder starben fern der Heimat und wurden in fremder Erde begraben. Wie unterschiedlich die Schicksale einzelner Zuckerbäcker waren, das kann man in der Ausstellung nachvollziehen. Historische Dokumente wie Briefe, Reisespesenabrechnungen, Aufenthaltsurkunden und Fotografien belegen die Lebenswege der Männer. Martin Stiffler (1831–1895) zum Beispiel führt der Weg quer durch Europa.

Über Berlin ging's über Königsberg nach Bordeaux und dann nach Warschau, bis er schließlich in Kiew landete. Als reicher Mann kehrte er mit Frau und fünf Kindern in die Schweiz zurück und schrieb seine Erinnerungen. Christian Matthäus Andrea (1843–1900) verschlug es als 14-Jähriger nach Helsinki. Aus ihm wurde ein erfolgreicher Hotelier. Berühmte Cafés waren Graubündner Gründungen wie etwa das Berliner Café Josty, das Café Chinois am Newski-Prospekt in St. Petersburg oder das Caffè Florian in Venedig.

Die Ausstellung im Johann Jacobs Museum, Seefeldquai 17, Zürich, ist bis zum 14. Februar 2010 freitags von 14 bis 19 Uhr, sonntags von 14 bis 17 Uhr und sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 3/2 Euro.

## Der flotte keine Engländer

Vor 50 Jahren kam der Mini auf den Markt – Ein intelligent durchdachter Sympathieträger

Der „Mini“ ist ähnlich wie sein französisches Pendant, die „Ente“, ein Klassiker mit Kultstatus weit über das Ursprungsland hinaus. Vor allem in gebildeten, kreativen Kreisen galt und gilt es als chic, eines dieser kultigen Fortbewegungsmittel zu fahren. Dabei ist der „Mini“ ebenso wie die „Ente“ nicht als teures Kultauto für Besserverdienende konzipiert worden, wie etwa der „New Beetle“ oder der BMW-„Mini“. Vielmehr sollten „Mini“ wie „Ente“ praktische Fortbewegungsmittel für die Durchschnittsfamilie sein, die nichts zu verschenken hat. Es handelt sich in beiden Fällen schlichtweg um innovative Meisterwerke nach dem Grundsatz FFF – form follows function oder (Die) Form folgt (aus der) Funktion.

Dass dieser Ansatz zu derart unterschiedlichen Autos wie dem „Mini“ und der „Ente“ führte, erklärt sich daraus, dass die Bedürfnisse einer Durchschnittsfamilie im noch stark landwirtschaftlich geprägten Frankreich der 1930er Jahre andere waren als im schon stärker urban geprägten England der 1950er. Als besonders prägend für den „Mini“ erwies sich die erste Energiekrise mit deutlich spürbaren Auswirkungen für die westliche Welt, die Suezkrise von 1956. Das Gebot der Stunde, mit wenig Benzin auszukommen, und der zunehmende Verkehr in den Großstädten auch Großbritanniens führten zu der Forderung nach einem leichten und kleinen Auto, das wenig Sprit und Verkehrsfläche braucht.

Im März 1957 beauftragte Leonard Lord, der damalige Präsident des größten britischen Automobilherstellers British Motor Corporation (BMC) seinen Mitarbeiter Alec Issigonis mit der Konstruktion eines derartigen Automobils. „Sie können jeden beliebigen Motor verwenden, solange er sich bei uns bereits in Produktion befindet“, war fast die einzige Vorgabe seines Chefs, ansonsten hatte der Brite griechisch-deutscher Abstammung sich der Erfüllung seines Auftrages weitge-

den Motor, wobei beide sich den Schmierstoff teilen. Die Batterie, die im Motorraum keinen Platz mehr hatte, wanderte in den Kofferraum. Um zu verhindern, dass ein Kardantunnel durch den Fahrgastraum verlegt werden muss, entschied sich Issigonis für Frontantrieb. Der Platz, den eine Hinterachse eingenommen hätte, wurde durch Einzelradaufhängung gespart. Um



hend freie Hand.

Der Konstrukteur entschied sich für den sogenannten A-Serie-Motor. Dieser war vom Kühler bis zum Getriebeende einen Meter lang. Da Issigonis den Ehrgeiz hatte, in einem Kleinwagen von gerade einmal drei Metern Länge sowie 1,2 Metern Breite und Höhe genügend Platz für eine vierköpfige Familie samt Gepäck zu bieten, blieben für den Motor jedoch nur gute 0,6 Meter. Es war also Phantasie gefragt, und die hatte der Sohn eines griechischen Vaters und einer bayerischen Mutter.

Er baute den Motor quer ein und verlegte das Getriebe unter

der Fahrgäste durch die Radkästen gering zu halten, wurden diese und damit auch die Räder an den äußersten Ecken des Wagens platziert, was außerdem der Straßenlage förderlich war. Dem Fußraum des Fahrers kam zusätzlich zugute, dass die Räder und damit auch die Radkästen ungewöhnlich klein gewählt wurden. Die ebenfalls für den „Mini“ typische und fast an einen Lastwagen erinnernde relativ waagerechte Stellung des Lenkrades entstand dadurch, dass Issigonis – ähnlich wie bei einem Laster – den Fahrer möglichst weit vorne platzieren wollte, um hinten mehr Platz für

die Fahrgäste beziehungsweise Gepäck zu haben. Zusätzliche Armfreiheit wurde dadurch erzielt, dass man auf versenkbare Seiten-schrauben verzichtete und sich statt dessen für Schiebefenster entschied. Der Kofferraumdeckel wurde nicht etwa oben, sondern unten angeschlagen, so dass die geöffnete Klappe als zusätzliche Ladefläche genutzt werden konnte. Das Nummernschild wurde per Scharnier am Kofferraumdeckel befestigt, so dass es bei waagerechtem Deckel nur abgeklappt werden brauchte, um trotzdem senkrecht zu stehen und damit weiterhin von hinten ablesbar zu sein.

Die bereits schon im Jahr des Konstruktionsbeginns fertiggestellten ersten Prototypen überzeugten den um seine Meinung gebetenen Star Designer Battista Pininfarina ebenso wie den BMC-Chef Lord. 1958 gab letzterer nach einer persönlichen Erprobung grünes Licht für die Serienfertigung. Vor 50 Jahren, am 18. August 1959 erfolgte der Verkaufstart des „Mini“. Im Laufe der Jahre wurden diverse Variationen über das Thema komponiert beziehungsweise produziert. So gab es neben der klassischen Limousine eine Kombi-, eine Cabrio- und auch eine Stufenheckvariante im Angebot. Durch ihre fulminanten Erfolge im Motorsport legendar wurde die vom Rennfahrer, Konstrukteur und Freund Issigonis' leistungssteigernde Sportversion, der „Mini Cooper“. Nach über 41 Jahren und 5 387 862 gebauten Fahrzeugen war dann Schluss. Am 4. Oktober 2000 lief der letzte „Mini“ vom Band.

## MELDUNGEN

### Heft für blinde Fußballfans

Marburg – Pünktlich zum Start der neuen Saison hat die Deutsche Blindenstudienanstalt (blista) in Zusammenarbeit mit dem „kicker-Sportmagazin“ das neue Sonderheft für blinde Fußballfans herausgebracht. Das Heft umfasst nahezu 200 Seiten und bietet umfangreiche Informationen zur 1., 2. und 3. Liga. Neben den Spielplänen sowie der Vorstellung der Vereine und Spieler gibt es dieses Mal auch ein Interview mit Meistertrainer Felix Magath. Außerdem enthält es den Rahmentermin kalender der Champions League, der neu geschaffenen UEFA Europa League und der Deutschen Nationalmannschaft. Zu beziehen ist das Sonderheft in Blindenschrift für 24,10 Euro plus Versand bei der Deutschen Blindenstudienanstalt, Postfach 1160, 35001 Marburg, Telefon (06421) 6060, Fax (06421) 606461, E-Mail bestellservice@blista.de. Neben diesem Sonderheft zur Fußballbundesliga gibt die blista in Marburg in ihrem bundesweit einzigartigen „Sportinformationsdienst für Blinde“ auch das monatlich erscheinende Hörmagazin „Einwurf“ heraus. Kostenlose Probe-exemplare des Hörmagazins „Einwurf“ können von blinden und sehbehinderten Sportfans angefordert werden. Trotz immer besserer Diagnose und Therapie befürchten Augenärzte eine steigende Zahl Blinder in Deutschland. Ursachen sind der zunehmende Verzicht potenzieller Patienten auf Vorsorgeuntersuchungen und die demographische Entwicklung mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen. Momentan gibt es in Deutschland 155 000 Blinde und etwa 500 000 Sehbehinderte. PAZ

Manuel Ruoff



**Udo Ulfkotte**  
**Vorsicht Bürgerkrieg!**  
 Explosive Brandherde:  
 Der Atlas der Wut  
 In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker – das explosive Potenzial ist gewaltig.

**NEU**

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen  
 Best.-Nr.: 6809, € 24,95

Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Udo Ulfkotte schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgetauter Ärger und Hass entladen werden.

Alexander Fürst zu Dohna-Schlöbitten  
**Erinnerungen eines alten Ostpreußen**  
 Geb., 384 Seiten, 66 Abb.  
 Best.-Nr.: 1211, € 14,95

Christian Graf von Krockow  
**Begegnung mit Ostpreußen**  
 Geb., 318 Seiten, mit Abb.  
 Best.-Nr.: 6608, € 14,95

**Antiquariat - Exemplare mit leichten Lager Spuren**

Wilhelm Matull  
**Ostpreußens Arbeiterbewegung**  
 Geschichte und Leistung im Überblick  
 Geb., 149 Seiten  
 Best.-Nr.: 1921, € 14,95

Fritz Urbschat  
**Die Geschichte der Handelshochschule Königsberg/PR.**  
 Kart., 120 Seiten  
 Best.-Nr.: 6812, € 14,95

**Nur wenige Exemplare vorhanden**

Werner Jondral  
**Das alte Haus am Omulef**  
 Verwehte Spuren Ostpreußens  
 Geb., 256 Seiten  
 Best.-Nr.: 6797, € 16,80

Torsten Mann  
**Rote Lügen in grünem Gewand**  
 Die politischen Ziele der Klima-Apokalypiker  
 Geb., 240 Seiten  
 Best.-Nr.: 6810, € 19,95

Franz Uhle-Wettler  
**Rührt Euch!**  
 Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr  
 In diesem sehr persönlichen Buch erzählt General Uhle-Wettler erstmals von seinen eigenen Erfahrungen mit der Bundeswehr, der er seit ihrer Gründung 1955/56 angehörte. Wie sich die Bundeswehr seither entwickelt hat und aus welchen Gründen man heute von einer »Krise der Bundeswehr« sprechen kann, ist Thema dieses Buches. Der Autor, und das dürfte in der bisherigen Literatur der Bundeswehr einzigartig

Franz Uhle-Wettler  
**Rührt Euch!**  
 Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr  
 Geb., 216 Seiten  
 Best.-Nr.: 5336

Leif Guldmann Ipsen  
**Menschen hinter Stacheldraht**  
 Flüchtlingslager in Oksbøl 1945-1949  
 Geb., 133 Seiten mit Abb.  
 Best.-Nr.: 1719, € 29,95

**Deutsche Flüchtlinge in Dänemark**

Aren Gammelgaard  
**Auf Führerbefehl in Dänemark**  
 Dtsch. Flüchtlinge 1945-1949  
 Geb., 242 Seiten mit Abb.  
 Best.-Nr.: 5173, € 35,00

Arne Gammelgaard  
**Treibholz**  
 Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49  
 Geb., 160 Seiten  
 Best.-Nr.: 1823, € 24,95

**PMD**  
 Preussischer Mediendienst

**Oliver Rieckmann empfiehlt...**

**Harald Saul**  
**Unvergessliche Küche Ostpreußen**  
 Traditionelle Familienrezepte und ihre Geschichten  
 Geb., 128 Seiten  
 Best.-Nr.: 6820

zeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz privaten Geschichten erzählt. Diese Buch berichtet von der kulinarischen Seite Ostpreußens und von seinen Bewohnern. Zahlreiche Postkarten und Fotos zeigen die Welt von damals und die 90 Rezepte lassen die Kindheit wieder auferstehen.

**lesensWERT!**  
**Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!**

Harald Saul  
**Unvergessliche Küche Ostpreußen**  
 Geb., 128 Seiten  
 Best.-Nr.: 6820

Statt früher € 15,90  
 nur noch € 7,95

**Eichschaufel-Krawattenklammer**

Emailliertes Wappen auf schwarz eloxierter Klammer. In dem Wappen befindet sich die Eichschaufel auf weißem Grund.

**Sonderangebot!**  
 Für 2 Stück Best.-Nr.: 6805  
 nur € 21,95  
 Sie sparen € 3,95

Für ein Stück ist die Best.-Nr.: 6801  
 € 12,95

Maße des Wappens: H: 18 mm, B: 16 mm. Die Lieferung erfolgt in einem Geschenkkarton.

**Liebe Leser!**

**Diese Angebote sind nur möglich, weil Sie bei uns bestellen.**

**Danke!**  
 Ihr PMD

Isa Langanke  
**Und die Sehnsucht bleibt**  
 Eine ostpreussische Biographie  
 Eine Reise in die alte Heimat Ostpreußen nimmt die Autorin Isa Langanke (geb. 1940 in Schönbruch, Kreis Bartenstein) zum Anlaß, ihre Kindheit und Jugendzeit noch einmal Revue passieren zu lassen. Auf einfühlsame Weise beschreibt sie die Stationen der Flucht ihrer Familie aus dem schönen Ostpreußen über Hamburg und Pinnberg bis in die neue Heimat Ostfrankland. Das Ergebnis ist ein anschauliches und lebendiges Zeitdokument.  
 Best.-Nr.: 6503, € 12,80

**Masuren-Fibel**  
 Nur mit dieser Heimat-Fibel haben die Kinder der Masurens das Lesen gelernt.  
 Die Masuren-Fibel war die einzige Heimatfibel ihrer Art für das Gebiet der grünen Wälder und blauen Seen. In das preisgekrönte Lesebuch sind deshalb auf besondere und liebevolle Art und Weise viele heimatkundliche Inhalte eingeflochten. Mit »Lene und Heini« haben alle kleinen Lesefänger ihre Heimat kennen gelernt. Erklärende und lustige Geschichten, Rätsel und Kinderreime, Nekereien, Zungenbrecher und Zungenspäße haben die heimatliche Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Die Masuren-Fibel ist eine zauberhafte

Restaurierte Auflage nur bei uns!  
 statt € 16,95  
 nur € 9,95

Arno Surminski  
**Aus dem Nest gefallen**  
 Sämtliche ostpreussische Geschichten  
 Geb., 336 Seiten  
 Best.-Nr.: 4955  
 statt € 19,95 nur noch € 7,95\*

Jörg Schönborn  
**Politische Korrektheit**  
 Das Schlachtfeld der Tugendwächter  
 Geb., 63 Seiten  
 Best.-Nr.: 6821, € 7,80

Konrad Löw  
**Hitler in uns?**  
 Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit  
 Geb., 64 Seiten  
 Best.-Nr.: 6822, € 7,80

**Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger**

Schlüsselanhänger mit dem Ostpreußenadler. Emaillierte Oberfläche. Die Rückseite ist schwarz eloxiert.

Für ein Stück ist die Best.-Nr.: 6804  
 € 4,95

**Sonderangebot!**  
 6 Stück bestellen, 5 Stück bezahlen!  
 Best.-Nr.: 6804  
 nur € 24,75  
 Sie sparen € 4,95

Maße: Breite: 32 mm, Höhe: 34 mm, Gesamthöhe mit Kette: 98 mm

**Ostpreußen-Reise 1937**  
 Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.  
 Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichsel-land, Königsberg, Allenstein, Tannenbergs-Fahrt,  
 Laufzeit: 176 Minuten  
 Best.-Nr.: 2789

**Sonderangebot!**  
 statt € 25,80  
 nur € 19,95

**Eichschaufel-Schlüsselanhänger**

Best.-Nr.: 6636, € 4,95

Arno Surminski  
**Gruschelke und Engelmannke**  
 Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH  
 Geb., 244 Seiten  
 Best.-Nr.: 5990, € 16,95

**Sonderpreis**  
 statt € 6,40  
 nur € 2,95

Waltraut Schölke  
**Geliebtes Ostpreußen**  
 Erinnerungen an Kindheit und Jugend  
 Kart., 48 Seiten  
 Best.-Nr.: 5209

**Achtung! Neue Adresse Achtung!**  
 Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preussischer Mediendienst  
 Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12  
 Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Postgebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MP3 sind vom Umtausch ausgeschlossen.

**Bestellcoupon**

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: \_\_\_\_\_ Name: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Ort/Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

